

Berichte und Studien Nr. 30

# Grenzen der Freundschaft

Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR  
und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989

Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski/Bernd Schäfer

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der  
Technischen Universität Dresden





Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski/Bernd Schäfer

## Grenzen der Freundschaft

Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und  
der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989

# Berichte und Studien Nr. 30

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut  
für Totalitarismusforschung e. V.  
an der Technischen Universität Dresden

Włodzimierz Borodziej  
Jerzy Kochanowski  
Bernd Schäfer

# Grenzen der Freundschaft

Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und  
der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989

Dresden 2000

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.  
an der Technischen Universität Dresden  
Mommsenstr. 13, 01062 Dresden  
Tel. (0351) 463 2802, Fax (0351) 463 6079  
Layout: Walter Heidenreich  
Umschlaggestaltung: Penta-Design, Berlin  
Druck: Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG, Dresden  
Printed in Germany 2000

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe gestattet. Belegexemplar gewünscht.

ISBN 3-931648-33-8

# Inhaltsverzeichnis

<i>Bernd Schäfer</i> Einleitung	7
<i>Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski</i> Der DDR-Staatssicherheitsdienst und ein befreundetes Nachbarland: Das Beispiel Volksrepublik Polen	9
<i>Bernd Schäfer</i> Grenzüberschreitende Kirchenpolitik. Die Kooperation von Staatsorganen der DDR und der VR Polen von den fünfziger Jahren bis 1989	37
Abkürzungsverzeichnis	89





## Einleitung

Im Herrschaftsbereich der Sowjetunion existierte in Mittel- und Osteuropa seit Ende der vierziger Jahre bis 1989 ein sogenanntes „sozialistisches Lager“, dessen Mitglieder zur gegenseitigen „Brüderlichkeit“ verpflichtet waren. Während echte Freundschaften auf Freiwilligkeit beruhen, werden Verwandtschaftsverhältnisse nicht selten als aufgezwungen betrachtet und gestalten sich entsprechend verkrampt. Auch auf das Verhältnis zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen lässt sich ein populärer Witz anwenden, der in der vormals sowjetischen Einflussphäre kursierte: „Sind die Russen unsere Freunde oder unsere Brüder? Sie sind natürlich unsere Brüder, denn Freunde kann man sich aussuchen.“

Das Verhältnis der DDR zur Volksrepublik Polen war darüber hinaus aber mehr als nur verkrampt. Seit 1956 entwickelten sich die beiden sozialistischen Länder völlig konträr, was ihre innere Stabilität durch Sozial- und Konsumpolitik sowie geheimdienstliche Repression anging. Die Versorgungskrisen des östlichen Nachbarn, der offenkundige „Revisionismus“ in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der relativ kleine, zumeist überforderte Sicherheitsapparat waren für die DDR-Führung und ihr Ministerium für Staatssicherheit (MfS) Anlass zu „höchster Wachsamkeit“. Aus Ostberliner Sicht war Polen spätestens seit den Streiks von 1980 ein hohes Sicherheitsrisiko für den Bestand des gesamten sozialistischen Lagers. Nach den sowjetischen Interventionsdrohungen und der vorübergehenden Konfliktlösung durch die Verhängung des Kriegsrechtes im Dezember 1981, bemühte sich die DDR in präzedenzloser Weise, zur „Stabilität des Sozialismus“ in Polen durch die Unterstützung der „echten kommunistischen Kräfte“ gegen die „Revisionisten“ und „Oppositionellen“ beizutragen. In Absprache mit dem Sicherheitsdienst im Warschauer Innenministerium intervenierte die DDR Anfang 1982 mit hauptamtlichem Personal des MfS, das auf polnischem Boden tätig wurde. Neben der auf diesem Gebiet bereits seit längerem erfolgreichen DDR-Botschaft in Warschau schuf sich der Staatssicherheitsdienst ein Netz von Informanten im polnischen Staats- und Parteiapparat, in gesellschaftlichen Organisationen und unter Privatpersonen. Doch Polen sollte sich als hoffnungsvoller Fall für das sozialistische Lager erweisen, wovon die zwischen 1982 und 1989 nach Ostberlin gelangenden Berichte der DDR-Akteure in ihrer Frustration oft beredtes Zeugnis ablegen.

Włodzimierz Borodziej und Jerzy Kochanowski widmen sich in einem Überblick über die Zeit zwischen 1956 und 1989 der mehr oder weniger effektiven Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsdiensten der Volksrepublik Polen und der DDR, wobei ihr Schwerpunkt auf der Periode nach 1980 liegt. Sie konnten für ihre Studie umfangreiche Aktenbestände der

Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Berlin auswerten. Zur Erforschung dieses wichtigen Teilbereiches der ostdeutsch-polnischen Beziehungen sind diese Akten des MfS angesichts des nach wie vor unbefriedigenden Archivzugangs im heutigen Polen ein unerlässlicher Quellenfundus.

Bernd Schäfer beschäftigt sich für denselben historischen Zeitraum mit den Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation auf dem Gebiet der Kirchenpolitik. Durch die starke gesellschaftliche Stellung des Katholizismus im sozialistischen Polen und die politischen Wirkungen, die ein polnischer Papst in Rom seit 1978 auslöste, war dieser Teilbereich im Verhältnis von Warschau und Berlin von überproportionaler Bedeutung. Neben der Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste Polens und der DDR werden auch die bilateralen und multilateralen Beziehungen der Staatsämter für Kirchenfragen thematisiert.

Nicht zuletzt legen beide Studien dar, mit welcher Arroganz der selbsternannte sozialistische Musterstaat der DDR seine Nachbarn bevormunden wollte und wie er sich besten Gewissens in ihre inneren Angelegenheiten einmischte. Dabei ging er nirgendwo so weit wie in den achtziger Jahren gegenüber der Volksrepublik Polen. Die Machthaber in Berlin mit ihrem schematischen Antifaschismus sprachen sich von jeder historischen Mitverantwortung für die Grausamkeiten im deutsch-polnischen Verhältnis in der ersten Hälfte des Jahrhunderts frei. Somit hatten sie keinerlei Skrupel, mit ihren Mitteln dazu beizutragen, eine äußerst unpopuläre Richtung in der Regierungspartei gegen den überwältigenden Willen des polnischen Volkes an der Macht zu halten. Dass dieses Unterfangen letztlich vergeblich war und in der Konsequenz auch den Untergang der DDR mit herbeiführte, entbindet die Geschichtsschreibung nicht von der Rekonstruktion dieser Zusammenhänge.

Bernd Schäfer

## Der DDR-Staatssicherheitsdienst und ein befreundetes Nachbarland: Das Beispiel Volksrepublik Polen

Diese Studie stützt sich auf eine materialintensive Recherche im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in Berlin sowie auf einige Akten, die den Verfassern im Zentralarchiv des Innenministeriums in Warschau (Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji/CA MSWiA) zur Verfügung gestellt worden sind. Zu verstehen ist sie als eine Einführung in einen wichtigen Teilbereich der Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen (VRP). Die Forschungsliteratur zu diesem Thema ist bescheiden, denn für die deutschen Historiker, die sich mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beschäftigt haben, war dessen „Polish Connection“ aus verständlichen Gründen kaum mehr als ein wichtiges Nebengleis. Polnische Historiker, die über den realsozialistischen Unterdrückungsapparat arbeiten, gibt es in wesentlich geringerer Zahl. Der Zugang zu den Akten in Polen ist nur notdürftig und keineswegs generös geregelt, und auch für die dortigen Historiker steht die Aufarbeitung der innenpolitischen Rolle von Polizei und Sicherheitsdienst im Vordergrund. Die Kenntnis der für das Thema „DDR-Staatssicherheitsdienst und VRP“ relevanten Quellen dürfte daher auf beiden Seiten der Oder noch immer ungenügend sein. Weil aber die Thematik der geheimdienstlichen Kooperation in der öffentlichen Diskussion der neunziger Jahre in Polen mehrmals eine wichtige Rolle gespielt hat und weil sich trotz des Wissens um die noch unvollständige Kenntnis aller relevanten Akten einige Probleme und Zusammenhänge doch sehr deutlich abzeichnen, erscheint zumindest ein erster Versuch der historischen Darstellung angebracht. Dass es sich bei diesem Versuch nur um einen vorläufigen Aufriss handeln kann, der erste Schwerpunkte benennt, wie sie hauptsächlich aus der Perspektive der MfS-Akten herauszulesen sind, ist ebenso evident wie die gänzlich unoriginelle Prophezeiung, dass in zehn oder zwanzig Jahren ein wesentlich schärferes Bild rekonstruierbar sein wird.

## 1. Die institutionelle Entwicklung des Sicherheitsdienstes in der Volksrepublik Polen

Die Politische Polizei östlich der Oder hatte eine längere Tradition als in der DDR. Ein Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego/MBP<sup>1</sup>) war vor 1939, in der Zeit der autoritären Militärdiktatur, unbekannt. Es entstand erstmals zusammen mit der ersten kommunistischen Regierung Polens am 21. Juli 1944. Von Beginn an war es fest in den Händen der Kommunisten und erlebte seine Blütezeit zwischen 1948 und 1954, als das Kürzel „UB“ (Urząd Bezpieczeństwa/Amt für Sicherheit) zum Symbol uneingeschränkter Herrschaft wurde, nicht zuletzt über die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) selbst. Im Dezember 1954 wurde das Ministerium aufgelöst und seine Dienste aufgeteilt in das Innenministerium (Ministerstwo Spraw Wewnętrznych/MSW) und ein Komitee für Öffentliche Sicherheit (Komitet do Spraw Bezpieczeństwa Publicznego/KBP), das direkt dem Ministerrat unterstellt war. Dieses Komitee und mit ihm die Politische Polizei wurden aber bereits Ende 1956 nach dem Umbruch vom Oktober dieses Jahres in das Innenministerium eingegliedert, so dass in Volkspolen im Unterschied zu anderen realsozialistischen Ländern die Politische Polizei die längste Zeit ihrer Existenz dem Innenminister unterstellt war, der in den Nachbarländern keineswegs zu den wirklich Mächtigen zählte.

Die volkspolnischen Innenminister wechselten relativ häufig. In den 33 Jahren nach 1956 waren es insgesamt acht, und nur drei von ihnen hielten sich länger als vier Jahre im Amt.<sup>2</sup> Zumindest zwei Minister gehörten zu den herausragenden kommunistischen Politikern ihrer Zeit und waren als solche an den Machtkämpfen in der PVAP führend beteiligt: Mieczysław Moczar<sup>3</sup> im Jahre 1968 und Czesław Kiszczak in den gesamten achtziger Jahren. Es sei hier nur angedeutet, dass die Unterordnung des Sicherheitsdienstes den entscheidenden Teil der Hausmacht des Innenministers ausmachte. Doch spätestens nach dem Prozess gegen die Mörder des Priesters Jerzy Popiełuszko Anfang 1985<sup>4</sup> verfügte dieser Sicherheitsdienst kaum noch über ein unge-

1 Siehe dazu ausführlicher Włodzimierz Borodziej, Gewalt in Volkspolen (1944–1989). In: Osteuropa, 50 (2000), S. 1364–1384. Vgl. Andrzej Paczkowski, Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944 bis 1956, Berlin 1999; Wojciech Sawicki, Was weiß man von den Geheimdiensten der Volksrepublik Polen? In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 6/1998, S. 55–92.

2 Darunter waren zwei offenbar bedeutungslose Funktionäre: Władysław Wicha (1954–1964) und Stanisław Kowalczyk (1973–1980).

3 Zu Moczar vgl. Krzysztof Lesiakowski, Mieczysław Moczar „Mietek“. Biografia polityczna, Warszawa 1998. Eine vergleichbare Biographie von Kiszczak fehlt. Zur innenpolitischen Rolle des MSW vgl. die in Anm. 1 genannten Arbeiten sowie Mirosław Piotrowski, Ludzie bezpieki w walce z Narodem i Kościołem: Służba Bezpieczeństwa w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w latach 1944–1978, Lublin 1999.

4 Vgl. den Beitrag von Bernd Schäfer, S. 79–81.

brochenes Selbstbewusstsein, das sowjetische NKWD bzw. KGB hatte bereits seit 1956 nicht mehr als Vorbild getaugt. Als im Sommer 1989 die erste nichtkommunistische Regierung entstand, zählte der volkspolnische Sicherheitsdienst 24 000 Mitarbeiter, die mehr als 38 Millionen Menschen überwachen sollten. Für die knapp 17 Millionen Bewohner der DDR fühlte sich dagegen zu diesem Zeitpunkt ein hauptamtlicher Sicherheitsapparat von etwa 90 000 Personen zuständig.

## 2. Von den fünfziger Jahren bis zu den „Märzereignissen“ 1968

Wann es zu den ersten Kontakten zwischen dem polnischen und dem ostdeutschen Sicherheitsdienst kam, ist bislang unbekannt. Sie dürften gerade in jener Zeit stattgefunden haben, als beide Apparate in die Ungnade ihrer politischen Auftraggeber gefallen waren. Das polnische MBP war, wie bereits erwähnt, Ende 1954 aufgelöst und in ein Komitee umgewandelt, das MfS schon im Juli 1953 für zwei Jahre zu einem „Staatssekretariat für Staatssicherheit“ (SfS) degradiert worden. Die Akten zu dem ersten bisher bekannten bilateralen Treffen stammen aus dem Juni 1955. Dieser „Meinungsaustausch“ war gänzlich der Bekämpfung „feindlicher Zentren in Berlin-West und in Westdeutschland“ sowie technischen Aspekten der Zusammenarbeit zwischen Komitee und Staatssekretariat auf deutschem Boden gewidmet.<sup>5</sup> Bei den nächsten Konsultationsgesprächen im April 1958, als beide Sicherheitsdienste wieder in dem jeweiligen Machtgefüge ihren führenden Platz weitgehend zurückgewonnen hatten, dachte man gemeinsam über die Bekämpfung mehrerer westlicher Geheimdienste nach, vor allem der US-amerikanischen.<sup>6</sup> Hauptgegner und wichtigstes Feld der Zusammenarbeit blieb jedoch, zumindest bis in die sechziger Jahre hinein, die Bundesrepublik Deutschland (BRD).<sup>7</sup> Die Unzugänglichkeit der Akten der Auslandsaufklärungs-Dienste der DDR und der VRP machen es jedoch unmöglich, das Thema der „Westspionage“ näher zu beleuchten.

Wesentlich mehr wissen wir über die Bekämpfung des neben der BRD gewissermaßen „dienstältesten“ Gegners, nämlich der Kirchen in beiden Ländern, insbesondere der römisch-katholischen Kirche in Polen. Spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre begann zwischen der Hauptabteilung V des MfS und dem Departament VI des KBP auf diesem Gebiet eine Zusammenarbeit zwischen Warschau und Ostberlin, die trotz aller Spannungen bis zum Ende der Existenz beider Staaten fortgesetzt wurde, nicht zuletzt auf-

5 Protokoll vom 22. 6. 1955 (Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji [CA MSWiA] Bestand Komitet do Spraw Bezpieczeństwa Publicznego 163/25).

6 Protokoll vom 25. 4. 1958 (CA MSWiA Bestand MSW II 2115 163/21).

7 Protokoll vom 19. 2. 1965 (ebd., MSW II 2116 163/24). Diesen Schwerpunkt bestätigen auch andere, wenngleich spärliche Quellen aus den sechziger Jahren .

grund der differierenden Vorstellungen hinsichtlich der staatlicherseits tolerierbaren Grenzbereiche. Allerdings ging dieser Aspekt der Kooperation besonders in den achtziger Jahren angesichts der um ein Vielfaches erweiterten Tätigkeitsfelder zurück.

Ein anderer identifizierbarer größerer Aktenbestand aus dieser Zeit sind die Niederschriften über die „Gipfeltreffen“ von MfS und MSW. Ähnlich wie die späteren polenbezogenen Akten des Staatssicherheitsdienstes liefern sie eine Fülle an Belegen für eine kontraproduktive Kontinuität des ideologischen Denkens. Auf der höchsten Ebene, also derjenigen der Minister, verbrachte man bei bilateralen Treffen noch in den siebziger Jahren die meiste Zeit mit ideologischen Beschwörungen. Dieselbe Besessenheit charakterisiert einen großen Teil des übrigen Aktenmaterials. Dieses sollte sich erst in den achtziger Jahren ändern, die ein in jeder Hinsicht neues Kapitel darstellen. In den Sechzigern scheint sich im Bereich der Zusammenarbeit außer den bereits erwähnten „Kirchenfragen“ nicht viel getan zu haben. Die Minister tauschten ideologische Formeln aus und machten sich erste Gedanken über die neue „Kontaktpolitik“ der westlichen Staaten, insbesondere über den Aufstieg der SPD: „Mit Aufnahme rechter SP-Führer in die Regierung der Monopole wurde erstmals nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland die Grundlage für Konzentration aller verschworenen Feinde des Sozialismus auf offizieller staatlicher Ebene geschaffen“, betonte DDR-Staatssicherheitsminister Erich Mielke im März 1967 in einem Gespräch mit seinem Amtskollegen Mieczysław Moczar.<sup>8</sup>

Auf unterer Ebene kooperierten die Geheimpolizeien im technischen, genauer im spezialtechnischen Bereich. Ausgetauscht wurden neue, speziell für den Eigenbedarf entwickelte Modelle von Photoapparaten und Filmkameras mit Infrarotmesser. Die Ostdeutschen präsentierten den Polen ihre Technologie der Fälschung westdeutscher und Westberliner Personalausweise, die Polen weihten die Ostdeutschen in ihre neue Methode der Öffnung von Briefen, „über und ohne Dampf“ ein. Die Techniker arbeiteten an einem ostdeutsch-polnischen Radiotelefon, und man bemühte sich im wissenschaftlichen Austausch um die Verbesserung der Qualität der Tonbandaufnahmen sowie um neue Chiffrier- und Dechiffriertechniken.<sup>9</sup>

In den relativ ruhigen sechziger Jahren scheinen MfS und MSW über die technische Kooperation hinaus vergleichsweise wenig miteinander zu tun gehabt haben. Im kirchenpolitischen Bereich vollzog sich jedoch damals ein Wandel des „Gegners“. Bis in die sechziger Jahre hinein ging es um Kirchen als institutionelle Stützen des westdeutschen Revisionismus, Exposituren der

8 Hinweise zur politisch-operativen Lage für Verhandlungen mit den Sicherheitsorganen der VR Polen (BStU, ZA, ZAIG 5433). Die zitierten Ausführungen Mielkes sind im Original unterstrichen.

9 Anlagen zu den Beratungen vom 21.3.-27.3.1965 und vom 31.5.-5.6.1965; Vertrag über den Austausch von Spezialtechnik, gez. Mielke 10.1.1966 und Moczar o. D. (CA MSW, MSW 163/24, 26, 27).

Kalten Kriegsführung und Instrumente der bundesdeutschen Außenpolitik. Immer mehr galt jedoch das Interesse einer ganz anderen Dimension konfessioneller Aktivitäten. Die katholische Kirche des II. Vatikanischen Konzils als „Wegbereiter der Entspannung“ verdrängte zumindest auf polnischer Seite nach und nach die traditionelle Sicht von der Kirche als „Hort der Ultrareaktion“.

Der dritte Bereich konvergierender Interessen war in dieser Zeit die Bundesrepublik Deutschland, wobei das immer getrennt aufgeführte „Westberlin“ einen der wichtigsten Bezugspunkte bildete. In den fünfziger Jahren trat das polnische KBP/MSW auf diesem Feld als ein zumindest gleichberechtigter Partner des Sfs/Mfs auf. Im nächsten Jahrzehnt begann sich das Gewicht, zumindest nach den Aufzeichnungen über die geheimpolitischen „Gipfeltreffen“, langsam in Richtung Ostberlin zu verlagern. Während noch bei den Gesprächen der Minister 1958 von einem „Austausch operativer Informationen“ über einzelne Bonner Ministerien und Ämter die Rede war, überließen die Polen 1965 „zwecks Vermeidung doppelter Arbeit“ die „operative Bearbeitung“ des Bundeskanzleramtes den Ostdeutschen. Das Mfs verpflichtete sich dagegen, „Hilfe bei der Auskundschaftung der polnischen Exilorganisationen und des Senders ‚Radio Free Europe‘“ zu leisten sowie Materialien über die westdeutschen Geheimdienste zur Verfügung zu stellen. Auf „Anfrage des Mfs“ sollte wiederum das MSW „Informationen über die operative Situation in den anderen kapitalistischen Ländern“ offenlegen.<sup>10</sup> Die allmähliche Emanzipation Ostberlins in innerdeutschen Angelegenheiten fand bekanntlich nicht nur und nicht primär im geheimdienstlichen Bereich statt und vollzog sich im ständigen Konflikt mit dem östlichen Nachbarn. Die Interessen der VRP und DDR kollidierten vor allem in Westberlin und in der BRD, weil Warschau an einem ungehinderten Zugang zur westlichen Teilstadt und seit Beginn der siebziger Jahre am Ausbau des Handels mit der Bundesrepublik interessiert war.<sup>11</sup> Ob es nun tatsächlich zu einer Koordinierung der geheimdienstlichen Tätigkeit im „Operationsgebiet“, wie das Mfs die Bundesrepublik nannte, gekommen ist, ist nicht ersichtlich. Oft erwecken die wenigen zugänglichen Produkte beider Spionagedienste in dieser Periode den Eindruck, als ob man seinerzeit durch die Lektüre einer seriösen Tageszeitung zumindest ebenso gut informiert worden wäre.

Als Beispiel hierfür mag die überlieferte Reaktion des Mfs auf die Studentenunruhen in Polen im März 1968 dienen. Die Staatssicherheit erblickte darin fast ausschließlich eine für den „Sozialismus“ gefährliche innerparteiliche Auseinandersetzung in der PVAP. Die angeblichen Hauptverantwortlichen für die Studentenrevolte (Karol Modzelewski, Jacek Kuroń, Adam Michnik, Antoni Zambrowski und andere) seien zwar verurteilt worden,

10 Protokoll vom 19.2.1965 (CA MSWiA, MSW II 2116).

11 Dazu ausführlich: Mieczysław Tomala, *Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia 1945-1991*, Warszawa 1997.

aber „bedauerlicherweise waren die Inspiratoren der Tätigkeit der Kommandotruppen sowie die wenigen, die sie als ‚schleichende Revisionisten‘ indoktrinierten, außer Reichweite der Gesetzlichkeit, so daß sie nicht weiterhin mit der entschlossenen Ablehnung durch die öffentliche Meinung konfrontiert wurden“. <sup>12</sup> Die Frage lautete daher für das MfS: Was wollten „die Regisseure und Akteure des ‚März 1968‘“ erreichen? Als Antwort formulierte man: „Sie waren eine Gruppe gut getarnter Antikommunisten (die Tarnung war für viele das Parteidokument), eine gefährliche Gruppe, da sie sich an den neuralgischen Punkten der Gesellschaft befand, in den sogenannten Meinungsbildungszentren (Massenmedien, Kultur, Wissenschaft), und weil sie unmittelbaren Zugang zur Jugend hatten, als Erzieher und Gönner. Die Jugend ist wegen ihres Mangels an Lebenserfahrungen gegenüber ihren Fürsprechern vertrauensvoll, läßt sich manipulieren [...]. Sie wollten die politische Unbildung und Unerfahrenheit der Jugend ausnutzen, vor allem der studentischen Jugend, und sie in ein ihnen dienstbares Werkzeug der Druckausübung auf Partei und Staat umbilden. Sie wollten die Konzeption der Unumgänglichkeit des politischen Pluralismus verbreiten und durch eine Revision des Marxismus das sozialistische Modell der Partei und des Staates lancieren. Sie wollten schließlich aus sich selbst eine neue Elite hervorbringen, um zusammen mit einigen nach 1956 abgesetzten Personen und eventuell ihren Kindern in der Atmosphäre der Studentenunruhen ihren eigenen Staatsstreich zu führen und die Macht in Polen zu übernehmen.“ <sup>13</sup> Diese Zusammenfassung der „Märzereignisse“ von 1968 unterschied sich in nichts von der offiziellen Version, die man in der zeitgenössischen volkspolnischen Presse lesen konnte. Völlig ausgeblendet wurden die antisemitischen Motive der staatlichen Kampagne gegen die Studenten und deren vermeintliche Förderer. Ebenfalls keine Erwähnung fand die im Westen weit verbreitete These, dass hinter den „Ereignissen“ des März 1968 der polnische Sicherheitsapparat unter Innenminister Moczar stand, der damit seinen Anspruch auf die Nachfolge des alternden Parteichefs Gomułka hervorheben wollte. <sup>14</sup>

### 3. Von den Dezemberunruhen 1970 zum Streiksommer 1980

Ähnlich verschwommen scheinen zwei Jahre später die Kenntnisse des MfS über die Arbeiterunruhen in den polnischen Ostseestädten gewesen zu sein. Der Ausbruch dieser Revolte an der Küste im Dezember 1970 dürfte die Staatssicherheit überrascht haben. Zudem verweigerte das polnische Innen-

<sup>12</sup> BStU, ZA, HA II/10, 713. Charakteristischerweise hatten die beiden Erstgenannten, die spätestens seit 1965 als notorische Querdenker bekannt waren, gerade an den Märzunruhen von 1968 so gut wie keinen direkten Anteil.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Marcin Kula/Piotr Osęka/Marcin Zaremba (Hg.), Marzec 1968. Trzydzieści lat później, Band I-II, Warszawa 1998.



ministerium offensichtlich den ostdeutschen Genossen Informationen über die innenpolitische Krise, Ostberlin war plötzlich auf westliche Medien angewiesen. Dieser Zustand, so Minister Erich Mielke, sei untragbar, denn Unruhen im Bruderstaat würden den Feind aus Westdeutschland anziehen und die „rechtsopportunistischen“ Kreise in der VRP wollten Streiks und Arbeitsniederlegungen in die DDR exportieren.

Ein Blick auf die Landkarte genügt, um die Befürchtungen Mielkes vordergründig plausibel erscheinen zu lassen. Stettin als eines der beiden Zentren der Unruhen lag ja direkt an der Grenze zur DDR. Dennoch waren die Ängste des MfS in Wirklichkeit doppelt unbegründet: Hinter den revolvierenden Arbeitern stand weder ein westliches noch ein einheimisches Koordinationszentrum, das den Aufruhr hätte exportieren können. Die ostdeutschen „Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft“<sup>15</sup> waren aber auch aus einem anderen Grund überflüssig, weil die hier gefürchteten polnischen „Vertragsarbeiter“ in der DDR sich zu Solidaritätshandlungen mit ihren Kollegen in der Heimat ebenso wenig bereit zeigten wie die Bevölkerung der DDR.<sup>16</sup> „Negativ-feindliche Diskussionen“, hieß es in einer zusammenfassenden „Information“ des MfS vom 21. Dezember 1970, „traten bisher nur vereinzelt auf“.<sup>17</sup> Unter den 78 „im Zusammenhang mit den Ereignissen in der VR Polen [...] zugeführten Personen“ hatten ganze 33 tatsächlich in irgendeinem Zusammenhang mit Polen gehandelt, wobei 80 Prozent der „Täter“ unter „Alkoholeinfluß“ stand und „der Tatablauf [...] in der Regel [...] durch eine geringe intelligenzintensive Handlungsweise“ gekennzeichnet war.<sup>18</sup>

Erich Mielke sprach die Problematik des Informationsaustausches in Krisenzeiten mit hochrangigen polnischen Genossen einige Monate später an.<sup>19</sup> Die „Dezemberunruhen“ waren bereits Geschichte, so dass eine Überbetonung der Ostberliner Kritik an der unkooperativen Haltung Warschaws einem schwerwiegenden Verstoß gegen das realsozialistische Protokoll gleichgekommen wäre. Darüber hinaus gab es in diesem Frühjahr 1971 durchaus aktuelle Gründe für Unruhe in den Sicherheitsdiensten. Bis zum

15 Anweisung von Minister Mielke an die Leiter aller Dienstseinheiten vom 23.12.1970 (BStU, ZA, VVS 317/70 1015/70). Bereits am 18.12. hatte der Minister vor „Panik“ unter den IM/GMS im Zusammenhang mit der „politisch-operativen Lage“ in Polen gewarnt.

16 Damit verhielt sich die große Mehrheit der Bevölkerung der DDR ähnlich wie die Polen nach dem 17. Juni 1953. Die Reaktionen sind, unter einem irreführenden Titel, dokumentiert in: Andrzej Malkiewicz/Krzysztof Ruchniewicz, Pierwszy znak solidarności. Polskie odgłosy powstania ludowego w NRD w 1953 r., Wrocław 1998.

17 BStU, ZA, ZAIG, Nr. 1351/70 vom 21.12.1970 über „polnische Arbeitskräfte“ und Nr. 1371/70 vom 25.12.1970 über die „Reaktionen der Bevölkerung der DDR“.

18 Bericht vom 22.12.1970 über „erfolgte Zuführungen im Zusammenhang mit den Ereignissen in der VR Polen im Zeitraum von 17.12.1970 bis 22.12.1970–20.00 Uhr“ (BStU, ZA, HA IX/2692).

19 Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski (Hg.), PRL w oczach STASI, cz. I, Warszawa 1995, S. 41 f.

Beginn der Entspannung waren die Grenzen relativ undurchlässig. Die polnischen „Vertragsarbeiter“ und organisierte Gruppenfahrten (Gewerkschafts-, Sport-, Betriebsdelegationen) waren bisher die zahlenmäßig größten und noch immer kontrollierbaren Ausnahmen gewesen. Doch 1971 nahm der Reisestrom deutlich zu: 197 000 Polen und 537 000 Ostdeutsche überschritten die „Friedensgrenze“ an Oder und Neiße. Es zeichnete sich im Lichte der Entwicklung der letzten Jahre deutlich ab, dass die Zeit der Isolierung gegenüber dem Westen und voneinander allmählich zu Ende ging. Diese Befürchtung sprach Mielke während des erwähnten Treffens mit „führenden Vertretern der polnischen Sicherheitsorgane“ mehrmals an, mit deutlich kritischem Unterton gegenüber den wohl als allzu gutmütig und im Verhältnis zum Westen als naiv eingestuften polnischen Genossen.<sup>20</sup>

Die Befürchtungen des MfS hinsichtlich des „polnischen Bazillus“ sollten sich bald als begründet erweisen. Im August 1971 kam es unter den polnischen Arbeitern im Gaskombinat in Schwarze Pumpe bei Hoyerswerda zu Unruhen, über die sich Mielke sogleich bei seinem neuen polnischen Amtskollegen Franciszek Szlachcic beklagte. Dieser antwortete am 8. September, dass „die kompetenten Organe der VRP die Gründe für die Vorkommnisse analysiert und entsprechende Maßnahmen zwecks Vermeidung ähnlicher Tatsachen in der Zukunft eingeleitet haben“.<sup>21</sup> Zugleich kündigte der polnische Innenminister an, die Auswahl der in die DDR delegierten Arbeiter sorgfältiger durchzuführen und die Möglichkeiten „einer operativen Bearbeitung der Gruppen unserer Staatsbürger in der DDR“ zu prüfen, „was zusätzliche Konsultationen zwischen unseren Ressorts verlangen wird“.<sup>22</sup>

Am 21. Oktober 1971 teilte Szlachcic dem DDR-Staatssicherheitsminister mit, das MSW habe beschlossen, „in Euer Gebiet Mitarbeiter zu delegieren mit der Aufgabe der operativen Arbeit, um im Vorfeld negative Erscheinungen aufzudecken und ernsthaftere Konfliktzustände zu eliminieren“.<sup>23</sup> Die in die DDR entsandten Offiziere des polnischen Innenministeriums wurden, in Abstimmung mit dem MfS, auf jene Städte verteilt, in denen die meisten „Vertragsarbeiter“ beschäftigt waren. Vor Ort sollten sie ständigen Kontakt zu entsprechenden Stellen des MfS halten, die genauen Regeln wurden während einer Beratung in Berlin am 9. November 1971 ausgearbeitet. Die Operativgruppe des polnischen Innenministeriums in der „Hauptstadt der DDR“ wurde durch zusätzliche Mitarbeiter verstärkt, die diese Aufgaben wahrnehmen und koordinieren sollten. Sie sollten den Informationsfluss zwischen beiden Ministerien fördern und in Bezirken „von besonderer Bedeutung“ auch direkt mit den Verbindungsoffizieren des MfS zusammen-

20 Ebd. Ähnliche Sünden warf das MfS etwa dem polnischen Institut für Internationale Politik, einer dem Außenministerium nachgeordneten Einrichtung, vor, siehe „Information“ vom 4. 3. 1970 (BStU, ZA, ZAIG, Z 1975).

21 BStU, ZA, Abt. X, 94.

22 Ebd.

23 Ebd.

arbeiten. Das MfS sollte diese Tätigkeit „absichern“.<sup>24</sup> Die polnischen Sicherheitsoffiziere unter den „Vertragsarbeitern“ sollten bis 1989 in der DDR tätig bleiben, der letzte wurde noch im Juni 1989 entsandt.

In den siebziger Jahren scheint die Zusammenarbeit zwischen mehreren Abteilungen und „Linien“ des MfS und des MSW fest etabliert gewesen zu sein. Die polnischen Arbeiter in der DDR blieben stets ein wichtiger Gegenstand beiderseitigen Interesses. Als am 25. und 26. Juni 1976 Vertreter der für die „Sicherung der Volkswirtschaft“ zuständigen Hauptabteilung XVIII des MfS und des III. Departements des MSW zusammentrafen, konnten sie zufrieden feststellen, dass das „Protokoll vom 9.11.1971 positiv realisiert wurde und die organisierte Zusammenarbeit sich voll bewährt“ habe. In den letzten Jahren war die Kooperation stetig ausgebaut und vertieft worden, wie ein Blick auf die Themen einer Konsultation zwischen MfS und MSW vom 1. Juli 1975 zeigt: Es ging beispielsweise um Kontakte polnischer Arbeitnehmer in der DDR mit Bürgern „nichtsozialistischer Staaten“ sowie mit „feindlich oder negativ eingestellten Bürgern der DDR“, um die Unterbindung der „schädlichen Einflüsse“ der katholischen Kirche auf die „Vertragsarbeiter“, „Schädlingstätigkeit“, Sabotage und Diversion sowie die Bekämpfung der „Waren- und Währungsspekulation“ durch effektivere Zollkontrollen.<sup>25</sup>

Das Thema „Zollkontrolle“ hatte spätestens seit der Öffnung der Grenze zwischen der DDR und der VRP eine politische Bedeutung gewonnen. Im Oktober 1972, also zehn Monate nach Öffnung der Grenze, die ab 1. Januar von Polen und Ostdeutschen ohne Visum und Pass überschritten werden konnte, warnte das MfS angesichts des wachsenden „Einkaufstourismus“ der Polen und der vor diesem Hintergrund steigenden Frustration der DDR-Bürger vor „antipolnischen“ und „nationalistischen“ Stimmungen.<sup>26</sup> Dieses Thema nahm in den Akten des MfS auch in den folgenden Jahren viel Platz ein.

Besonders in den achtziger Jahren sollte es vor dem Hintergrund des permanenten Zusammenbruchs des Versorgungssystems in Polen, wo neben Zucker und Benzin beispielsweise auch Fleisch, Butter, Kaffee und Zigaretten jahrelang rationiert waren, zu einem vermutlich wirklich wichtigen versorgungs- und damit innenpolitischen Problem der DDR werden. Eine besondere Rolle spielten auch hier die „Vertragsarbeiter“, die als einzige größere polnische Gruppe nach Aufhebung des visafreien Reiseverkehrs im Oktober 1980 durch die SED freien Zugang zum ostdeutschen Markt hatten. Als sogar die westliche Presse von „Pfeffermillionären“ zu schreiben begann, erklärte das MfS am 11. Februar 1983: „Getroffene Feststellungen der Zollorgane der DDR sowie durch polnische Werktätige begangene Zoll-

24 Ebd.

25 Ebd.

26 Vgl. Jerzy Kochanowski, Groźba nad NRD (notatka Stasi z 30 X 1972 r.). In: Karta 28/1999, S. 132-135.

und Devisenverstöße zeigen, daß die genannten Zollvergünstigungen für Schmuggel- und Spekulationshandlungen mißbraucht werden. Dabei kommt es auch zu groben Rechtsverletzungen, bei denen zum Teil Mittel und Methoden angewandt werden, wie sie für den kriminellen Schmuggel typisch sind.“<sup>27</sup> Im Januar 1984 schätzte man bei der Staatssicherheit den Wert „illegaler Ausfuhren“ aus der DDR durch polnische Bürger auf mehrere hundert Millionen DDR-Mark. Ostberlin beklagte sich gegenüber polnischen Gesprächspartnern, dass ein großer Teil der Waren von der DDR für harte Währung eingeführt worden war, wie etwa Pfeffer, andere Gewürze oder Kaffee. Der Vertreter der polnischen Botschaft antwortete, dass die Vertragsarbeiter keine Alternative hätten, weil sie angesichts ihrer niedrigen Löhne und des schlechten Wechselkurses ja irgendwie überleben müssten.<sup>28</sup>

Die vielschichtigen und komplexen Folgen des freien Reiseverkehrs zwischen der DDR und Polen in den siebziger Jahren, die sicherlich sowohl zum Abbau lange gewachsener Stereotypen als auch in anderen Fällen zu deren Verstärkung geführt haben, sind bis heute nicht einmal ansatzweise erforscht. Aus der Sicht beider Sicherheitsdienste bestand die wichtigste Konsequenz der offenen Grenze wahrscheinlich darin, dass die Menschenbewegungen über Oder und Neiße und damit die Begegnungen zwischen beiden Gesellschaften wirklich unkontrollierbar wurden. Allein im Jahr 1972 fanden 9,5 Millionen Grenzübertritte von Polen und 6,7 Millionen von DDR-Bürgern statt. Dieses schuf eine neue Qualität der „Sicherheitslage“ in beiden Staaten. Die „Gefahr“ der Übertragung eventueller antikommunistischer Stimmungen über die Oder nahm aus der Perspektive des MfS zu. Die Erinnerung an die unkooperative Haltung der Polen im Dezember 1970 und deren neuer, auf begrenzte Entspannung und Ausbau der Handelsbeziehungen ausgerichteter Kurs gegenüber dem Erzfeind „BRD“ ließen diese „Gefahr“ kaum geringer erscheinen. Als im Juni 1976 in Volkspolen neue Unruhen ausbrachen, machte sich die „Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) des MfS an die Arbeit. In einem langen Bericht verortete sie die Probleme des Bruderlandes in seinen zahlreichen Abweichungen von der lagerinternen Orthodoxie: Eine angeblich wegen ihres privaten Charakters ineffektive Landwirtschaft, ein beklagenswert großer Einfluss der Kirche und des Exils sowie weitverbreitete Hoffnungen, die auch von der Partei auf das Modell einer Konvergenz von sozialistischen und kapitalistischen Systemelementen gesetzt werden. Die Summe dieser Phänomene machte den MfS-Analitikern mittlerweile ernste und zunehmende Sorgen. Zwei Jahre später schrieben sie bereits von „Anzeichen einer zunehmenden Destabilisierung des politischen Systems“ in Polen. Diese Warnung, die charakteristischerweise auf „westlichen Einschätzungen“ der Lage östlich der

27 BStU, ZA, Abt. X, 94, Bl. 106.

28 „Information über einige Methoden der polnischen Spekulanten bei dem Transport von Waren über die Grenze“ vom 20.1.1984 (ebd., Bl. 95–98).

Oder beruhte, wurde von der MfS-Führung sehr ernst genommen.<sup>29</sup> Fünfzig Seiten Redenotizen bereiteten Mielkes Untergebene für sein Gespräch mit „polnischen Genossen“ vor, die ihn im Juni 1978 besuchten. Es ging vor allem um das neue, subtile Vorgehen des „Feindes“ unter der Aura der Entspannung. Im Anschluss an diese Einführung lautete die erste Frage Mielkes an die Gäste aus Warschau: „Besteht Übereinstimmung mit unseren Erkenntnissen über die Pläne, Absichten und Aktivitäten des Imperialismus und seiner Organe, der feindlichen Zentren zur Einmischung, Hineinwirken in die sozialistischen Staaten, besonders zur Inspirierung und Organisierung einer ‚inneren Opposition‘, einer politischen Untergrundtätigkeit in unseren Ländern?“<sup>30</sup> Leider kennen wir die Antwort der Polen nicht.

#### 4. Kooperation und Einmischung bis 1989

Als im Juli 1980 eine neue und wesentlich größere Streikwelle Polen erschütterte, war das MfS jedoch abermals unvorbereitet. Man sammelte belanglose Urlaubsberichte von DDR-Bürgern, Material aus den vergangenen Jahren wurde aus der Ablage hervorgeholt. Doch die aktuellen Analysen basierten auf rein zufälligen Eindrücken und Gesprächspartnern. Der nationale und grundsätzliche Charakter der sommerlichen Auflehnung gegen das System verkam in den ersten Berichten zu einer ausschließlich sozial und ökonomisch motivierten Protestbewegung gegen eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik. Der Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung, Markus Wolf, erhielt zwar in Warschau einen Termin bei hohen Funktionären des Innenministeriums, doch deren Einschätzungen erwiesen sich bereits am nächsten Tag als völlig überholt. Ein fast gleichzeitig mit dem Dossier angefertigter Bericht der besser vernetzten Mitarbeiter der Warschauer DDR-Botschaft war dem geheimpolizeilichen Material in jeder Hinsicht überlegen.<sup>31</sup>

29 Dazu ausführlich Jeremi Sadowski, Stasi und Polen. Die Stasi-Berichterstattung aus Polen anhand dreier Beispiele aus der polnischen Nachkriegsgeschichte (Manuskript), S. 20–26. Siehe auch umfangreiche Übersetzungen des MfS von oppositionellem Material aus dem Polen der Jahre 1976 und 1977: BStU, ZA, ZAIG, 13584 und 13584.

30 „Eventuelle Fragestellungen an die polnischen Genossen“ (BStU, ZA, ZAIG, Z 5446, Bl. 61).

31 Włodzimierz Borodziej/Jerzy Kochanowski (Hg.), PRL w oczach STASI, t. II, Warszawa 1996, S. 6–37. Zum folgenden siehe auch Monika Tantzsch, „Was in Polen geschieht, ist für die DDR eine Lebensfrage“. Das MfS und die polnische Krise 1980/81. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band V/3, Baden-Baden 1995, S. 2601–2760; Michael Kubina/Manfred Wilke (Hg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995.

Der Schock für die DDR-Führung, den die in Danzig formulierten „21 Punkte“ auslösten, die von der polnischen Regierung und Solidarnosc am 31. August 1980 auf der Leninwerft unterzeichnet worden waren, schlug sich in Berlin in der Gründung einer der Hauptabteilung II im MfS unterstellten „Operativgruppe Warschau“ (OGW) nieder. Damit begann ein neues und zugleich das letzte Kapitel der Geschichte der Beziehungen von MfS und Volkspolen.

#### 4.1 Die Intervention des MfS in Polen durch die „Operativgruppe Warschau“

„Was in Polen geschieht, das ist bedeutsam für die gesamte sozialistische Gemeinschaft. Das ist auch für uns in der DDR eine Kernfrage, eine Lebensfrage.“ Der so formulierende Minister für Staatssicherheit der DDR benötigte am 2. Oktober 1980 einen Redetext von mehr als 100 Seiten, um seinen Untergebenen die aus dem Osten drohende Gefahr zu verdeutlichen.<sup>32</sup> Der Westen war natürlich mitschuldig, doch der Hauptangriff Mielkes richtete sich deutlich gegen die polnische Parteiführung. Sie sei von den „richtigen Beschlüssen“ des VI. Parteitagess von 1971 abgegangen und habe eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik betrieben, die mit „negativen Verhaltensweisen“ der Bevölkerung wie „sinkende Arbeitsmoral, Arbeitsbummelei und übermäßigem Alkoholgenuß [...], Hamstereinkäufe, Warenhortung und Schwarzhandel mit westlichen Zahlungsmitteln“ zusammengefallen sei. Weiter habe die PVAP die „ideologische Arbeit“ vernachlässigt und „in komplizierten innenpolitischen Situation[en] verstärkt an das Nationalgefühl der polnischen Bürger“ appelliert, wodurch ein „falscher Nationalstolz“ erstarkte, „der bis zu einem gefährlichen Nationalismus führte“, der wiederum „mit vielfältigen Erscheinungen des Antisowjetismus verbunden“ war. Der dritte Fehler der Mannschaft um Parteichef Edward Gierek habe darin bestanden, dass sie eine lediglich politische Auseinandersetzung mit dem „inneren Gegner“ für ausreichend hielt: „Die Parteiführung und die Sicherheitsorgane in der VR Polen haben die subversiven Aktivitäten der Feinde des Sozialismus praktisch toleriert und es derartigen Elementen sogar ermöglicht, weitgehend legal zu arbeiten.“ Diese Politik hätten auch die volkspolnischen Sicherheitsorgane verfolgt: „Man beschränkte sich auf sogenannte vorbeugende Handlungen, ohne den bewährten Grundsatz der tschekistischen Arbeit durchzusetzen, daß Feinde wie Feinde bekämpft werden müssen.“ Bei einer Beratung im April 1980 in Moskau, so Mielke weiter, habe der stellvertretende polnische Innenminister die Aktivitäten der „Konterrevolutionäre“

32 Siehe zum folgenden Mielkes Redetext in: BStU, ZA, HA II/10, 229, Bl. 39, 42f., 46, 48ff., 73f. (Zitate).

als irrelevant und kontrollierbar verharmlost und die bisherigen Methoden ihrer Bekämpfung als „optimal“ bezeichnet – trotz zahlreicher Warnungen der Bruderorgane aus anderen Ländern: „Viele Hinweise haben sie von uns erhalten. Eine echte internationalistische Hilfe wurde geleistet. Aber es zeugt vom Nationalismus selbst in den polnischen Sicherheitsorganen, daß sie diese internationalistische Unterstützung im allgemeinen in den Wind geschlagen haben.“ Nur wenige Monate später sei die Partei „einer geschlossenen Streikfront unter Führung der Feinde Volkspolens“ gegenüber gestanden und habe vor dieser kapituliert.

Die Kritik Mielkes bezog sich nicht nur auf die abgelöste Mannschaft um Gierek, sondern auch auf die neue Führung. Erst in der Zukunft „wird sich zeigen, ob die Parteiführung in der Lage ist, eine klare Entscheidung vorzunehmen, eine richtige Konzeption vorzulegen und das einheitliche, offensive Handeln des ZK und des Aktivs der PVAP zu gewährleisten“. Das war nämlich bis jetzt nicht der Fall, schloss Mielke, weil „es manchen polnischen Genossen, auch ZK-Mitgliedern, immer noch schwerfällt, die Ursachen für die konterrevolutionären Ereignisse zu erkennen und endlich die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen“. Mielke forderte seine Untergebenen auf, sich verstärkt mit der „von den konterrevolutionären Kräften in Polen ausgehenden Gefahr“ zu beschäftigen, unter anderem durch die Arbeit mit IM, die „über entsprechende Verbindungen in Polen verfügen bzw. solche herstellen können“. Angesichts der offenen Verachtung des Ministers für die jüngsten Darbietungen des Warschauer „Bruderorgans“ dürften sich die MfS-Offiziere kaum gewundert haben, dass Mielke im Zusammenhang mit der Informationsbeschaffung „auch geeignete IM unter Ausländern“ ausdrücklich einschloss.

Vor diesem Hintergrund muss die Entscheidung des MfS zur Bildung der „Operativgruppe Warschau“ gesehen werden. Ein solches Projekt war vor 1980 offenbar an der hinhaltenden Haltung der polnischen Genossen gescheitert.<sup>33</sup> Erstens fühlte sich die DDR-Führung durch die „polnischen Ereignisse“ existentiell bedroht,<sup>34</sup> obwohl sowohl im Sommer 1980 als auch in den folgenden 16 Monaten die Ausstrahlungskraft der „Solidarność“ gerade zwischen Oder und Elbe sehr gering blieb.<sup>35</sup> Trotzdem wurde als erste

33 Den Vorschlag zur Etablierung einer solchen Gruppe hatte das MfS zumindest einmal, nämlich bei einem Treffen der stellvertretenden Minister 1978, unterbreitet, siehe „Konzeption für Beratungen mit führenden Vertretern des Innenministeriums der VR Polen“ und „Hinweise“ für Minister Erich Mielke (BStU, ZA, ZAIG, Z 5446, Bl. 68).

34 Die Haltung der DDR zur „Solidarność“ ist ausführlich dokumentiert in: Kubina/Wilke (Hg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“.

35 Vgl. Tantzsch, Polen; Borodziej/Kochanowski, PRL w oczach STASI, S. 10ff. und 32-37. Als ein Beispiel für die Angst vor dem „polnischen Bazillus“ mag auch die Anfang 1981 beschlossene Zwangsrückführung der ostdeutschen Studenten aus Polen dienen, die bereits vor dem Antritt des Stipendiums sorgfältig „vorbereitet“ wurden. So wurden nach dem Streik der Lodzer Studenten im Februar 1981 alle 41 DDR-Studenten „abgezogen“ (BStU, ZA, HA XX, 173 sowie „Information zur

Reaktion die seit 1972 offene Grenze Ende Oktober 1980 für den individuellen Verkehr zwischen der VRP und der DDR und umgekehrt praktisch geschlossen. Zweitens drängte SED-Generalsekretär Erich Honecker 1980 und 1981 auf eine baldige militärische Intervention, wozu man zweifellos viele und aktuelle Informationen des MfS benötigte. Schließlich misstrauten die politische wie die sicherheitspolizeiliche Elite der DDR den polnischen Genossen: Alle diese Gründe legten einen Bedarf an der Erschließung eigener, vom „Bruderorgan“ unabhängiger Informationsquellen nahe.

Wie weit ging nun das MfS mit dieser Aktion? Hat es eigenmächtig polnische Staatsbürger als IM angeworben? In den Vereinbarungen von 1955 und 1958 hatte sich die polnische Seite die Möglichkeit offengelassen, unter DDR-Bürgern Agenten anzuwerben, wobei das Sfs/MfS nur benachrichtigt zu werden brauchte.<sup>36</sup> Diese einseitige Regelung wurde spätestens in der Vereinbarung der beiden Ministerien aus dem Jahre 1974 auf beide Signaturen ausgedehnt, die nun „mit Zustimmung der jeweils anderen Seite“ Bürger des anderen Staates „für operative Zwecke nutzen“ durften.<sup>37</sup> Hatte sich die Lage 1980 soweit verändert, dass sich das MfS es leisten konnte, im Namen der Abwehr einer drohenden „Konterrevolution“ die Benachrichtigung beziehungsweise Einholung der Zustimmung der anderen Seite zu unterlassen?<sup>38</sup>

Die Handakten der Operativgruppe Warschau sind aller Wahrscheinlichkeit nach vernichtet worden, und die heute bekannten Berliner Unterlagen liefern nur selten Hinweise auf personenbezogene Daten der MfS-Zuträger in Polen. Beide bisher identifizierten IM, deren Tätigkeit bereits als halbwegs bekannt gelten darf, waren DDR-Bürger.<sup>39</sup> Einer der höchsten Beamten des polnischen Innenministeriums, der ehemalige Divisionsgeneral und Minister-Stellvertreter Henryk Dankowski, behauptete 1993, dass das MfS der DDR keine polnische Agentur unterhalten habe, denn solches „hätte politische Konsequenzen gehabt und unsere Souveränität verletzt.“<sup>40</sup> Dabei

Situation an den polnischen Universitäten und Hochschulen und unter den DDR-Studenten in der VR Polen“ vom 3. 2. 1981 [AKG/II, 213]).

36 Siehe Protokoll vom 22. 6. 1955 (Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji [CA MSWiA] Bestand Komitet do Spraw Bezpieczeństwa Publicznego 163/25) und Protokoll vom 25. 4. 1958 (CA MSWiA Bestand MSW II 2115 163/21). Die betreffenden Personen sollten in den Karteien von Sfs/MfS erfasst werden. Im Protokoll von 1955 findet sich u. a. die Erklärung, dass „diese Prozedur sowohl zur Sicherung der Rechtstaatlichkeit der DDR als auch zum Schutz der Agentur unerlässlich ist“.

37 Tantzsch, Polen, Anhang/Dok. 1.

38 So die gängige Vermutung in Polen in den 90er Jahren. Siehe z. B.: „Streng geheim. STASI miała swoich agentów we wszystkich środowiskach w Polsce“, „Wprost“ Nr. 51 vom 19. 12. 1993.

39 „Gerald“ war als IM 1978–1981 in Warschau eingesetzt und arbeitete seit 1984 hauptamtlich für das MfS (BStU, Ast Frankfurt/Oder, V 764/78). Die IM-Tätigkeit von „Henryk“ in Danzig wurde von der Behörde des BStU in Ausstellungen in Rostock und Krakau ausführlich dokumentiert (BStU, ZA, AP 12837/91).

40 Die Aussage von Dankowski ist zit. nach „Wprost“ Nr. 51 vom 19. 12. 1993, S. 11.



war es Dankowski selbst, der Ende März 1988 den MfS-Generalmajor Paul Kienberg, den Leiter der für die Oppositionsbekämpfung zuständigen HA XX in Berlin, in einem Gespräch in Warschau bat, einen zusätzlichen MfS-Offizier zur Verstärkung der Operativgruppe Warschau nach Polen zu senden.<sup>41</sup> Einer von Dankowskis prominenten Kollegen sah es rückblickend ein wenig anders und behauptete, die polnische „Arbeitsgruppe“ an der Botschaft in Ostberlin, dort tätig seit Beginn der fünfziger Jahre,<sup>42</sup> sei sowieso zahlreicher als die Operativgruppe Warschau gewesen. Zwar habe das MfS „in Polen eigene Informationsquellen organisiert“, aber „ein Teil dieser Informanten ist festgestellt worden und über deren Vermittlung hat das MSW für uns bequeme Informationen weitergeleitet“.<sup>43</sup> Die heute zugänglichen Akten erlauben, die erste Version als unwahr zu disqualifizieren: Das MfS hat zweifellos auch polnische IM geführt. Für die zweite Version, derzufolge die Polen den Nachrichtenfluss über kontrollierte polnische Agenten manipuliert haben, fehlen jegliche Anhaltspunkte. Die Reste der IM-bezogenen Akten erlauben eigentlich nur eine grundsätzliche Feststellung: Die große Mehrheit der IM des MfS in Polen waren nach einer vermutlich unvollständigen Aufstellung um das Jahr 1986 zu etwa 75 Prozent DDR-Bürger und als solche zumeist „IMS“, sozusagen Musterbürger, „die wesentliche Beiträge zur allseitigen Gewährleistung der inneren Sicherheit im Verantwortungsbereich leisten“.<sup>44</sup> Tätig waren sie vor allem an der Botschaft der DDR in Polen und ihren nachgeordneten Einrichtungen.

Im polnischen Innenministerium gab es dieser Aufstellung zufolge Dutzende von Kontaktpersonen („Fred“), offenbar mit wechselndem und unterschiedlichem Mitteilungsbedürfnis gegenüber den ostdeutschen Genossen, was spätestens 1987 als ein amtsinternes Problem angesehen wurde. So teilte der stellvertretende Direktor des Kabinetts des Innenministers dem Leiter der Operativgruppe Warschau mit, „daß er mit Beginn der Ereignisse 1981 von Genossen Kisczak persönlich die Weisung erhalten habe, die sozialistischen Bruderorgane umfassend und objektiv über die Vorgänge in der VR Polen“ zu informieren. „Gegenwärtig würden sich aber die Stimmen innerhalb des MSW mehren, den sozialistischen Bruderorganen den Zugang zu Informationen des MSW zu begrenzen und gleiche Bedingungen, wie sie den polnischen Genossen während ihres Einsatzes in den sozialistischen Ländern geboten werden, zu schaffen“. Unterstützt würden „diese Meinun-

41 Siehe den Beitrag von Bernd Schäfer, S. 87, 2. Abschnitt.

42 Die Manipulation dieser Aussage besteht darin, dass die Operativgruppe Warschau des MfS polnische Fragen bearbeitete, die Ostberliner Arbeitsgruppe des MSW dagegen höchstwahrscheinlich Berlin-West sowie polnische Staatsbürger in der DDR, nicht aber innere Angelegenheiten der DDR.

43 Brief des ehemaligen Leiters des Ermittlungsbüros des Innenministeriums an die Herausgeber. In: Borodziej/Kochanowski (Hg.), PRL w oczach STASI, S. 158–163, hier S. 160. Allerdings steht diese Behauptung neben mehreren anderen, deren Bezug zur Realität zweifelhaft erscheint.

44 Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 314.

gen durch einige Direktoren im Kabinett“. Beabsichtigt sei „die Einrichtung eines Empfangszimmers für die Vertreter der Operativgruppen der Bruderorgane sowie die Ausgabe der Tagesinformationen über das Sekretariat, um den unmittelbaren Kontakt zu den Mitarbeitern des Kabinetts einzuschränken“.<sup>45</sup>

Die klassischen IM, die von der Operativgruppe Warschau als „Martin“ geführt wurden, arbeiteten in verschiedenen Vertretungen der DDR, doch darunter befanden sich auch DDR-Gastdozenten und -Studenten an polnischen Hochschulen sowie schließlich auch polnische Staatsbürger. Die „Konrads“, sogenannte „nicht geworbene Kontaktpersonen“, waren offensichtlich Polen in unterschiedlichsten beruflichen und sozialen Positionen. Jeder „Martin“ hatte zudem seine Informationsquellen, die als „Rudolf“ eingetragen waren und allem Anschein nach nichts davon wussten, dass sich in ihrem Bekanntenkreis ein ostdeutscher Agent befand.

Alle denkbaren Arten von Verbindungen zwischen den hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS, die als Botschaftsmitarbeiter „legendiert“ waren, und ihren Gesprächspartnern in der Volksrepublik Polen, stellen den Historiker vor komplizierte Rekonstruktionsprobleme und das nicht nur, weil ein großer Teil der Unterlagen unbekannt ist. Es handelt sich um das gesamte Spektrum von durchaus bewussten und diensteifrigen Agenten über Menschen, die es geahnt haben, aber es aus verschiedenen Gründen so genau nicht wissen wollten, bis hin zu Naiven und skrupellose Individuen, die in der ostdeutschen Verbindung, egal welcher Art, eine Stütze für ihr persönliches, politisches oder materielles Wohlergehen erblickten. Zudem gibt es Personen, die sich heute nur wundern, dass ihr Name in Akten des MfS in der Behörde des BStU auftaucht.<sup>46</sup>

Zusätzlich erschwert wird die eventuelle Rekonstruktion durch den sozusagen behördenimmanenten Erfolgswang. Der hauptamtliche Mitarbeiter, und noch stärker ein IM, konnte ja durchaus eine virtuelle Wirklichkeit kreieren, um seinen Ausgaben oder seiner Tätigkeit eine Legitimationsgrundlage zu schaffen. Dazu gehörte vor allem die Betonung der Wichtigkeit der eigenen Kontakte und Verbindungen. Als gutes Beispiel hierfür mögen die Akten des IMS „Peter Luther“ dienen, der im Sommer 1981 Bekannte in Gdingen besuchte. Eine offenbar gewöhnliche und in jeder Hinsicht unauffällige Familie wuchs sich in den Berichten von „Luther“ zu einem sehr förderungswerten Kontakt aus. Der Besuch wurde im Herbst sogar wiederholt, ohne dass man irgendeinen Nutzen sehen könnte, den die Ostberliner Zentrale aus dieser Verbindung ziehen konnte.<sup>47</sup>

45 „Information“ des MfS vom 13. 3. 1987 (BStU, ZA, HA II/10).

46 Als „Rudolf“ war z. B. auch Ewa Milewicz aufgelistet, die, als eine der ganz wenigen Ausnahmen, tatsächlich für die Opposition arbeitete. Über ihren Fall siehe ausführlich die „Gazeta Wyborcza“ zwischen Oktober und Dezember 1994.

47 BStU, ZA, HA II/10, 556.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der HA II des MfS in Warschau arbeiteten offiziell an der Botschaft. In den DDR-Konsulaten in Danzig, Stettin, Breslau und Kattowitz gab es Außenstellen der Operativgruppe. Ähnliche Operativgruppen unterhielt das MfS in anderen sozialistischen Hauptstädten. Nur waren sie in Budapest, Sofia und Prag mit ein bis zwei Stellen ausgestattet, während in Warschau mindestens sechs Mitarbeiter ständig im Einsatz waren.<sup>48</sup> Die Aufgaben der Warschauer Gruppe unterschieden sich auf den ersten Blick nur unwesentlich von den Zielen der übrigen Residenturen: Schutz der Botschaft, Kontrolle der DDR-Bürger, Bekämpfung westlicher Geheimdienste, Aufklärung der Landesverhältnisse. Die Aktenberge, welche die Operativgruppe Warschau produzierte und nach Ostberlin sandte, zeigen jedoch deutlich, dass der Schwerpunkt in Polen eindeutig im innenpolitischen Bereich lag. Das Schreckgespenst der „Solidarność“ sollte dem MfS und seinen Auftraggebern in der SED bis an das Ende der DDR schwer im Magen liegen.

Eingesetzt wurden im MfS zur Bekämpfung des „polnischen Bazillus“ vielfältige Mittel. Neben der Operativgruppe entstand ein Sonderreferat in der Bezirkverwaltung Frankfurt (Oder), eine neue Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei über Kontakte zwischen DDR- und VRP-Bürgern wurde angelegt, in der Postkontrolle ein zusätzlicher Speicher für „Empfänger von postalischen Sendungen mit operativ-bedeutsame[m] Inhalt aus der VR Polen“ eingerichtet.<sup>49</sup> Telephon- und Grenzkontrollen gehörten zu dem neuen System ebenso wie voluminöse IM-Berichte über offizielle Veranstaltungen des Polnischen Kulturzentrums in Berlin oder offizielle Kontakte zwischen polnischen Botschaftsangehörigen und DDR-Funktionären<sup>50</sup> sowie die Auswertung von Stimmungsberichten beiderseits der Oder, die über die Virulenz des „polnischen Bazillus“ in der DDR Auskunft geben sollten.

Nichts war dem MfS zu banal: Wenn etwa Christian Semler nach Polen reiste, um am Rande seines Urlaubs Oppositionelle zu einem Seminar nach „Westberlin“ einzuladen, wanderte diese Meldung vom Abteilungs- zum Hauptabteilungsleiter, damit dieser über das „Bruderorgan“ feststellte, was denn Semler in Polen wirklich getan habe.<sup>51</sup> Mit der in Frankfurt a. M. ansässigen „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“, welche die polnische Opposition unterstützte, sollen sich in der Ostberliner Zentrale ebenso viele Mitarbeiter beschäftigt haben wie in der IGfM selbst tätig waren.<sup>52</sup> Es

48 Einen Vergleich ermöglicht die Konfrontation der Zusammenstellung „Kaderfragen, Struktur, personelle Besetzung der Operativgruppe Warschau“ (Tantzscher, Polen, Anhang) mit analogen Aufstellungen der anderen Operativgruppen (o. D., wahrscheinlich Anfang 1988 verfasst).

49 Tantzscher, Polen, S. 2610 ff.

50 Berichte von IMS „Bernd Senger“, Band V seiner Akte (BStU, ZA, XV 2622/75).

51 Auskunft vom 21. 7. 1988 (BStU, ZA, HA XX/4, 1257).

52 Mitteilung von Herrn Gerhard Gnauck, laut MfS-Informationen Sprecher der „Arbeitsgruppe Polen“ der IGfM. Herrn Gnauck danke ich ebenfalls für die Einsicht in die ihn bzw. die IGfM betreffenden Stasi-Akten.

gab eine vertraglich abgesicherte Zusammenarbeit „auf dem Gebiet der Postkontrolle“<sup>53</sup>. Hunderte von Berichten über private Reisen der DDR-Bürger wurden ebenso sauber abgeheftet wie unzählige Übersetzungen von Flugblättern und Broschüren der polnischen Opposition. Die Geschichte eines Streites um eine unbezahlte Taxirechnung in Görlitz fand ihren Platz auf dem Schreibtisch von Mielke und drei seiner Stellvertreter.<sup>54</sup> Und kein Aufwand war dem MfS zu groß. So wurden beispielsweise in 20 Tagen des Januars 1981 über 2 500 Telefongespräche zwischen Polen und DDR abgehört. Die auf deutsch geführten Unterhaltungen wurden im MfS quantitativ (so „trugen 677 Gespräche einen ausschließlich dienstlichen Charakter [...] 295 Gespräche hatten rein privaten Charakter“) und inhaltlich ausgewertet. Dass diese Hunderte von Arbeitsstunden, die von nur einer Abteilung in nur drei Wochen in das Unternehmen investiert wurde, reine Zeitvergeudung waren, geht aus dem resümierenden Bericht eindeutig hervor.<sup>55</sup>

Ein wichtiges Mittel der Informationsbeschaffung waren Kontakte mit „bewährten Genossen“ und „echten Freunden“, die der Mannschaft des Generals und I. Parteisekretärs Wojciech Jaruzelski in der Regel zumindest skeptisch gegenüberstanden.<sup>56</sup> Andere offizielle Gesprächspartner, über deren politische Einstellung weniger bekannt ist, erzählten den Ostdeutschen einfach etwas, was man Vertretern der „Bruderorgane“ ihrer Meinung nach erzählen sollte. Diese Kontakte im Partei- und Sicherheitsapparat brachten das MfS so manchenmal in den Besitz von Informationen, die auf anderem Weg schwer zugänglich waren, andererseits nicht unbedingt mit der Werbung von Agenten unter polnischen Staatsbürgern zu tun haben mussten. So erfuhr der Vertreter der Kattowitzer Außenstelle der Operativgruppe Warschau von dem Chef der örtlichen Sicherheitskräfte, General Jerzy Gruba, vermutlich am 10. Dezember 1981, also drei Tage vor Ausrufung des Kriegsrechts, dass „die Konfrontation mit den konterrevolutionären Kräften“ unmittelbar bevorstünde. „Sie könne jeden Tag beginnen, es könne aber auch sein, daß sie erst Ende des Monats erfolgt“.<sup>57</sup> In den Mittagsstunden des 12. Dezember erfuhr der Chef der Operativgruppe Warschau von dem Direktor des II. Departaments des MSW: „Mit der Auslösung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Konterrevolution und der Verhaftung führender Mitglieder der ‚Solidarność‘ und anderer oppositio-

53 Plan für 1983 und 1984, bestätigt von Erich Mielke am 28.3. und Czeslaw Kiszczak am 2.3.1983 (BStU, ZA, Abt. X, 79).

54 BStU, ZA, Arbeitsbereich Neiber, 322 (u. a. Information 87/81).

55 Bericht der Abteilung 26/6 an Neiber vom 9.2.1981 (ebd.).

56 Zum Wert dieser Informanten, die sich sogar auf der Ebene der Abteilungsleiter des ZK und unter den I. Wojewodschaftssekretären der PVAP fanden, siehe Kubina/Wilke (Hg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“.

57 BStU, ZA, HA II/10, 262. In demselben Bericht, der in Berlin am 11.12.1981 auf Grund der Berichte der Operativgruppe Warschau zusammengestellt wurde, wird von einem Gespräch mit Szlachcic berichtet, der behauptete, der „Feind“ wolle eigene Staatsbehörden ernennen: Als Staatspräsidenten Aleksander Gieryszo, als Ministerpräsidenten Bronislaw Geremek und als Außenminister Mieczyslaw Rakowski.

neller Kräfte ist möglicherweise bereits heute zu rechnen. Das Innenministerium ist darauf vorbereitet. Alles hängt jedoch von der Entscheidung der Parteiführung ab. Mit der Aktion ist nicht vor Mitternacht zu rechnen.“<sup>58</sup> Diese Nachricht wurde dem MfS am selben Tag aus einer anderen Quelle bestätigt.<sup>59</sup>

Der Mielke-Befehl Nr. 18/81 vom 14. Dezember 1981, der das MfS nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen in erhöhte Alarmbereitschaft versetzte („Besinnung“), wurde am 23. Dezember 1981 teilweise und am 7. Januar 1982 völlig außer Kraft gesetzt, nachdem sich herausgestellt hatte, dass der volkspolnische Sicherheitsapparat ohne Unterstützung der „Bruderorgane“ auskam. Die vom Leiter der HA II, Generalmajor Günther Kratsch, unterzeichnete Weisung vom 14. Dezember 1981 blieb hingegen, soweit sie die Operativgruppe Warschau betraf, in Kraft.<sup>60</sup> Ihre Aufgabe war danach unter anderem die „verstärkte Bearbeitung operativer Materialien und IM-Einsatz zur konkreten Aufklärung von Handlungen, Plänen und Absichten feindlicher Kräfte, insbesondere der imperialistischen Geheimdienste, gegen die VR Polen, sowie im Zusammenhang mit der VR Polen gegen die DDR“. Besondere Betonung wurde auf die Überwachung der westlichen Journalisten und Botschaften gelegt.<sup>61</sup>

Ein Teil der Aktivitäten der Operativgruppe Warschau bestand auch in der Koordinierung der gemeinsamen Unternehmen von MSW und MfS in Polen, die gerade in den ersten Monaten und Jahren nach Ausrufung des Kriegsrechts deutlich zunahmen. Am 19. Dezember 1981 sprach der Leiter der Operativgruppe, Oberstleutnant Herbrich, mit dem Leiter des Persönlichen Büros von Innenminister Kiszczak. Der Minister selbst war zu beschäftigt, um den Ostdeutschen zu empfangen. „Genosse OSL Herbrich informierte daraufhin den Leiter des Kabinetts über die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen des MfS der DDR für das Mdi der VR Polen und teilte mit, daß das MfS bereit ist, im Rahmen gegebener Voraussetzungen weitere Hilfe für das Mdi der VR Polen zur Unterstützung des Kampfes gegen die Konterrevolution zu leisten.“ Anfangs baten die Polen offenbar hauptsächlich um materielle Hilfsmittel.<sup>62</sup> Später kam es auch zu mehreren gemeinsa-

58 BStU, ZA, HA II/10, 262, Bl. 289.

59 Der ehemalige stellvertretende Innenminister der VR Polen, General a. D. (Name von BStU anonymisiert) informierte: „Mit 99%iger Sicherheit beginne in der Nacht vom 12. zum 13.12.1981 die Aktion gegen die ‚Konterrevolution‘. Diese Mitteilung habe er vom stellvertretenden Ministerpräsidenten, Genossen Obodowski“ (ebd.).

60 Maßnahmeplan der Hauptabteilung II „zu den politisch-operativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Situation in der VR Polen“ vom 14.12.1981 (BStU, ZA, HA II/Stab, 3191, Bl. 2-10). Vgl. Tantzsch, Polen, Anhang.

61 Ebd.

62 Bericht vom 22.12.1981 (BStU, ZA, HA II/10, 262, Bl. 221). Herbrich erhielt eine Zusammenstellung der vom MSW benötigten Mittel zwei Tage später: Es ging vor allem um Arzneien (u. a. 20 000 Einwegkanülen), Winterkleidung und Hygienemittel (u. a. 30 000 Rasierklingen, 15 Tonnen Seife, 40 000 Zahnbürsten), da die

men Unternehmen beider Apparate gegen die polnische Opposition und westliche Gegner.

Die letzten neun Jahre der Präsenz der Stasi in der Volksrepublik Polen von der Gründung der Operativgruppe Warschau bis zum Zusammenbruch beider Staaten im Herbst 1989 sind ausgesprochen gut dokumentiert. Das weitaus meiste Material, das im Archiv der Behörde des BStU in Berlin vorliegt, betrifft diesen Zeitraum. Das Interesse an Polen war im MfS zwischen 1980 und 1989 durchweg hoch. Dennoch ist der Unterschied zwischen der Anfangs- und der Endphase dieser Periode auffällig.

Zu Beginn schien das MfS weitgehend auf seine polnischen Quellen vertraut zu haben, beziehungsweise auf sie angewiesen gewesen zu sein. Der Tenor der wöchentlichen Berichte des Hirns des MfS, der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, war bis etwa Mitte der achtziger Jahre entsprechend. Von „wahren Freunden“ und „guten Genossen“ war ebenso oft die Rede wie vom Missbrauch kirchlicher Veranstaltungen für politische Zwecke, vom „offen antisozialistischen Charakter“ einer öffentlichen Handlung, von „Hetze“, „Feinden“ und „feindlichen Kräften“, „Provokationen“ und dergleichen mehr. Etwa seit 1986 veränderte sich der Ton deutlich: Die Berichte betrafen Tatsachen, Kommentare wie überhaupt wertende Adjektive wurden immer seltener. Als Zeitzeuge hat man keine Probleme, die letzten Jahre Volkspolens in den Berichten wiederzuerkennen.<sup>63</sup>

Dieser Eindruck hängt nicht nur mit dem veränderten und von ideologischen Phrasen gesäuberten Stil der Analytiker des MfS zusammen. Den wichtigsten Teil der Informationen, teils in verarbeiteter Form, teils ausführlich zitiert bzw. übersetzt, lieferten in den letzten drei bis vier Jahren vor 1989 andere Quellen: Die westliche Presse, die bisher hauptsächlich als Bestätigung ideologisch geprägter Urteile herangezogen worden war; nicht zur Veröffentlichung bestimmtes ADN-Material; sachliche Ereignismeldungen des polnischen Innenministeriums; Berichte der Warschauer DDR-Botschaft, die schon 1987 wesentlich reicheres Material lieferte als die Operativgruppe.<sup>64</sup> Sympathie für die polnischen Reformen war gleichwohl in den MfS-Akten nirgendwo zu finden, für eine Ansteckung intelligenter MfS-Offiziere durch den „polnischen Bazillus“ gibt es keine Anhaltspunkte. Auf der anderen Seite war es freilich evident, dass die Änderung der Ausdrucksweise eine Veränderung der Denkweise zumindest nahelegte. Ob nun dieses, zumindest begrenzt andere Denken in einem bewussten Widerspruch zur Gerontokratie im Ostberliner Politbüro stand, wieviel es mit „Solidarność“ und „Glasnost“ zu tun hatte oder ob es nicht einfach effektiver war, auf lästi-

Versorgung für die 45 000 einberufenen Reservisten nicht ausreichte und es in den ersten Tagen nach dem 13. Dezember viele Verwundete gegeben hatte (ebd.).

63 Dies ist das Fazit der Durchsicht von mehreren Dutzend polenbezogener ZAIG-Berichte zwischen 1981 und 1989 (BStU, ZA, ZAIG, Sign. 13.000–15.000).

64 Die Berichte des Politischen Bereichs der Botschaft von 1987 sind gesammelt in: BStU, ZA, HA II/10, 1057.

ge Kategorisierungsversuche im Geiste eines antiquierten Marxismus-Leninismus-Tschekismus zu verzichten – darüber kann man heute nur spekulieren.

#### 4.2 Die Phase der legalen „Solidarnosc“ und des Kriegsrechts 1981/82

In den achtziger Jahren lassen sich verschiedene Perioden unterscheiden. Zu Beginn, also in der Zeit der legalen „Solidarność“, beteiligte sich das MfS an den Versuchen, eine orthodoxe Fraktion in der PVAP ausfindig zu machen, die im Fall der Wiederholung des tschechoslowakischen Szenarios von 1968 eine gewaltsame Unterdrückung der Opposition durch die Warschauer-Pakt-Staaten unterstützen würde.<sup>65</sup> Das Misstrauen, ob das Regime Jaruzelskis sich tatsächlich durchsetzen wollte, flaute erst 1982 ab. Noch im Februar dieses Jahres drückte das MfS im Vorfeld des herannahenden VII. Plenums des ZK der PVAP seine Skepsis hinsichtlich der Absichten sogar der Politbüromitglieder aus:

„In Vorbereitung der 7. Plenartagung des ZK der PVAP wird Kubiak zunehmend aktiver. Er wird bei der Verteidigung seiner Position von Jaruzelski unterstützt. Barcikowski entwickelt so starke Aktivitäten, daß gegen ihn fast keine Maßnahmen möglich sind. Kociolek versucht zwar Einfluß auf Jaruzelski zu nehmen, findet jedoch bei diesem keine Resonanz. K. schätzt selbst ein, daß er an Einfluß verloren hat. Wenn das 7. Plenum einen weiteren Ruck nach rechts bringen sollte, dann könnten bereits vorhandene Vorstellungen zur Neubildung einer marxistisch-leninistischen Partei in die Tat umgesetzt werden. Viele Parteiaktivisten sehen unter diesen Bedingungen die Spaltung der Partei als notwendig an“.<sup>66</sup>

Ein Jahr nach Ausrufung des Kriegsrechts urteilte die ZAIG, dass „der Sozialismus zwar militärisch gesichert ist und es auch bleibt, daß seine politische Absicherung jedoch noch nicht wieder gewährleistet ist. [...] Der Zustand der PVAP, der Grad der Wiederherstellung ihrer Kampfkraft als marxistisch-leninistische Partei und ihre führende Rolle stellen sich jedoch bei weitem widersprüchlicher und differenzierter dar. Die Partei wird weiterhin im ‚zweiten Glied‘ gehalten. Zwischen der Partei und den Massen besteht kein Vertrauensverhältnis.“<sup>67</sup> Das MfS sorgte sich auch um Einstellung und Verlässlichkeit der Mitglieder der PVAP: „Das Bewußtsein der

65 Diese Versuche des gesamten DDR-Apparates in der VRP sind ausführlich dokumentiert in: Kubina/Wilke (Hg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“; Borodziej/Kochanowski (Hg.), PRL w oczach STASI.

66 Aufzeichnung vom 13. 2. 1982 (BStU, ZA, HA II/10, 262). Die Politbüromitglieder Hieronim Kubiak und insbesondere Kazimierz Barcikowski galten als Vertreter des liberalen Parteiflügels, Stanislaw Kociolek als ausgesprochener Hardliner.

67 Information für das Politbüro vom 13. 12. 1982: Die Entwicklung in der VR Polen seit Ausrufung des Ausnahmezustandes am 13. Dezember 1981 (BStU, ZA, ZAIG, 13587).

Mehrheit der Parteimitglieder ist heute stärker denn je von Elementen des Nationalismus und Kosmopolitismus, von der katholischen Religion und verschiedenen bürgerlichen und reformistischen Theorien und Ansichten beeinflusst. In der überwiegenden Zahl der Grundorganisationen der Partei herrschen Unsicherheit und Passivität.“<sup>68</sup> Nicht viel besser sah es in den „Koalitionsparteien“ aus, von denen man aber ohnehin nicht allzu viel erwartete: „Die Bündnisparteien der PVAP, die Vereinigte Bauernpartei (ZSL) und die Demokratische Partei (SD), haben ihre organisatorische Einheit wiederhergestellt und gefestigt. Offen antisozialistische Elemente wurden zumindest aus Leitungsfunktionen entfernt. Obwohl sie vom ‚partnerschaftlichen Verhältnis‘ zur PVAP sprechen, versuchen sie in ihrer praktischen Politik ihre eigenständigen Positionen vor allem in den Bereichen der Landwirtschaft, des Handwerkes, Handels und der Dienstleistungen auszubauen und ihre Vertretung in den Organen der Staatsmacht zu erweitern. Sie treten für den gesellschaftlichen Pluralismus ein. Besonders die Demokratische Partei arbeitet intensiv an der Einführung von Elementen des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Gewaltenteilung.“<sup>69</sup>

Als einzig wirklich stabile Kraft galt die Armee. Bereits im Juli 1981, also in der Periode der legalen „Solidarnosc“, stellten Vertreter der MfS nach Gesprächen mit der polnischen Militärgendarmerie und dem Innenministerium fest, dass die Streitkräfte die einzige intakte Struktur im Staat repräsentierten. „Anarchisierende“ Elemente, die mit den Wehrpflichtigen 1981 eingezogen worden waren, seien schnell pazifiziert und Versuche der „inneren Zersetzung“ der Armee zunichte gemacht worden. Diese positive Beurteilung der Verlässlichkeit der Streitkräfte hielt sich auch nach Einführung des Kriegsrechts. In der bereits erwähnten Einschätzung vom 13. Februar 1982 stellte das MfS diesbezüglich fest: „Die Beratung der Armeekommissare brachte insgesamt zum Ausdruck, daß sich die Armee als gegenwärtig wichtigste gesellschaftliche Kraft in der VR Polen betrachtet. Vor allem junge Offiziere vertraten in ihren Diskussionsreden die Meinung, daß ohne sie nichts laufen würde. Die Arbeit der Partei und der Miliz wurde oftmals völlig ignoriert.“<sup>70</sup>

Einen Monat später hielt eine Delegation der NVA mit Erleichterung fest, dass die Rolle der Partei in den Streitkräften keinen Schaden erlitten habe. Seit dem IX. Parteitag der PVAP vom Juli 1981 wurden 90 Prozent der Parteisekretärsposten in den Divisionen neu besetzt, 70 Prozent in den Regimentern und 65 Prozent in den Grundorganisationen der Partei. Zwischen 13. Dezember 1981 und 1. März 1982 traten 440 Angehörige des Militärs aus der Partei aus, darunter nur 6 Offiziere. Dafür wurden 815 Kandidaten aufgenommen. Betont wurde ebenfalls, dass eine große Gruppe von Armeeangehörigen (37 Generäle und 170 andere Offiziere) in die Verwaltung und

68 Ebd.

69 Ebd.

70 BStU, ZA, HA II/10, 262, Bl. 124.



Wirtschaft delegiert worden waren. Auf eine Anfrage, warum die Armee, welche doch die Macht in der Hand habe, nicht konsequenter gegen „konterrevolutionäre Kräfte“ vorgehe, wurde geantwortet, dass die Armee nicht die Macht ausübe, sondern die Regierung nur darin unterstütze. Hinsichtlich der zum Teil milden Urteile bei Gerichtsverfahren wurde betont, dass man keine Rache, sondern Gerechtigkeit wolle.<sup>71</sup>

#### 4.3 Die angespannte Ruhe der Jahre 1983 bis 1986

Ab etwa 1983 wurde der Ton der Berichte aus Warschau ruhiger. Das Interesse des MfS an einer allumfassenden Information über Polen hielt gleichwohl an, nach Berlin wurden sogar Übersetzungen von Gesetzentwürfen geschickt. Das noch 1982 spürbare Misstrauen in die Absichten der Mannschaft um Jaruzelski war einer anhaltenden Skepsis gewichen, ob die grundsätzlich positiv bewertete „Normalisierungspolitik“ tatsächlich zur dauerhaften Ausschaltung des mächtigen und eben nicht konsequent bekämpften „konterrevolutionären Gegners“ führen würde.<sup>72</sup> In den „Planorientierungen“ der federführenden Hauptabteilung II für 1983 und 1984 fielen zwar einige Worte der Anerkennung für den polnischen „Konsolidierungsprozeß“. Gleichzeitig wurde vorausgesagt, dass „seine weitere Entwicklung äußerst widersprüchlich, langwierig und mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ohne Rückschläge verlaufen wird“. In der „Planorientierung“ für 1985 wurde Generalsekretär Jaruzelski sogar positiv erwähnt. Trotz aller Probleme sei der „Masseneinfluß der konterrevolutionären Kräfte [...] 1984 stark zurückgegangen [...] Die Lage in der VR Polen hat mehr und mehr den Charakter einer allgemeinen Krise verloren und die akute Gefährdung der Existenz des Sozialismus in Polen konnte abgewendet werden.“ 1986 wurde den aus Polen kommenden „Gefahren“ weniger Platz gewidmet als den Botschaften Chinas, Albaniens, Jugoslawiens und Rumäniens, denen „1987 besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß“. Für 1988 machten sich die MfS-Planer wieder mehr Gedanken über Polen. „Trotz weiterer positiver Veränderungen“ in der „Planorientierung“ 1989 wurde Polen wieder gesondert aufgeführt. Es bestehe die „Notwendigkeit, unter Nutzung der vorhandenen operativen Basis, die weitere Entwicklung der politischen Situation in der VR Polen und ihre Auswirkungen auf die DDR gewissenhaft zu verfolgen“. 1990 schließlich sollte, wie noch im September 1989 fürsorglich geplant, insbesondere die Lage in Polen und Ungarn „sehr aufmerksam“ verfolgt werden.<sup>73</sup>

71 Operativgruppe Warschau, Bericht vom 15. 3. 1982 über einen Besuch der Vertreter der NVA in Warschau am 4. 3. 1982 (ebd., 263, Bl. 87f.).

72 So der Tenor der Wochenberichte der ZAIG in den Jahren nach 1982.

73 „Planorientierungen“ für 1983-1990 (BStU, ZA, HA II/10, 61).

Die in den „Planorientierungen“ manifestierte Reserve des MfS gegenüber der volkspolnischen Normalisierung hinderte die Staatssicherheit keineswegs daran, das polnische Bruderorgan überall dort zu unterstützen, wo es ernsthaft den Gegner bekämpfte. So spionierte man die Westberliner „Solidarność“-Gruppe aus.<sup>74</sup> MfS-Peilgeräte und Techniker unterstützten das polnische Innenministerium jahrelang bei der Aufspürung und Liquidierung der Untergrundsender, die ihre Sendungen in das staatliche Fernseh- und Hörfunkprogramm hineinstrahlten.<sup>75</sup> Diese sicherheitspolizeiliche Kooperation ging einher mit einer langsamen Entspannung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Im August 1983 fand ein offizieller Freundschaftsbesuch einer DDR-Delegation unter Leitung von Erich Honecker in Polen statt. Während eines weiteren Treffens Honeckers mit Jaruzelski am 16. November 1984 wurde ein Ausbau der bilateralen Beziehungen vereinbart. Das MfS sah auch darin eine Möglichkeit, seinen Kenntnisstand über den östlichen Nachbarn zu verbessern: „Es wurde festgelegt“, hieß es in einer Aufzeichnung der Berliner Bezirksverwaltung für Staatssicherheit vom 5. Februar 1985, „die Beziehungen auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen beiden Parteien und Regierungen verstärkt auszubauen. Die verstärkte Entsendung von Delegationen im Rahmen der Partnerschaftsbeziehungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens nach der VR Polen ist politisch-operativ wirksam zu unterstützen und zu nutzen. Unter strikter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung sind zuverlässige und bewährte IM in den Delegationen zum Einsatz zu bringen, die in der Lage sind, politisch offensiv auf ihre Partner einzuwirken und politisch-operativ aktiv zu werden. [...] Es ist zu gewährleisten, daß nach Partnerschaftsverhandlungen sowie Besuchen von DDR-Delegationen in der VR Polen bzw. von polnischen Delegationen in der DDR umgehend die erarbeiteten Informationen entsprechend dem als Anlage beigefügten Informationsbedarf an die Abteilung II übersandt werden. Die IM sind zu instruieren, möglichst stabile Abschöpfverbindungen zu polnischen Partnern aufzubauen und bei Eignung an der Schaffung von Voraussetzungen für eine direkte operative Nutzung zu arbeiten.“<sup>76</sup> Es ist

74 „Eröffnungsbericht zum Feindobjekt-Vorgang ‚Exil‘“ vom 2. 4. 1982 (BStU, ZA, HA II/10, 277). Die Ausspionierung des polnischen Exils in der Bundesrepublik wurde von den polnischen Genossen über Jahrzehnte hinweg an das MfS als wichtiges Anliegen herangetragen und bis 1989 ausgeführt, siehe Jahresarbeitsplan 1989, Bl. 5: „OV ‚Lektor‘ (BStU, ZA, HA II/10, 783)– Im OV wird der Leiter einer aktiven Exil-‚Solidarność‘ Organisation in Westberlin operativ bearbeitet“.

75 Korrespondenz aus den Jahren 1982 bis 1986, in der die Aktionen in diesem Zeitraum beschrieben werden (BStU, ZA, HA III, 315). 1983 und 1984 beteiligte sich die Hauptabteilung III des MfS an einem „funkelektronischen Aufklärungseinsatz“ gegen die Botschaft der USA in Warschau.

76 BStU, ZA, Kopie B 39, Band 2. Die „partnerschaftlichen“ Kontakte wurde auf allen Ebenen genutzt, von Betriebs- und Sportgruppen bis hin zu Ministerien. So sammelte z. B. im Oktober 1985 eine Delegation des Justizministeriums der DDR fleißig Informationen über alle Aspekte des Rechtswesens in Polen siehe „Bericht über die Ergebnisse des Aufenthalts einer Delegation des Ministeriums der Justiz in der VR Polen“ vom 5. 11. 1985 (BStU, ZA, MfS-Rechtsstelle, 1085, Bl. 1–6).

unklar, wie groß die Rolle dieser Informationsquellen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre tatsächlich war.

#### 4.4 Der polnische Weg zum „historischen Kompromiß“ 1987/88

Wie bereits erwähnt, zeichnete sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein langsamer Wandel der Berichterstattung des MfS über Polen ab. Als im Juli 1986 die Amnestie verkündet wurde und erste Gerüchte über eine Entlassung aller politischen Häftlinge aufkamen, wurde das praktisch kommentarlos an die Spitzen des MfS weitergeleitet. Die dezente Kritik an der tatsächlichen Freilassung der politischen Gegner im September war meilenweit entfernt von dem dogmatischen Argumentationskorsor und dem rechthaberischen Ton der frühen achtziger Jahre.<sup>77</sup>

Vielleicht lag es an der Länge der polnischen „Krise“, vielleicht fühlten sich die MfS-Offiziere durch die Perestrojka verunsichert. Zu Beginn der dritten Phase, als das Regime Jaruzelski seit 1987 immer offenkundiger auf den Kurs einer begrenzten Kooperation erst mit einem Teil, dann mit dem harten Kern der Opposition um Lech Wałęsa einschwenkte, zeigte sich das MfS jedenfalls überraschend zurückhaltend. Zumindest in den heute zugänglichen Akten findet sich keine neue Mielke-Rede, in der die Legalisierung der Opposition als Preisgabe der Grundsätze des Sozialismus gebrandmarkt worden wäre. Im Juni 1988 beschrieben die MfS-Analytiker anhand von Einschätzungen aus Bonn durchaus zutreffend die innenpolitische Patt-Situation im Nachbarland, in dem sowohl Regierung als auch Opposition immer deutlicher nach einem *modus vivendi* mit der anderen Seite suchten.<sup>78</sup> Wenige Tage nach der Absendung dieses streng geheimen MfS-Berichts sprach der polnische Kollege Mielkes, seines Zeichens einer der engsten Mitarbeiter Jaruzelskis, im Rahmen eines offiziellen Besuches in Berlin vor der MfS-Führung: General Czesław Kiszczak erklärte mehr oder minder unverblümt, dass die PVAP angesichts der innenpolitischen Lage und westlichen Drucks nicht nur weitgehende wirtschaftliche Reformen, sondern auch die „Vertiefung der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens“, die „Durchsetzung der Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Partei- und Staatsorganen“ und schließlich den „Aufbau einer Art von erweiterter nationaler Koalition“ anstrebe. „Informelle Vereine mit konstruktiver Einstellung werden die Möglichkeit haben“, so Kiszczak, „eine höhere Stufe der politischen Vertretung zu erhalten.“<sup>79</sup> Die ostdeutschen Zuhörer der Rede dürften dies genau so verstanden haben, wie es im Grunde gemeint

77 Wochenberichte vom Sommer 1986 (BStU, ZA, ZAIG, 13142 bis 13149).

78 „Information über aktuelle Aspekte der inneren Lage in der VR Polen“ vom 18.6.1988 (BStU, ZA, ZAIG, 13111).

79 Rede Kiszczaks während des Besuchs vom 27. – 29.6.1988 (BStU, ZA, ZAIG, 1304).

war: Sechseinhalb Jahre nach dem Kriegszustand in Polen wurde zumindest erwogen, seine bedeutendste Folge rückgängig zu machen, nämlich die Delegalisierung der Opposition, zumindest der mit der „Solidarnosc“ aufgelösten gesellschaftlichen Organisationen. Dennoch scheint im MfS der Proteststurm ausgeblieben zu sein. Offenbar war man jetzt bereit, dieses andere Volkspolen, in dem gewissermaßen als Trostpflaster zumindest die Hoffnung auf eine Kontrolle durch die Partei aufrechterhalten blieb, zähneknirschend zur Kenntnis zu nehmen.

Aufmerksam verfolgte die Stasi in dieser Zeit sowohl die innerparteilichen Fraktionskämpfe, die letztlich den seinerzeit von Moskau und Ostberlin für einen „Solidarnosc“-Sympathisanten gehaltenen Mieczyslaw Rakowski in das Amt des Ministerpräsidenten brachten,<sup>80</sup> als auch die Feierlichkeiten anlässlich des 20. Jahrestags der „Märzereignisse“ von 1968. Letztere wurden erstmals legal begangen, die Polizei intervenierte nicht.<sup>81</sup>

Aufmerksam wurde ebenfalls der Besuch des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow im August 1988 verfolgt. Das MfS betonte, dass die offizielle Stettiner Presse aus diesem Anlass erstmals Texte veröffentlichte, deren Publikation vorher unmöglich gewesen war, wie beispielsweise das Geheimreferat Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 oder Dokumente über den Mord von Katyn. „Diese Themen werden damit begründet, daß es zwischen der UdSSR und der VR Polen keine unausgesprochenen Probleme geben darf“, notierte der Offizier des MfS, der wohl durchaus bewusst auf das Verhältnis zwischen Ostberlin und Moskau anspielte. „Es wird eingeschätzt, daß der Besuch des Genossen Gorbatschow in Polen wesentlich dazu beigetragen hat, eine große Offenheit in dieser Problematik auszulösen.“<sup>82</sup>

Ungeachtet der großen Politik lief die geheimdienstliche Zusammenarbeit im kleinen ungestört weiter. Informationen über die Amerikaner wurden ausgetauscht, gemeinsame Aktionen gegen die Franzosen weitergeplant und Einzelpersonen, die Polen illegal verlassen wollten, bei dem „Bruderorgan“ angezeigt.<sup>83</sup>

80 Vermerk vom 1. 8. 1988 über ein Gespräch mit „Konrad“ am 20. 7. 1988 in Katowice (BStU, ZA, ZAIG, 13059).

81 BStU, ZA, ZAIG, 13101.

82 BStU, ZA, ZAIG, 13100.

83 BStU, ZA, HA II/10, 717 (Material von 1987 bis 1989). Noch im Herbst 1989 urteilte ein hoher Gesprächspartner des MfS, „daß der hauptsächliche Träger der Geheimdienst (GD)-Aktivitäten gegen Polen die CIA ist. Die CIA sei in der Solidarnocz stark verwurzelt. [...] Aktivitäten des französischen GD seien ebenfalls registriert worden, wobei diese bei weitem nicht die Bedeutung wie die der CIA hätten. Nach Aussagen des Gen. S. hat der französische GD während der Zeit des Exils der Solidarnocz in Frankreich seine Leute ausgebildet und nach Polen eingeschleust. Das Ministerium für Innere Angelegenheiten hätte Solidarnocz-Funktionäre, die aus Frankreich kamen, über eine längere Zeit observiert und somit diesbezüglich Erkenntnisse gewonnen“, siehe Information der BV Cottbus vom 2. 10. 1989 über die „Auffassungen des Mitgliedes des Politbüro[s] des ZK der PVAP und

#### 4.5 Das letzte Jahr der Volksrepublik Polen und der DDR

1989 scheint die Zusammenarbeit jedoch langsam zum Erliegen gekommen zu sein. Aus Warschau liefen dafür Hunderte von überwiegend kommentararmen Berichten ein, die den Wandel von Volkspolen in eine adjektivlose Republik Polen dokumentierten. Ausgestattet mit Informationen aus dem polnischen Innenministerium, konnte nun auch die Operativgruppe Warschau mit verlässlichen und aus DDR-Sicht betrüblichen Informationen aufwarten. Schon Ende März 1989 berichtete sie nach Berlin, dass die Zustimmung für die PVAP unter 20 Prozent, die für General Jaruzelski unter 27 Prozent gefallen sei.<sup>84</sup> Die wertvollsten Informationen über den Warschauer Runden Tisch und die folgende Wende lieferte aber zweifellos die DDR-Botschaft, die nun schon seit Jahren näher am zentralen politischen Geschehen war als die IM und Offiziere des MfS. Die Operativgruppe Warschau ließ es sich dafür nicht nehmen, im Juli 1989, fast zwei Monate nach dem erdrutschartigen Wahlsieg der „Solidarność“ vom 4. Juni, über eine erste Fühlungnahme eines DDR-Diplomaten mit einem der führenden Köpfe der bisherigen Opposition zu berichten.<sup>85</sup>

Im Herbst 1989 stellte sich zumindest die DDR-Botschaft in Warschau auf eine schwierige, aber offensichtlich unausweichbare „Cohabitation“ mit dem eigenartigen Nachbarn östlich der Oder ein. Das MfS berichtete mit offensichtlicher Schadenfreude über das niedrige Ansehen von Innenminister Kiszczak bei seinen Untergebenen.<sup>86</sup> Mehr hatte es aber nicht mehr zu bieten, das Kapitel MfS und Volksrepublik Polen ging dem Ende zu.

Am 15. September 1989 empfing General Kiszczak vermutlich zum letzten Mal einen hohen Vertreter des MfS. Polen hatte seit drei Wochen einen nichtkommunistischen Ministerpräsidenten und seit drei Tagen eine von der bisherigen Opposition dominierte Regierung. DDR-Flüchtlinge kampierten in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau. Kiszczak, in der neuen Regierung Vizepremier und Innenminister, zeigte in seinen Ausführungen sarkastischen Humor. Der neue Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki sei eine „sachliche, ausgeglichene ruhige Person“, die „für die kommenden Anforderungen“, so Waffengeneral Kiszczak, „sicher zu ruhig“ sei. Mazowiecki habe sich mit Beratern umgeben, die alle „als Nur-Theoretiker einzuschätzen“ seien. Kiszczak hatte Mazowiecki 1981 verhaften lassen und ihn auch zuletzt entlassen. Persönlich kennengelernt hatten sie sich während des „Runden Tisches“ in Warschau. Auch andere jetzige Regierungsmitglie-

Abgeordneten des Sejm, Zbigniew Sobotka, zu aktuellen Fragen der Entwicklung in der VR Polen“ (BStU, ZA, ZAIG, 13217).

84 Monatsbericht für März 1989 (BStU, ZA, ZAIG, 13528).

85 Bericht über ein Gespräch des Pressesprechers der „Solidarność“ mit einem Mitarbeiter der Botschaft am 26. 7. 1989 (BStU, ZA, ZAIG, 13797).

86 Bericht aus Frankfurt/Oder vom 2. 10. 1989 (BStU, ZA, ZAIG, 13212). Ähnlich schon in früheren Berichten: Vgl. „Information“ der Operativgruppe Warschau, datiert „Berlin 8. 6. 1989“ (BStU, ZA, ZAIG, 13851).

der wie Jacek Kuroń waren 1981 auf Befehl des Generals Kiszczak verhaftet worden. Diesbezüglich bezeichnete Kiszczak seine jetzige Funktion als Vizepremier und Innenminister unter Mazowiecki gegenüber dem MfS-Vertreter „schon als etwas eigenartig“. Diese Eigenartigkeit dokumentierte der Vizepremier auch im weiteren Verlauf des Gespräches: Die Verhaftungen von 1981 halte er „nach wie vor für richtig und absolut notwendig“. Er sei „jederzeit wiederum bereit [...], wenn erforderlich, dies erneut zu tun“. Kiszczak bat das DDR-Bruderorgan um konkrete materielle Hilfe für sein unter Haushaltskürzungen leidendes Ressort, sei es bei der Beschaffung von Brikettmaschinen für Kohle, bei der Buchproduktion oder bei der „Bearbeitung von Plasteabfällen“. Er zeigte sich als Gegner auch nur der Umbenennung der PVAP: „Hoffnung erweckt aber auch ein bedeutender Differenzierungsprozeß in der Solidarnocz. Solidarnocz befinde sich in der Auflösung: Insgesamt seien bereits 10 Organisationen, die sich zu Parteien entwickeln wollen, im Entstehen [...] Gen. Kiszczak brachte trotz aller Probleme und Schwierigkeiten seinen Optimismus zum Ausdruck, daß es gelingt, einen weiteren Vormarsch der Opposition zu verhindern.“<sup>87</sup>

Wir werden nie erfahren, ob der polnische Innenminister tatsächlich glaubte, was er hier im September 1989 erzählte, oder ob er davon ausging, dass nur diese zweckoptimistische Argumentation seinen Ostberliner Gesprächspartner beruhigen konnte. Ebenso wissen wir nicht, ob der Gast aus Ostberlin seinem Gastgeber Glauben schenkte. Innerhalb von zwei Monaten sollten diese Fragen jegliche praktische Bedeutung verlieren. Eines der dunkelsten Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen der Nachkriegszeit war definitiv abgeschlossen.

87 Aufzeichnung vom 16.9.1989 (BStU, ZA, HA II/10, 783). „Solidarnosc“ und „Kiszczak“ werden in dieser Aufzeichnung durchgehend als „Solidarnocz“ und „Kiszczak“ wiedergegeben.

## Grenzüberschreitende Kirchenpolitik

### Die Kooperation von Staatsorganen der DDR und der VR Polen von den fünfziger Jahren bis 1989

Die Volksrepublik Polen war für die DDR unter allen sozialistischen Partnern das Land, von dem man eigentlich die intensivste Kooperation in der Kirchenpolitik hätte erwarten können. Die Ursache dafür war überwiegend auf polnischer Seite zu finden, wo die katholische Kirche ein gesellschaftlicher und damit auch politischer Machtfaktor war, der sich durch die präzedenzlose konfessionelle Homogenität der Volksrepublik noch verstärkt hatte. Die Vernichtung des polnischen Judentums durch die deutsche Besatzung, die Westverschiebung Polens durch die Sowjetunion und die Vertreibung der Deutschen führten nach 1945 innerhalb der neuen polnischen Grenzen zu einem Katholikenanteil von 95 Prozent. Damit lag er um mehr als 20 Prozent höher als beispielsweise im Polen des Jahres 1931.<sup>1</sup> Diese Singularität eines starken Katholizismus im sozialistischen Lager sollte die Spezialisierung der polnischen Staatsorgane auf die Informationsgewinnung aus dem römischen Zentrum des Weltkatholizismus und die Analyse vatikanischer Politik befördern, die fast alle sozialistische Staaten nolens volens tangieren musste.

Für die DDR, in der nach 1945 die konfessionelle Zusammensetzung mit zunächst 85 Prozent Protestanten und einem Katholikenanteil von 12 Prozent fast umgekehrt war, ohne dass die protestantischen Mehrheitskirchen annähernd die nationale und gesellschaftliche Funktion des polnischen Katholizismus wahrnehmen konnten, war dieser vatikanische Aspekt ein wichtiges Motiv zur Zusammenarbeit mit den polnischen Staatsorganen. Die Wechselwirkungen zwischen dem DDR-Protestantismus und der sehr kleinen evangelischen Kirche in Polen waren für die SED „sicherheitspolitisch“ Anlass zu nur geringer Besorgnis und „bündnispolitisch“ zumeist Grund zur Freude.<sup>2</sup> Erst seit 1961 wurde auch die minoritäre katholische Kirche in der DDR für die Kirchenpolitik der Regierung in Berlin zu einem relevanten politischen Faktor.<sup>3</sup> Somit dehnte sich für die DDR-Staatsorgane der kirchenpolitische Austausch mit den Polen auch auf die grenzüberschreitende

- 1 Jan Siedlarz, *Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945–1989*, Paderborn 1996, S. 33 ff.
- 2 Vgl. Rolf Richter, *Versöhnung mit Polen als Aufgabe und Weg für die evangelischen Kirchen in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren*, Berlin 1998.
- 3 Bernd Schäfer, *Staat und katholische Kirche in der DDR*, Köln 1999, S. 451–461.

Beobachtung katholischer Kontakte aus.<sup>4</sup> Ähnlich wie im westdeutschen Katholizismus waren auch in der DDR ernsthafte Beziehungen zum polnischen Nachbarn ein Produkt der späten fünfziger Jahre, da auf beiden Seiten die jeweiligen Traumata der deutschen Schreckensherrschaft und der sich anschließenden Vertreibung der Deutschen sehr lebendig waren. Nach 1965 nahmen katholische wie evangelische Versöhnungskontakte aus beiden deutschen Staaten sprunghaft zu. Obwohl diese Bemühungen nicht koordiniert waren, sondern im wesentlichen parallel liefen, warfen sie für die staatlichen Behörden in der DDR und der VR Polen immer wieder politische Probleme auf.

Zum wichtigsten und dauerhaften Gegenstand kirchenpolitischer Kooperation zwischen deutschen und polnischen Kommunisten wurde aber der seit den sechziger Jahren ostpolitisch neu orientierte Vatikan.<sup>5</sup> Durch die Wahl eines polnischen Kardinals zum Papst am 16. Oktober 1978 und das „Jahrzehnt der Solidarność“ in Polen seit 1980<sup>6</sup> erhielt der Vatikan schließlich höchste weltpolitische Relevanz.<sup>7</sup> In diesem Kontext kam es zu massiven Einmischungen der DDR-Organen in polnische Angelegenheiten. Wie gegenüber keinem anderen sozialistischen Land betätigte sich die DDR in Polen in den achtziger Jahren als selbsternanntes Überwachungs- und Einflussorgan zur Unterstützung der „gesunden“ gegen die „reaktionären Elemente“ in der kommunistischen Partei des Nachbarlandes.

Für die direkten Kontakte auf dem Gebiet der Kirchenpolitik waren die offiziellen staatlichen Behörden und über die Jahrzehnte immer mehr die Sicherheitsorgane zuständig. Die Außenministerien in Warschau und Berlin erhielten über ihre Botschaften im sozialistischen Partnerland Informationen über die jeweilige innenpolitische Situation des Nachbarn. Die „Politische Abteilung“ der DDR-Botschaft in Warschau entwickelte sich mit Hilfe der in ihr tätigen Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu einer

4 Vgl. Theo Mechtenberg, Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen, Leipzig 1998.

5 Vgl. Hansjakob Stehle, Geheimdiplomatie im Vatikan. Die Päpste und die Kommunisten, Zürich 1993.

6 Vgl. Hartmut Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999; Jerzy Holzer, Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985; Timothy Garton Ash, The Polish Revolution: Solidarity, London 1985.

7 Vgl. in hoher Auflage verbreitete journalistische Werke heroischer (Jan Ross, Der Papst. Johannes Paul II. – Drama und Geheimnis, Berlin 2000; George Weigel, Witness to Hope. The Biography of John Paul II, New York 1999; Jonathan Kwitny, Man of the Century. The Life and Times of Pope John Paul II, New York 1997; Tad Szulc, Pope John Paul II. The Biography, New York 1995) bis maliziöser Art (Carl Bernstein/Marco Politi, His Holiness. John Paul II. and the Hidden History of Our Time, New York 1996). Dagegen kenntnisreicher und analytischer: Jonathan Luxmoore/Jolanta Babiuch, The Vatican and the Red Flag. The Struggle for the Soul of Eastern Europe, London 1998. Eine profunde Analyse der tatsächlichen außenpolitischen Rolle des Papstes bzw. des Vatikan in den achtziger Jahren würde allerdings einen freien Quellenzugang in Rom, Moskau und Washington voraussetzen.



erfolgreichen Informationseinrichtung für die SED-Führung in Berlin. Die detaillierten und analysierenden Informationsberichte aus der Botschaft in der polnischen Hauptstadt zeugen von einem weitverzweigten Kontaktnetz im polnischen Staats- und Parteiapparat. Naturgemäß spielten Entwicklungen in der polnischen Kirche in diesen Berichten eine bedeutende Rolle. Die 1957 in der DDR eingerichtete Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, die Kontakte zum bereits seit 1950 existierenden polnischen Amt für Kirchenangelegenheiten in Warschau unterhielt, war aus punktuellen Anlässen mit polnischen Vorgängen befasst und bedurfte der Zuarbeit der Warschauer Botschaft und des MfS. Die Durchführung einer grenzüberschreitenden Kirchenpolitik, die erst seit Mitte der sechziger Jahre konstatiert werden kann, verlagerte sich im Laufe der Zeit auf die sicherheitspolitischen Institutionen, nämlich auf die Hauptabteilung (HA) V (ab 1964 XX) im MfS<sup>8</sup> und das III. (ab 1962 IV.) Departement im polnischen Innenministerium (MSW).<sup>9</sup>

## 1. Von den fünfziger Jahren bis zum Ende des II. Vatikanischen Konzils

Die ersten kirchenpolitischen Absprachen zwischen der DDR und Polen datieren nach bisherigen Erkenntnissen aus dem Jahre 1956. Ungeachtet der angespannten Situation nach Chruschtschows Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU und trotz der blutigen Vorgänge des „polnischen Oktober“<sup>10</sup> wurden gemeinsame Pläne von MfS und MSW zur Überwachung der evangelischen Kirchenkontakte und der Bekämpfung von Sekten wie der Zeugen Jehovas und der Mariaviten entwickelt.<sup>11</sup> Kontakte zwischen katholischen Deutschen und Polen waren zu diesem Zeitpunkt faktisch nicht existent.

Das MSW lieferte der für internationale Verbindungen zuständigen Abteilung X des MfS regelmäßig Informationen in der Verkehrssprache Russisch, die dann von dieser ins Deutsche übersetzt und an die HA V bzw. XX weitergegeben wurden. In den ersten Jahren waren sie noch häufig von zweifelhaftem Inhalt, wie beispielsweise im Mai 1957 zu einer angeblichen gemeinsamen Absprache zwischen SPD und katholischer Kirchenführung in der Bundesrepublik zum Sturz der Regierung Adenauer.<sup>12</sup> Die HA V erreichten

8 Vgl. Clemens Vollnhals (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1997.

9 Vgl. Andrzej Paczkowski, Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944 bis 1956, Berlin 1999; Wojciech Sawicki, Was weiß man von den Geheimdiensten in der Volksrepublik Polen? In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 6/1998, S. 55-72.

10 Vgl. Hans Henning Hahn/Heinrich Olschowsky (Hg.), Das Jahr 1956 in Ostmitteleuropa, Berlin 1996.

11 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU), Zentralarchiv (ZA), HA XX/4, 409.

12 Ebd.

polnische Informationen aus dem Vatikan, die bis zu Beginn des II. Vatikanischen Konzils im Jahre 1963 wenig Überraschendes, öffentlich Bekanntes oder schlichtweg Unsinn enthielten wie eine Nachricht „Über die Benennung eines neuen Kardinals für Berlin“, die am 20. August 1961 über das Sekretariat von Minister Erich Mielke an seine stellvertretenden Generalmajore Bruno Beater und Markus Wolf geschickt wurde. Als die Entscheidung für den in Ostberlin wohnhaften Alfred Bengsch als Nachfolger von Kardinal Julius Döpfner schon längst öffentlich geworden war, suggerierte die polnische Information, der Papst behalte sich eine endgültige Entscheidung bis zum Herbst 1961 offen.<sup>13</sup> Trotz dieser holprigen Anfänge sollte sich der polnische Geheimdienst dank seiner Informanten zum Vatikanspezialist des sozialistischen Lagers entwickeln. Das zeigte sich bereits an den ausführlichen und informativen Berichten zur Vorbereitung und Durchführung des II. Vatikanischen Konzils in Rom in den Jahren 1963 bis 1965.<sup>14</sup>

Anlass für eine langjährige, wenn auch inkonsequente sicherheitspolitische Zusammenarbeit waren die ostdeutschen Aktivisten der „Aktion Sühnezeichen“. Letztere wurde 1958 von dem Magdeburger Präses Lothar Kreyszig<sup>15</sup> gegründet und unternahm 1965 ihre erste Polenfahrt. Unter anderem mit dem Magdeburger Kirchenmitarbeiter Günter Särchen, der bereits Ende der fünfziger Jahre Kontakte zu polnischen Bischöfen, „Klubs der Katholischen Intelligenz“ und der offiziellen katholischen Parlamentsopposition „Znak“ („Zeichen“) geknüpft hatte,<sup>16</sup> organisierte Kreyszig zur Sühne deutscher Verbrechen Fahrten und Arbeitseinsätze von Jugendlichen aus der DDR an die Stätten ehemaliger deutscher Konzentrationslager. Die auf ihr antifaschistisches Monopol bedachten DDR-Behörden standen diesen Aktivitäten stets feindselig gegenüber und versuchten, sie zu behindern und zu überwachen. Sie entsprachen nicht dem offiziösen Selbstbild eines Staates, dessen Bürger an den Verbrechen vor 1945 angeblich in keiner Weise beteiligt gewesen waren. Das MfS als Exekutor dieser Politik gegen die Aktion Sühnezeichen war zudem lange der Überzeugung, es handele sich bei diesen Polenkontakten um „antisozialistische Infiltration“ durch „imperialistische Geheimdienste“.<sup>17</sup>

13 Ebd., 410, hier Bl. 114f.

14 Vgl. z. B. Bericht vom 18.10.1963 (ebd., 410, Bl. 176–191) oder Bericht vom 19.2.1964 (ebd., 411, Bl. 1–27).

15 Konrad Weiß, Lothar Kreyszig. Prophet der Versöhnung, Gerlingen 1998; Mechtenberg, Engagement, S. 74–82.

16 Mechtenberg, Engagement, S. 49–52; Gespräch zwischen Adam Krzemiński und Günter Särchen. In: Dialog 2/1997, S. 44–51. Aus dem Jahre 1970 datiert eine Übersicht des MfS zu allen Reisen Särchens nach Polen und seinen dortigen Kontaktpartnern, verbunden mit der Bitte an die polnischen Sicherheitsorgane, den „Nachweis“ zu erbringen, dass Särchen bei seinen Besuchen nachrichtendienstlich tätig werde (BStU, Ast Magdeburg, AOPK 1521/87, Bl. 244–248). Das MSW lieferte jedoch nichts in dieser Hinsicht.

17 „Aktion Sühnezeichen“, 12. 7. 1965 (BStU, ZA, HA XX/4, 411, Bl. 111–117); BStU, ZA, HA XX/4, 638; Informationen des MSW in Russisch und Antworten des MfS aus den Jahren 1965/66 (BStU, ZA, AP 10658/76, Bl. 1–6, 20–24).

Zwar koordinierte es sich mit den polnischen Kollegen und tauschte mit ihnen Informationen aus, doch es konnte sie nicht für das Unterbinden der in Polen auch auf staatlicher Seite geschätzten Einsätze der deutschen Versöhnungsaktivisten gewinnen. So musste sich die HA XX an leitende kirchliche Amtsträger beider Konfessionen in der DDR halten, die der Aktion kritisch gegenüberstanden und ihrerseits zu Kontrollmaßnahmen bereit waren. Seit den siebziger Jahren konnten zudem bestehende Spannungen zwischen der westdeutschen und ostdeutschen Sühnezeichen-Organisation ausgenutzt werden.

Die Tatsache, dass sich die polnische sozialistische Welt hinsichtlich der tatsächlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse nach dem Oktober 1956 von der Situation in der DDR erheblich unterschied und sich damit auch auf dem Gebiet der Kirchenpolitik auseinander entwickelte, hätten die DDR-Staatsorgane durchaus wahrnehmen können. Die Rezeption wurde jedoch lange Zeit dadurch beeinträchtigt, dass beide Seiten aufgrund der konträren konfessionellen Ausgangslage in ihren Ländern nur eine kleine Schnittmenge gemeinsamer Interessen definierten, nämlich die evangelischen und katholischen Beziehungen aus der DDR nach Polen. Dieses veränderte sich dauerhaft erst mit der Etablierung des Vatikans als ostpolitischem Faktor, nachdem sich mit dem Tod von Papst Pius XII. 1958 auch dessen extreme Kommunistenphobie in Rom allmählich überlebt hatte. Generell war jedoch die polnische Kirchenpolitik fast exklusiv auf die einheimische katholische Kirche ausgerichtet, während die DDR-Staatsorgane lange Zeit überwiegend auf ihre protestantischen Mehrheitskirchen fixiert waren.

Nachdem die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen in Berlin am 1. April 1957 ihre Arbeit aufgenommen hatte, nahm eine DDR-Delegation unter Leitung von Staatssekretär Werner Eggerath und ZK-Abteilungsleiter Willi Barth im September dieses Jahres erstmals an einer der in der Regel jährlichen Tagungen der sozialistischen Staatsämter für Kirchenfragen<sup>18</sup> teil. Das Referat von Ján Lech, Minister des polnischen Amtes für konfessionelle Fragen, verdeutlichte in einer historischen Darlegung der polnischen Situation seit 1945 schonungslos, wie es um die Machtverhältnisse in der VR Polen nach dem Oktober 1956 bestellt war. Selbstkritisch bemerkte der polnische Vertreter, dass die Methoden der polnischen Behörden gegen die Kirche „sehr häufig primitiv und oberflächlich waren“ und „die Hauptschwäche“ der staatlichen Arbeit der Kampf um Säkularisierung „ohne Rücksicht auf die Gefühle der Gesellschaft“ gewesen sei. Nun müsse „eine Atmosphäre wirklicher Toleranz in der Gesellschaft“ entstehen, um zu errei-

18 Diese internen Tagungen fanden mehr oder weniger unter Leitung des sowjetischen Vertreters statt und verzeichneten als permanente Teilnehmer die Staatssekretäre bzw. Minister aus der DDR, Polen, Ungarn, Bulgarien und der ČSSR. Die Rumänen blieben den Konferenzen in den sechziger Jahren zumeist fern und kamen in den siebziger und achtziger Jahren sporadisch wieder. Ende der fünfziger Jahre war zeitweise die VR China vertreten, seit den siebziger Jahren schickten auch Kuba, die Mongolei und Vietnam Vertreter zu den Tagungen.

chen, dass „die Kirche eine minimale loyale Haltung dem Volksstaat gegenüber einnimmt“, einem *modus vivendi* zustimmt und sich nicht „mit volksfeindlichen sozialen und politischen Elementen verbündet“. Selbstkritisch wurde auch die Rolle der staatsgeförderten Organisation PAX gesehen, der auf ihrem Höhepunkt vor 1956 etwa acht Prozent des polnischen Klerus formal angehört hatten.<sup>19</sup> Der Zweck der Tagungen der sozialistischen Staatsämter konnte zwar nur im unverbindlichen Erfahrungsaustausch bestehen, da sich in den jeweiligen Ländern immer die Partei- und Sicherheitsinstanzen die Entscheidungen vorbehielten, doch die nachträglich in alle Sprachen der Teilnehmerstaaten übersetzten Wortprotokolle zeigen deutlich, wie wenig diskutiert und schon gar nicht koordiniert wurde. Der polnische Vertreter hatte im September 1957 so auch die mangelnde Absprache mit anderen Staaten beklagt und darauf verwiesen, dass er nur mit der ČSSR im Austausch über Strategien der Kirchenpolitik stehe.<sup>20</sup>

Erst vom 24. bis 27. Mai 1959 kam es auf Einladung des polnischen Ministers Lech zur ersten bilateralen Besprechung zwischen den offiziellen Kirchenpolitikern der DDR und Polens, als Werner Eggerath und Willi Barth mit einer Dolmetscherin nach Warschau reisten. Von Berliner Seite wurden vorab besonders diese Fragen für besprechenswert gehalten: Zusammenarbeit des „politischen Katholizismus in Westdeutschland und Westberlin“ mit „reaktionären politischen Kräften des polnischen Klerus“, Unterbindung der Kontakte des evangelischen „Hilfsdienstes Ost“ mit deutschsprachigen Gemeinden in Polen, „Infiltrationsaktionen“ der Aktion Sühnezeichen und der Urlauberaustausch mit „progressiven“ kirchlichen Amtsträgern<sup>21</sup> nach dem Muster der angelaufenen Kooperation mit Ungarn und der ČSSR. Als „künftigen Informationsaustausch“ stellten sich die DDR-Vertreter vor, von den Polen „deutschsprachige“ kirchliche Veröffentlichungen zu erhalten und boten ihrerseits an, über die DDR-Botschaft in Warschau „Erklärungen führender Partei- und Staatsfunktionäre zum Verhältnis Staat-Kirche“ und „Äußerungen des politischen Klerikalismus“ aus dem Westen zur Verfügung zu stellen.<sup>22</sup> Nach der Reise stellte Staatssekretär Eggerath in seinem resümierenden Bericht zwar fest, dass sich im Gegensatz zu den Kontakten mit Ungarn und der ČSSR „das Fehlen freundschaftlicher Kontakte mit Polen in

19 Bundesarchiv Berlin (BAB), DO-4, 2383, S. 118–168.

20 Vgl. dazu den in der Dienststelle des Staatssekretärs in Berlin vollständig ins Deutsche übersetzten „Bericht über die tschechoslowakisch-polnische Beratung der Vertreter der Behörden für die Kirchenangelegenheiten in Warschau in den Tagen vom 17.–20. Oktober 1957“ (BAB, DO-4, 2382).

21 Vgl. Peter Beier, Die „Sonderkonten Kirchenfragen“. Sachleistungen und Geldzuwendungen an Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter als Mittel der DDR-Kirchenpolitik (1955–1989/90), Göttingen 1997, S. 125–132. Bereits in den sechziger Jahren wurde der „Urlauberaustausch“ mit Polen wieder eingestellt und beschränkte sich bis in die achtziger Jahre im wesentlichen auf Ungarn.

22 „Probleme und Fragen für die Besprechung in Warschau“, 22. 5. 1959 (BAB, DO-4, 2383).

der Vergangenheit immer stärker bemerkbar“ gemacht habe, gab aber auch offen zu, dass sich die an der evangelischen Kirche ausgerichtete Kirchenpolitik der DDR wenig für die Polen interessierte: „Die von uns gestellten Ziele für die Beratung waren nicht sehr weit gesteckt.“ Während die gastfreundliche polnische Seite die DDR-Vertreter detailliert über die kirchliche Situation im Lande informierte, boten jene als künftige Zusammenarbeit die Weitergabe von öffentlichen Stellungnahmen und Zeitungsartikeln an und erwarteten Konsultationen „vor innerkirchlichen Veranstaltungen und Konferenzen, damit die Vertreter der polnischen Kirchen die Interessen der DDR auf solchen Zusammenkünften beachten und unterstützen“. Zudem sollte der besagte „Urlauberaustausch“ anlaufen.<sup>23</sup>

Nach diesem Treffen im Mai 1959 ruhte zunächst der direkte bilaterale Informationsaustausch zwischen den beiden Kirchenämtern. Der Berliner Staatssekretär hielt sich an die ausführlichen Informationen der DDR-Botschaft in Warschau, die er regelmäßig über das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) erhielt.<sup>24</sup> Die Botschaft wiederum diente bald auch als Vermittlungsinstanz, um Anliegen des Nachfolgers von Ján Lech als „Direktor des Amtes für konfessionelle Fragen“ in Warschau, Tadeusz Żabiński, an den seit 1960 amtierenden neuen DDR-Staatssekretär Hans Seigewasser weiterzuleiten.<sup>25</sup> Seigewasser und Żabiński standen spätestens seit 1962 in regelmäßigem brieflichen und persönlichen Kontakt, der auf Initiative des polnischen Vertreters erstmals im September dieses Jahres zu einer Begegnung in Berlin führte. Themen dieses Austausches waren Absprachen über polnische Teilnehmer an evangelischen Pfarrertagungen in der DDR, organisierte Besuche ausgewählter „fortschrittlicher“ Kräfte aus den jeweiligen Ländern, Kontakte polnischer Vertragsarbeiter in der DDR zur örtlichen katholischen Kirche,<sup>26</sup> die befürchtete ökumenische Zusammenarbeit zwischen den Kirchen im Kontext des 1963 angelaufenen II. Vatikanischen

23 Bericht von Staatssekretär Eggerath vom 28. 5. 1959 und 14-seitige Notizen über die Besprechungen (BAB, DO-4, 498).

24 Vgl. z. B. den Bericht vom 8. 1. 1962 über „Die gegenwärtige Politik von Partei und Regierung in der VR Polen gegenüber dem katholischen Klerus und die Rolle der reaktionären Kirchenführung“ (BAB, DO-4, 500).

25 Siehe z. B. einen Vermerk von Botschaftsattaché Schumann vom 3. 9. 1962 (BAB, DO-4, 500) oder ein Schreiben von Botschaftsrat Ewald Moldt vom 10. 9. 1963 (ebd.) über Gespräche mit Tadeusz Żabiński.

26 Seigewasser schrieb am 10. 7. 1963 an Żabiński, dass 38 polnische Jugendliche, die sich im Kombinat „Schwarze Pumpe“ zur fachlichen Weiterbildungen befänden, im Kreis Spremberg am Sonntag an katholischen Gottesdiensten teilnahmen. Ihr polnischer Ortspfarrer hätte bereits vor ihrer Abreise in die DDR die Kontakte mit seinen für Spremberg zuständigen deutschen geistlichen Kollegen eingefädelt. Solche aufwendige Überwachung von Kontakten zwischen polnischen Arbeitern und DDR-Ortspfarrern wiederholte sich ständig in den nächsten Jahren und wurde oft im Staatsapparat an zentraler Stelle behandelt: Vgl. z. B. polnische Industrieöfenbauer im Bezirk Leipzig 1968 (BStU, ZA, HA XX/4, 412, Bl.135-139) oder polnische Stahlgießer in Magdeburg-Rothensee 1971 (Mechtenberg, Engagement, S. 93).

Konzils und die zunehmenden Kontakte zwischen katholischen Bischöfen aus Polen und der DDR.<sup>27</sup> Die staatsloyale evangelische Kirche in Polen stellte seit 1963 mit Bischof Andrzej Wantula den Vizepräsidenten des Luthertischen Weltbundes, was wiederum aus Warschau die Bitte an die hier sehr hilfsbereite DDR nach sich zog, der polnischen Seite bei der politischen Ausnutzung dieser internationalen Position Hilfestellung zu leisten.<sup>28</sup>

Auf Einladung Żabińskis fand vom 29. bis 31. Januar 1964 in Warschau eine zweite bilaterale Beratung der Kirchenämter statt, wobei die polnische Seite kenntnisreich über die II. Session des Vatikanischen Konzils und Staatssekretär Seigewasser über die Situation der evangelischen Kirche in beiden deutschen Staaten referierte. Anschließend tauschten die Funktionäre Erfahrungen mit ihren Kirchen aus und benannten auch offen spezifische Defizite ihrer Arbeit. Statt der in den fünfziger Jahren versuchten Verdrängung der Kirchen aus der sozialistischen Gesellschaft optierte jetzt auch die DDR wie die polnische Seite für die spaltende „Differenzierungspolitik“ mit Amtsträgern, die entweder für politische Ziele instrumentalisiert oder gegebenenfalls „neutralisiert“ werden sollten.<sup>29</sup>

## 2. Das Memorandum der Evangelischen Kirche in Deutschland und der polnisch-deutsche Briefwechsel der katholischen Bischöfe

Am 20. Oktober 1965 wurde in der Bundesrepublik die „Ostdenkschrift“ der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) veröffentlicht,<sup>30</sup> die von ihrer Kammer für Öffentliche Verantwortung erarbeitet worden war. Die Schrift plädierte nachhaltig für eine Aussöhnung mit Polen und erwartete implizit die westdeutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, was heftige politische Empörung bei Vertriebenenverbänden und Bonner Regierungsparteien hervorrief. Auf Seiten der DDR löste sie eher Verwirrung aus, da bis auf einen Vergleich von deutscher und polnischer Schuld vor und nach 1945 ihre Thesen so gar nicht mehr dem Propagandaraster des „Revanchismus“ entsprachen.<sup>31</sup> Staatssekretär Hans Seigewasser wollte umgehend seinen neuen Warschauer Kollegen in der Funktion des Direktors des Amtes für konfessionelle Fragen,

27 So hatte z. B. der polnische Primas, Kardinal Stefan Wyszyński, bereits für den August 1962 den Berliner Erzbischof Alfred Bengsch zur Wallfahrt zur „Schwarzen Madonna“ nach Tschenstochau eingeladen, aber die Behörden der DDR verweigerten Bengsch die Reiseerlaubnis. Darauf hatte der polnische Kardinal vor 300 000 Wallfahrern öffentlich hingewiesen.

28 Seigewasser an Żabiński, 24. 9. 1963 (BAB, DO-4, 500).

29 21-seitiger Bericht von Abteilungsleiter Hans Weise aus der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom 3. 2. 1964 (BAB, DO-4, 1154).

30 Vgl. Reinhard Henkys (Hg.), Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift, Stuttgart 1966.

31 Gerhard Besier, Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 594 f.

Aleksander Skarżyński, nach Berlin zu einer Information einladen. Aber aus Termingründen musste er schließlich selbst am 29. und 30. Oktober 1965 nach Warschau reisen, um dort der Leitung des Amtes und einem Vertreter des ZK der PVAP zunächst ausführlich den noch unbekanntem vollständigen Inhalt des Memorandums zu erläutern. In der anschließenden Bewertung stimmten Seigewasser und Skarżyński überein, dass die Wirkung der an sich „zweideutigen“ Denkschrift „für uns objektiv günstig“ sei. Weil sie jedoch die bereits 1950 im Görlitzer Abkommen erfolgte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR völlig ignorierte, konnte Seigewasser mit Erfolg die polnische Seite dazu bewegen, in der mit der Warschauer Regierung abgestimmten Stellungnahme des evangelisch-lutherischen Bischofs Wantula zur Denkschrift diesen Aspekt zu berücksichtigen. Schließlich besprachen Seigewasser und Skarżyński noch, wie der evangelische Bischof Moritz Mitzenheim seinem Kollegen Wantula zum 65. Geburtstag im November 1965 vorformuliert gratulieren und dieser abgestimmt freundschaftlich replizieren könnte.<sup>32</sup>

Während die EKD-Denkschrift eine erhebliche innenpolitische Wirkung in Westdeutschland entfaltete, war die Rezeption des öffentlichen Briefwechsels des polnischen und deutschen Episkopats, der am 18. November und 5. Dezember 1965 am Rande des II. Vatikanischen Konzils in Rom zustande gekommen war, aufgrund der zaghaften deutschen Antwort weniger spektakulär.<sup>33</sup> Für die staatlichen Organe in Polen und der DDR waren diese katholischen Dokumente eines Versöhnungswillens ohne vorherige Konsultation der Regierungen allerdings ein Schock und Gegenstand höchster Erregung,<sup>34</sup> zumal die katholischen Bischöfe aus der DDR explizit als Mitunterzeichner aufgetreten waren.

In diesem Briefwechsel<sup>35</sup> hatten sich die Bischöfe für Versöhnung zwischen dem deutschen und polnischen Volk ausgesprochen und sich wechselseitig für Unrecht vor und nach 1945 entschuldigt. Dabei waren die polnischen Bischöfe wesentlich mutiger über historische Schatten gesprungen als die Vertriebenenverbänden und CDU/CSU stark verbundenen deutschen Bischöfe, die deshalb auch die Oder-Neiße-Grenze nicht zur Diskussion gestellt hatten. Ungeachtet der Enttäuschung im polnischen Episkopat über

32 Bericht Hans Seigewassers über seine Verhandlungen in Warschau vom 1.11.1965 (BAB, DO-4, 2625).

33 Vgl. Edith Heller, Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965, Köln 1992.

34 Vgl. Theo Mechtenberg, Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe 1965. Die Reaktion der Machthaber in der DDR. In: Deutschland Archiv 28 (1995) Heft 11, S. 1146–1152; Wolfgang Grycz, „Geheime Dokumente geben Aufschluß“. Die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe und die Quittung des Staates. In: Ost-West-Informationsdienst 187/1995, S. 58–72; Bernd Schäfer, Verselbständigung ohne Zugewinn. DDR, katholische Kirche und Vatikan von 1965 bis 1972. In: Stimmen der Zeit 5/1995, S. 322f.

35 Vgl. zum folgenden Schäfer, Staat und katholische Kirche, S. 251–253.

die deutsche Antwort<sup>36</sup> wurden die Bischöfe aus Berlin wie aus Warschau massiv von ihren Regierungen wegen angeblicher Einmischung in die staatliche Außenpolitik angegriffen. Dem polnischen Episkopat konnte nun in Warschau unpatriotische Nachgiebigkeit gegenüber den Deutschen vorgeworfen werden. Erstmals hoffte die polnische Regierung, mit der stillen Sympathie zahlreicher verstörter Katholiken die Kirchenführung als selbsternannte „Bewahrerin der Nation“ patriotisch übertrumpfen zu können. Den Bischöfen aus der DDR wurde dagegen in Berlin ein Agieren im gesamtdeutschem Kontext unter Verletzung ihrer DDR-Staatsbürgerschaft und die bewusste Ignorierung des Görlitzer Abkommens von 1950 vorgeworfen.<sup>37</sup>

Als mittelfristige Folge dieses Briefwechsels und der durch ihn ausgelösten Turbulenzen geriet die gesamte vatikanische Ostpolitik im Hinblick auf die DDR und Polen in Bewegung. Die Regierung in Warschau und ebenso die kritisierte polnische Bischofskonferenz drängten in Rom verstärkt auf die kirchenrechtliche Anerkennung der Westgrenze an Oder und Neiße durch die Erhebung der polnischen Kirchengebiete im ehemaligen deutschen Osten zu selbständigen Bistümern. Die SED-Führung wiederum begann, bestimmte gesamtdeutsche kirchliche Verbindungen auf katholischer Seite gezielt zu unterbrechen und strebte nun beharrlich eine rechtliche Verselbständigung der katholischen Kirche durch den Vatikan an.<sup>38</sup>

Das polnisch-ostdeutsche Zusammenspiel aus Anlass des bischöflichen Briefwechsels unterschied sich auf den Ebenen der Staatsämter für Kirchenfragen sowie der Sicherheitsdienste und spiegelte so die Macht- und Aufgabenverteilung innerhalb der sozialistischen Apparate wider. Das MfS lieferte bereits am 16. Dezember 1965 an führende Mitglieder des SED-Politbüros (Walter Ulbricht, Erich Honecker, Willi Stoph, Paul Verner) und des ZK-Apparates (Willi Barth) sowie an Außenminister Otto Winzer, nicht aber an den Staatssekretär für Kirchenfragen, eine Information zu Kausalitäten des Briefwechsels einschließlich personeller Konstellationen.<sup>39</sup> Auch neun präzise Fragen des MSW zu dessen Hintergründen bis hin zur finanziellen Unterstützung der polnischen Bischofskonferenz durch die westdeutsche Fuldaer Bischofskonferenz konnte die HA XX/4 am 19. Januar 1966 ihrem polnischem Pendant stellenweise kenntnisreich beantworten.<sup>40</sup> Die mit der Kooperation insgesamt wohl unzufriedene HA XX nahm diesen Austausch auch

36 Am 5. 11. 1970 schrieb Kardinal Wyszyński an den Münchner Kardinal Julius Döpfner, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK): „Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, daß die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern die Weltmeinung enttäuscht hat“. Deutsche Bischofskonferenz, Deutschland und Polen, S. 64.

37 „Bischöfliche Aktion im Geist des Revanchismus“. In: Neues Deutschland vom 24. Dezember 1965.

38 Bernd Schäfer, Der Vatikan in der Außenpolitik der DDR. In: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR-Erinnerung an einen untergegangenen Staat, Berlin 1999, S. 575–590.

39 BStU, ZA, ZAIG, Z 1145, 16. 12. 1965.

40 BStU, ZA, HA XX/4, 411, Bl. 144–158.



zum Anlass, im April 1966 eine Konzeption mit Wunschvorstellungen für künftige Absprachen zwischen MfS und MSW auf dem Gebiet der Kirchenpolitik zu entwickeln. Zu den Kontakten zwischen den Episkopaten wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:<sup>41</sup>

- „1. Rechtzeitiges gegenseitiges Informieren und Bestätigung der Richtigkeit der Informationen durch die polnischen Sicherheitsorgane.
2. Übergabe von kompromittierendem Material über deutsche Bischöfe durch die polnischen Sicherheitsorgane.<sup>42</sup>
3. Informierung der Sicherheitsorgane der DDR durch die polnischen Sicherheitsorgane über weitere geplante Maßnahmen des polnischen Episkopats. Bisher wurden durch die polnischen Sicherheitsorgane solche Maßnahmen, die sich gegen die deutschen Bischöfe auswirken, wie z. B. Ein- und Ausreiseverbote, den Sicherheitsorganen der DDR nicht bekanntgegeben. Die Zusammenarbeit beschränkte sich im wesentlichen auf die Ausnutzung der Informationen, die von den Sicherheitsorganen der DDR inoffiziell erarbeitet wurden, durch die polnischen Sicherheitsorgane.“

Im Gegensatz zum Insiderwissen der Sicherheitsdienste basierten die Kontakte zwischen den Staatsämtern für Kirchenfragen in geringerem Maße auf speziellen Hintergrundkenntnissen. Ihre Besprechungen waren jedoch gründlicher und der Informationsaustausch offener. Ende Dezember 1965 hatte Staatssekretär Seigewasser seinen Amtskollegen Skarzyński zu einer Besprechung über den Briefwechsel nach Berlin eingeladen und zusätzlich über die DDR-Botschaft in Warschau vorfühlen lassen.<sup>43</sup> Vom 27. bis 30. Januar 1966 fand daraufhin in Berlin eine ausführliche Begegnung einer polnischen Delegation unter Leitung Skarzyńskis mit Seigewasser und seinen leitenden Mitarbeitern statt. Sowohl auf polnischer als auch auf DDR-Seite nahmen zusätzlich die Abteilungsleiter Kirchenfragen beim ZK der SED (Barth) bzw. der PVAP (Ociepka) teil. Der polnische Direktor des Amtes für konfessionelle Fragen stellte in großer Breite die kritischen Reaktionen aus der

41 „Konzeption“ vom 27.4.1966 (BStU, ZA, HA XX/4, 411, Bl. 177–185, hier Bl. 179f.).

42 Hier hoffte das MfS auf belastende Akten aus der NS-Zeit im Archiv der Erzdiözese Breslau, das nach Kriegsende in Breslau geblieben war. Es enthielt die Unterlagen des 1945 verstorbenen Kardinals Adolf Bertram, der gleichzeitig von 1919 bis 1945 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz gewesen war. Im des MfS forschten zeitweise in diesem Archiv, um nach „kompromittierendem Material“ zu suchen.

Nachdem Kaufangebote der Deutschen Bischofskonferenz durch Kardinal Wyszyński abgelehnt worden waren, gelang es ihr mit Unterstützung des Erzbischofs von Breslau, Bolesław Kominek, 1966 das Archiv Bertrams auf ca. 2 000 Mikrofilme verfilmen zu lassen und diese mit Hilfe des Görlitzer Weihbischofs Gerhard Schaffran und eines Diplomaten der österreichischen Botschaft in Warschau im Diplomatengepäck nach Wien zu schaffen. Dort nahm sie der Sekretär der DBK in Empfang und brachte sie zunächst nach München zur Auswertung durch die bischöfliche „Kommission für Zeitgeschichte“, siehe „Information“ der HA XX vom 18.3.1971 zur „Ausschleusung von Fotokopien des Archivs der Deutschen Bischofskonferenz aus Wrocław/VR Polen in die BRD“ (BStU, ZA, HA XX/4, 1238, Bl. 180–183).

43 Vermerk der Botschaft vom 27.12.1965 über eine Unterredung mit dem stellvertretenden Leiter des Amtes für konfessionelle Fragen am 24.12. (BAB, DO-4, 2625).

katholischen Kirche Polens auf den Briefwechsel dar, die erstmals die Autorität von Primas Wyszyński auch unter polnischen Katholiken beeinträchtigten. Erstaunlich für die DDR-Vertreter war der von Skarżyński behauptete Umfang der „Differenzierungspolitik“ der staatlichen polnischen Organe in Polen, ihre Kontakte in den 88-köpfigen polnischen Episkopat und die Beziehungen zum niederen Klerus. Staatssekretär Seigewasser berichtete seinerseits zur Situation der evangelischen Kirchen in der DDR und erörterte Fragen der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.<sup>44</sup> Als Folge dieser bilateralen Beratung kam es zur Kooperation bei den Millenniumsfeierlichkeiten zur Christianisierung Polens im laufenden Jahr 1966, als der DDR-Staatssekretär und die polnische Botschaft in Berlin gemeinsam die beantragte Reise des Berliner Erzbischofs Bengsch nach Polen ablehnten. Letzterer war wie alle anderen deutschen Bischöfe durch den Brief der polnischen Bischöfe vom November 1965 eingeladen worden.<sup>45</sup>

In bis dahin präzedenzloser Weise hatte der Briefwechsel des polnischen und deutschen Episkopates die Zusammenarbeit zwischen den Staatsorganen der DDR und der VR Polen befördert und ein Bewusstsein erzeugt, dass man in dieser Angelegenheit im selben Boot saß und überwiegend gleiche Interessen hatte. Dieses Niveau der Kooperation, das jetzt auch von der DDR nachhaltig gewollt wurde, sollte nun allmählich ausgebaut werden.

### 3. Kooperation in der Periode westlicher Ostpolitik bis 1978

Auch nach dem II. Vatikanischen Konzil, zu dem es eine fundierte und präzise gegliederte 55-seitige Gesamtanalyse erstellt hatte,<sup>46</sup> erarbeitete das polnische MSW als „Vatikan spezialist“ des sozialistischen Lagers Informationen aus Rom zur Weiterleitung an die Partnerorgane der Bruderländer,<sup>47</sup> die ihrerseits über eigene Informanten vor Ort lange Zeit nur Belangloses aus der Zentrale des Weltkatholizismus in Erfahrungen bringen konnten. Die Agenten des polnischen Geheimdienstes sind bis auf eine Ausnahme unbekannt. Der ehemalige Priester und vatikanische Archivar Eduardo Prettnner-Cippico, der 1983 verstarb, lieferte in den sechziger und siebziger Jahren östlichen Geheimdiensten wie dem MSW gegen hohe Bezahlung authenti-

44 Vgl. die 23-seitige Niederschrift zu den Beratungen durch den persönlichen Referenten von Staatssekretär Seigewasser vom 1.2.1966 (BAB, DO-4, 505) und den 15-seitigen Berichtsentwurf der Arbeitsgruppe Kirchenfragen vom 4.2.1966 (BAB, DO-4, 1154).

45 Aktenvermerk über die Unterredung zwischen Staatssekretär Seigewasser und Botschafter Baranowski am 29.3.1966 (BAB, DO-4, 2640).

46 Übersetzung aus dem Russischen vom 13.10.1966 (BStU, ZA, HA XX/4, 411, Bl. 221–276).

47 Vgl. von der Abteilung X des MfS aus dem Russischen übersetzte Informationen zum „Sekretariat für die Nichtglaubenden“ vom 15.6.1966 (ebd., Bl. 203–206), zu den „antikommunistischen Zentren“ vom 15.6.1966 (ebd., Bl. 207–214) oder zur römischen Bischofssynode vom 22.12.1967 (ebd., 412, Bl. 100–121).

ches Material und Abschriften von Berichten und Korrespondenzen aus dem vatikanischen Staatssekretariat.<sup>48</sup> Allerdings fabrizierte er bisweilen auch Fiktives wie vermeintliche „Wortprotokolle“ von Gesprächen Papst Pauls VI. mit ausländischen Staatsmännern, die das MSW ebenso wie Prettners-Cippicos authentische Informationen in russischer Sprache an das MfS und andere sozialistische Dienste weiterreichte.<sup>49</sup> Jene „Wortprotokolle“ entsprachen weder inhaltlich noch stilistisch der vatikanischen Aktenführung zu solchen Gesprächen, wie sich aus der Deckungsgleichheit von vatikanischen Gesprächsberichten und Dokumenten des Bundesnachrichtendienstes ergibt, die sich letzterer bis zum Bonner Regierungswechsel 1969 über seinen Agentenring italienischer Prälaten verschafft hatte.<sup>50</sup> Demnach agierte zumindest ausweislich der Unterlagen des MfS in den siebziger Jahren in Rom kein hochrangiger polnischer Kleriker als „Vatikanpion“.<sup>51</sup>

Über den schriftlichen Austausch von zumeist jedenfalls echten „Informationen“ zum Vatikan hinaus scheint es aber eine konkrete kirchenpolitische Zusammenarbeit zwischen MfS und MSW bis zu Beginn der siebziger Jahre nicht gegeben haben. Neuen Koordinierungsbedarf hätte eigentlich der Regierungswechsel in der Bundesrepublik im November 1969 verursachen müssen. Die neue SPD/FDP-Regierung schloss bereits im Dezember 1970 einen deutsch-polnischen Vertrag zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ab und setzte damit auch die vatikanische Diplomatie hinsichtlich der kirchenrechtlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze und der inner-

- 48 Vgl. die plausible Nachweisführung eines früheren römischen WDR- und Zeit-Korrespondenten, der in Rom den Nachlass Prettners-Cippicos einsah: Hansjakob Stehle, *Graue Eminenzen-Dunkle Existenzen. Geheimgeschichten aus vatikanischen und anderen Hinterhöfen*, Düsseldorf 1998, S. 9–24. Zu Berichten aus dieser Quelle in Beständen des MfS siehe BStU, ZA, HA XX/4, 127.
- 49 Bisher aufgefundene Kolportagen sind die „Stenogramme“ von Gesprächen des Papstes aus dem Jahre 1969 mit dem amerikanischen Unterhändler Volpe (BStU, ZA, HA XX/4, 412, Bl. 247–253), aus dem Jahre 1970 mit dem britischen Außenminister Michael Stewart (BStU, ZA, HA XX/4, 127, Bl. 250–257), dem französischen Außenminister Maurice Schuman (ebd., Bl. 243–249), dem US-Repräsentanten Henry Cabot Lodge (ebd., Bl. 233–239) und Bundeskanzler Willy Brandt (ebd., Bl. 217–226), aus dem Jahre 1971 mit dem finnischen Staatspräsidenten Urho Kekkonen (ebd., Bl. 206–209) sowie aus dem Jahre 1973 mit dem südvietnamesischen Außenminister Tran Van Lam (ebd., Bl. 170–174).
- 50 Vgl. den internen vatikanischen Bericht über das Gespräch des Papstes mit Willy Brandt am 13. 7. 1970 (Kopie im Besitz des Autors) mit den strukturell deckungsgleichen authentischen vatikanischen Berichten, die sich der BND zu Papstgesprächen zwischen 1966 und 1968 verschaffte, u. a. mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Nikolaj Podgorny, dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, dem deutschen Außenminister Willy Brandt, dem amerikanischen Repräsentanten Henry Cabot Lodge, dem amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson oder dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle (Nachlass des CDU-Politikers Heinrich Krone [Archiv für Christlich-Demokratische Politik Sankt Augustin, I-028, 044/1–3, 045/1–6]).
- 51 Vgl. entsprechende Vermutungen und Behauptungen vom September und Oktober 1996 in bundesdeutschen Medien (Der Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Bild, Der Spiegel) sowie in der polnischen Zeitung *Życie Warszawy*.

deutschen Grenze unter Handlungsdruck. Obwohl der Vatikan im Prinzip einem Memorandum zustimmte, das Kardinal Stefan Wyszyński mit der Forderung nach neuen Bistumsgrenzen in den polnischen West- und Nordgebieten im Mai 1970 in Rom im Namen der polnischen Bischofskonferenz überreicht hatte, sollte Rom mit seiner kirchenrechtlichen Anpassung noch zwei Jahre bis zur Ratifizierung der Ostverträge im Bonner Bundestag abwarten. Für Wyszyński war der Besuch in Rom 1970 wenig zufriedenstellend verlaufen. Zudem hatte der Papst die Einladung zu einem Besuch in Polen wegen anderer „Verpflichtungen“ abgelehnt.<sup>52</sup>

Die innenpolitische Krise in Polen, die in Verbindung mit schlechter Versorgungslage und unkluger Preispolitik im Dezember 1970 in blutig niedergeschlagenen Arbeiterprotesten und anschließenden Streiks in den Küstenstädten ausbrach, mag mit dazu beigetragen haben, dass die Kooperation der Sicherheitsdienste offenbar stagnierte. Das MfS konnte sich aber über seine einheimischen IM und die DDR-Botschaft in Warschau Informationen über die Situation im Nachbarland um den Jahreswechsel 1970/71 besorgen. Die HA XX/4 beschaffte sich auch den übersetzten Wortlaut der Neujahrsbriefes des polnischen Episkopates, der zu den Unruhen Stellung nahm.<sup>53</sup> Nach diesen Erkenntnissen war die Angst vor einem sowjetischen Einmarsch in Polen in der katholischen Kirche groß. Sowohl der Vatikan als auch der polnische Klerus reagierten deshalb moderat, forderten aber politische Konsequenzen vom neuen PVAP-Parteichef Edward Gierek, der den verhassten Władysław Gomułka abgelöst hatte. Wie schon 1956 war auch 1970 den polnischen Machthabern ein gewaltiger Schrecken in die Glieder gefahren, so daß sie die Vermittlung der Kirche zur Pazifizierung der Bevölkerung suchten. Ministerpräsident Jaroszewicz bot am 3. März 1971 in einem offenen Gespräch einem aufgeschlossenen Primas Wyszyński weitreichendes Entgegenkommen und eine Normalisierung des Verhältnisses von Kirche und Staat an.<sup>54</sup> Zwar verschlechterte sich bald wieder das Verhältnis zwischen Primas und Regierung, doch nun offerierte die in supranationalen Zusammenhängen agierende römische Ostpolitik von Erzbischof Agostino Casaroli<sup>55</sup>

52 Übersetzung einer Information der Sicherheitsorgane der VR Polen „Über das Verhältnis des Vatikans zum Memorandum von Kardinal Wyszyński“ vom 10. 8. 1970 (BStU, ZA, HA XX/4, Bl. 258–261).

53 „Information“ der HA XX/4 vom 12. 1. 1971 zu den „Reaktionen der Katholischen Kirche in der VR Polen zu den Dezember-Ereignissen“ (BStU, ZA, HA XX/4, 1238, Bl. 289–293).

54 „Information“ der HA XX/4 vom 29. 3. 1971 zur „Einschätzung der Lage in der VR Polen durch die Katholische Bischofskonferenz Polens“ (ebd., Bl. 167–172).

55 Vgl. Alceste Santini, Agostino Casaroli. L'uomo del dialogo, Rom 1993. Diese Darstellung des Vatikanspezialisten der kommunistischen Zeitung „L'Unita“, der 1999 in Italien als KGB-Agent verdächtigt wurde (Süddeutsche Zeitung vom 13. Oktober 1999), versucht der 1998 verstorbene Casaroli durch seine postum veröffentlichten Memoiren zu korrigieren, indem er sich wenig glaubhaft zum systematischen Unterminierer des Kommunismus als rechte Hand der Päpste stilisiert: Agostino Casaroli, Il martirio di pazienza. La Santa Sede e i paesi comunisti (1963–89), Turin 2000.

den polnischen Kommunisten die Möglichkeit, über direkte Kontakte zu hochrangigen vatikanischen Vertretern die Politik von Kardinal Wyszyński und seines Krakauer Amtsbruders Karol Wojtyła zu konterkarieren und ihre Rombindung zu relativieren.<sup>56</sup> In einer ausführlichen Analyse zur katholischen Kirche in Polen, die Mitte der siebziger Jahre erstellt und auch an das MfS weitergegeben wurde, bezeichnete das MSW die quasi-diplomatischen Kontakte zwischen polnischer Regierung und Vatikan als „wesentliches Element der gegenwärtigen Staatspolitik im Bereich der Religion“. Sie sollten die „Position des reaktionären Teils der polnischen Kirchenführung [...] schwächen“ und die einheimische katholische Hierarchie „ihrer Argumente bezüglich einer in Polen stattfindenden Verfolgung der katholischen Kirche“ berauben: „Wyszyński, Wojtyła und andere Vertreter der katholischen Hierarchie, die die Gefahr begreifen, welche der Kirche durch die Verhandlungen zwischen Polen und dem Vatikan droht, haben Maßnahmen getroffen, um dieser Politik des Vatikans gegenüber Polen entgegenzuwirken. Sie verbreiten die These, daß die vatikanische Diplomatie für eine Einschätzung der Lage der Religion in Polen nicht kompetent ist und daß der Vatikan nicht die Spezifik der gesellschaftlich-politischen Beziehungen in Polen kennt.“<sup>57</sup>

Eine unerwünschte Normalisierung auf kirchenpolitischem Gebiet handelte sich dagegen die DDR ein, als sie zum 1. Januar 1972 den visafreien Reiseverkehr in die Nachbarländer Polen und ČSSR einführte. Nun nahmen die kirchlichen Kontakte sprunghaft zu, und auch der Reiseverkehr von Polen in das westliche Nachbarland wuchs an.<sup>58</sup> Die katholische Kirche in der DDR regelte seit 1972 offiziell über eine Kommission und die beauftragten Geistlichen Theodor Hubrich (Magdeburg) und Jerzy Pawlik (Kattowitz) die Seelsorge an den zeitweise bis zu 100 000 in der DDR eingesetzten polnischen katholischen Arbeitern. Dazu wurden auch eigens aus Polen in die

56 Darüber wurde das MfS vom MSW und der Botschaft in Warschau auf dem laufenden gehalten. Vgl. die Informationen zur ersten Papstaudienz für einen polnischen Kommunisten, Außenminister Stefan Olszowski, im November 1973 (BStU, ZA, HA XX/4, 127, Bl. 133 f.; Bericht der DDR-Botschaft vom 23. 11. 1973), zum ersten Besuch von Erzbischof Agostino Casaroli im Februar 1974 in Warschau (BStU, ZA, HA XX/4, 1199, Bl. 124 ff.; Bericht des MfAA bzw. der DDR-Botschaft vom 14. 2. 1974) oder zum einmonatigen Polenaufenthalt des römischen Sondergesandten Erzbischof Luigi Poggi im Februar/März 1975 (BStU, ZA, HA XX/4, 127, Bl. 81–86; Übersetzung einer Information der polnischen Sicherheitsorgane vom 29. 5. 1975).

57 „Einige Probleme der subversiven Tätigkeit der römisch-katholischen Kirche und anderer Kirchen nicht-römisch-katholischen Glaubensbekenntnisses gegen den Sozialismus“, undatiert, vermutlich 1975 erstellt (BStU, ZA, HA XX/4, 253, Bl. 17 f.).

58 Vgl. eine Information der HA XX an die Abteilung X des MfS vom 18. 2. 1972 zu „Verbindungen zwischen katholischen Gemeinden in Frankfurt (Oder) und Cottbus mit katholischen Gemeinden bzw. Bürgern in der VR Polen“ (BStU, ZA, HA XX/4, 126, Bl. 121). Siehe auch: Dagmara Jajesniak-Quast/Katarzyna Stokłosa, *Geteilte Städte an Oder und Neiße. Frankfurt (Oder)-Ślubice, Guben-Gubin und Görlitz-Zgorzelec 1945–1995*, Berlin 2000.

DDR delegierte Priester eingesetzt.<sup>59</sup> Für das MfS waren die übersichtlichen Zeiten des regulierten Reiseverkehrs vorbei: Nach eigener Diktion kam es zur „feindlichen Ausnutzung des Tourismus“, so dass weiterer Koordinierungsbedarf mit dem MSW entstand.

Aber eine tatsächliche Zusammenarbeit der beiden Sicherheitsdienste, die auf Gegenseitigkeit beruhte, ließ auf sich warten. Eine multilaterale Beratung der Sicherheitsorgane der UdSSR, der ČSSR, Polens, Ungarns und Bulgariens, die vom 10. bis 15. Juni 1974 in Berlin von der „Kirchenlinie“ des MfS für die Verbündeten organisiert wurde, billigte den Polen im Gegensatz zu anderen Teilnehmern keine spezifische Expertenrolle zu. Als gemeinsamen Besprechungspunkt mit den Warschauer Genossen notierte die HA XX/4 im Vorfeld nur die „Tätigkeit der katholischen Kirche unter den polnischen Werktätigen“ in der DDR. Stattdessen wurde ausführlich über die Christliche Friedenskonferenz (CFK), die Berliner Konferenz (BK) und den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf beraten. Für bilaterale Beratungen zur „Festlegung von Maßnahmen und zur Bearbeitung von Vorgängen“ waren in den fünf Tagen nur drei Stunden vorgesehen, ein ganzer Tag dagegen für eine Dampferfahrt rund um Berlin und „individuelle Einkäufe“ durch die weniger mit sozialistischen Verkaufswaren gesegneten Vertreter der DDR-Bruderländer.<sup>60</sup>

Erst aus dem Mai 1975 datiert der Entwurf eines vorbereiteten gemeinsamen Protokolls,<sup>61</sup> das die Zusammenarbeit zwischen der HA XX und dem IV. Departement des MSW regeln sollte. Beide Seiten wollten danach Informationen „über die mögliche Bearbeitung von Personen und Objekten austauschen“, an denen die andere Seite ein „operatives Interesse“ geltend machte. Die „Bearbeitung der Absichten und Interessen des Vatikan gegen die VRP und die DDR“ galt als besonderer Schwerpunkt. „Kanäle für den Transport unerwünschter Literatur“ sollten „liquidiert“ werden, um die Bestrebungen der religiösen Gemeinschaften zu bekämpfen, „die Erleichterungen auszunutzen, die durch die entsprechenden Regierungsabkommen über den Grenzverkehr gewährt werden“. Angestrebt wurde ein breiter Informationsaustausch, zur jeweiligen Abstimmung waren regelmäßige Treffen der Leiter von HA XX und IV. Departement sowie eine zusätzliche Kontaktebene der Abteilungsleiter vorgesehen. Mitarbeiter der Sicherheitsorgane beider Staaten sollten zudem die Möglichkeit haben, bei Bedarf auf dem Territorium des anderen tätig zu werden, und damit gewissermaßen auch vom visafreien Reiseverkehr zu profitieren.

59 Mechtenberg, Engagement, S. 94–102.

60 BStU, ZA, HA XX/4, 317, Bl. 1–11.

61 Ebd., Bl. 72–76.

In einer Stellungnahme zu diesem Protokoll benannte der Leiter der HA XX/4, Oberstleutnant Franz Sgraja, fünf Felder der konkreten Zusammenarbeit:<sup>62</sup>

- „Bearbeitung“ der Zentralen von „Licht im Osten“ und „Christliche Ostmission“ in der Bundesrepublik sowie von „Glaube in der 2. Welt“ in der Schweiz;
- Überwachung der Aktivitäten der westdeutschen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ und ihrer Kontakte nach Polen und zur „Berliner Konferenz“ (BK)<sup>63</sup> in der DDR;
- Kontrolle und Unterbindung der Seelsorge von polnischen Geistlichen in der DDR;
- „Aufklärung“ der Zentrale der „Zeugen Jehovas“ in der Bundesrepublik;
- „Aufklärung“ der „Trefftigkeit zwischen Bürgern der DDR und klerikalen Kräften der BRD in der VR Polen“.

Ob jedoch dieses Protokoll der gemeinsamen Wünsche von MfS und MSW auch so verabschiedet wurde, ist nicht ersichtlich. Vom 22. bis 27. März 1976 fand in Berlin zwar eine Beratung der Sicherheitsorgane der UdSSR, der Volksrepublik Polen (VRP), der Ungarischen Volksrepublik (UVR), der ČSSR, der Volksrepublik Bulgarien (VRB) und der DDR zu den multilateralen Themenkomplexen Christliche Friedenskonferenz, Berliner Konferenz und Vatikan statt, doch zweiseitige Abkommen wurden bei solchen Veranstaltungen nicht getroffen. Im Januar 1977 schlug dann der polnische Innenminister seinem Kollegen Erich Mielke ein mehrtägiges bilaterales Treffen Ende Februar in Berlin vor, das sich mit den Schwerpunkten ökonomische Beziehungen und Kirchenpolitik beschäftigen sollte.<sup>64</sup> Zur Vorbereitung dieser Konferenz erstellte die HA XX für ihren Bereich einen neuerlichen Vereinbarungsentwurf zur Zusammenarbeit mit dem IV. Departement des MSW, der an keiner Stelle Rückschlüsse auf frühere schriftliche Vereinbarungen zuließ. Die Kirchenabteilung im MfS wählte in ihrem Entwurf nunmehr sieben zu regelnde Problemfelder:<sup>65</sup>

62 Stellungnahme vom 30.5.1975 (ebd., Bl. 71).

63 Vgl. Bernd Schäfer, „Um ‚anzukommen‘, muß man sich ‚ankömmlich‘ artikulieren“. Zur „Berliner Konferenz“ (BK) zwischen 1964 und 1993. In: Michael Richter/Martin Reißmann (Hg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar 1995, S. 111–125; Hubertus Guske (Hg.), Chronik der Berliner Konferenz europäischer Katholiken, 2 Bände, Berlin 1999.

64 Abteilung X an Generalmajor Rudi Mittig am 17.1.1977 (BStU, ZA, HA XX/4, 657, Bl. 58f.).

65 Entwurf vom 9.2.1977 (ebd., Bl. 30–34) und Anlagen vom 10.2.1977 (ebd. Bl. 47–53).

- Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten;
- Konferenz Europäischer Kirchen (KEK, ein loser Zusammenschluss evangelischer und katholischer Kirchen);
- Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK, ein Zusammenschluss evangelischer und orthodoxer Kirchen);
- Internationale Pax-Christi-Bewegung (Tätigkeit katholischer Laien aus der BRD, Frankreich, Belgien in Richtung DDR und VR Polen);
- Kontakte des „Klubs der Katholischen Intelligenz“ aus Wrocław nach der BRD und der DDR zur „Unterstützung einer sogenannten Menschenrechtsbewegung in der VR Polen“;<sup>66</sup>
- gemeinsame „operative Kontrolle“ der Tätigkeit der acht polnischen Pfarrer für die polnischen Arbeiter in der DDR, nachdem die DDR-Behörden aus kirchenpolitischen Gründen von einer Unterbindung dieses Priester-einsatzes abgesehen hatten;
- studentische Teilnehmer der DDR an der jährlichen Fußwallfahrt im August nach Tschenstochau.

Es ist zu vermuten, dass hier nun eine Vereinbarung zwischen MfS und MSW auch tatsächlich vertraglich fixiert wurde. Jedenfalls lief der punktuelle Austausch auf beiden Seiten wieder an. So informierten die polnischen Sicherheitsorgane im September 1977 nach der Tschenstochau-Wallfahrt die HA XX/4 darüber, dass etwa 120 Jugendliche aus der DDR teilgenommen und sich „politisch negativ“ geäußert hätten. Dem MfS wurde ein Verzeichnis mit Namen von DDR-Jugendlichen beigelegt.<sup>67</sup>

Zuvor hatten sich vom 26. bis 29. September 1977 in Prag die Stellvertreter der Hauptabteilungsleiter zur Oppositionsbekämpfung<sup>68</sup> aus der UdSSR, der ČSSR, Polen, Ungarn, Bulgarien, der DDR und Kuba getroffen, um einerseits die Arbeit mit Christlicher Friedenskonferenz und Berliner Konferenz zu koordinieren und andererseits die Aktivitäten des Vatikans gegenüber den sozialistischen Ländern zu diskutieren.<sup>69</sup> Alle Delegationen hatten aus ihrer Landesperspektive jeweils aktuelle Beiträge zu den Standardthemen solcher Beratungen zu leisten (CFK, Berliner Konferenz und

66 Hierzu hatte am 4.2.1977 in der Grenzstadt Frankfurt (Oder) ein Treffen von Mitarbeitern des MfS und des MSW stattgefunden, nachdem die polnischen Organe am 17.1. und 1.2.1977 ihren DDR-Kollegen Informationen übersandt hatten. Die HA XX/4 ermittelte für die polnischen Freunde die Personalien der von den Polen identifizierten DDR-Bürger und lieferte die polnischen Kontaktadressen, die sie bei der „operativen Bearbeitung“ der DDR-Bürger herausgefunden hatte (ebd., Bl. 50).

67 Abteilung X an HA XX/4 am 16.9.1977 (BStU, ZA, HA XX/4, 126, Bl. 12f.).

68 Für die DDR nahmen Oberst Hans Ludwig, stellvertretender Leiter der HA XX, und Oberstleutnant Franz Sgraja, Leiter der Abteilung XX, teil. Auf polnischer Seite waren ein Oberst als Stellvertreter des Direktors des IV. Departements des MSW und ein Abteilungsleiter im Oberstenrang anwesend (ihre Namen wurden leider durch die Behörde des BStU geschwärzt).

69 Vgl. BStU, ZA, HA XX/4, 565, Bl. 1-96.



Vatikan). Vereinbart wurde unter anderem, dass zur nächsten Plenartagung der Berliner Konferenz im November 1977 in Berlin die sozialistischen Länder nach MfS-Vorbild ebenfalls mit Offizieren am Tagungsort vertreten sein sollten, um sich konspirativ mit ihren IM zu treffen.

Eine undatierte Analyse der polnischen Sicherheitsorgane aus der Mitte der siebziger Jahre<sup>70</sup> erwähnte in einem eigenen Kapitel Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsdiensten der anderen sozialistischen Staaten und sprach von „konkreten Vereinbarungen“ mit jenen. Aufgeführt wurden ein „Informationsaustausch“ über die „operative Bearbeitung von Objekten“, über die „gemeinsame Bearbeitung von Personen aus den Reihen der Kirchenführung und der Mönchsorden“ und „abgestimmte Methoden in Bezug auf den Vatikan“. Die „direkten Kontakte“ bei den Treffen mit Vertretern der anderen Staaten wie auch „der Mitarbeiteraustausch zum Zwecke der Lösung konkreter operativer Probleme“ wurde „hoch“ eingeschätzt.<sup>71</sup> Inwieweit diese allgemeinen Bewertungen zum Zeitpunkt der polnischen Analyse, der im Jahre 1975 anzusiedeln sein dürfte, auch auf Kooperationserfahrungen mit dem MfS der DDR beruhten, ist nicht bekannt. Jedenfalls bescheinigten die polnischen Sicherheitsorgane nicht nur sich selbst und den befreundeten sozialistischen Staaten eine effektive grenzüberschreitende Kirchenpolitik, sie sparten auch nicht mit Selbstlob im Hinblick auf ihre Leistungen an der einheimischen Front:

„Die langjährige, planmäßige Arbeit unseres Apparates trug zur Schaffung einer breiten Basis von Informationsquellen unter der Geistlichkeit bei. Einen erfolgreichen Abschluß der Bemühungen zur qualitativen und quantitativen Durchdringung der wichtigsten Gliederungen der römisch-katholischen Kirche in Polen, der weltlichen katholischen Vereinigungen und der anderen Kirchen konnte man verzeichnen. [...] Der Staatssicherheitsdienst verfügt über die notwendigen Quellen, um Angaben über die Absichten, die Ziele und die Tätigkeit der katholischen Kirchenführung in Polen sowie über ihre Taktik gegenüber den Machtorganen und den Charakter der internationalen Kontakte des Episkopats, der Geistlichkeit und der katholischen Würdenträger zu erlangen. [...] Die uns zur Verfügung stehenden operativen Mittel und Kenntnisse geben uns die Möglichkeit, relativ effektiv in die interne Tätigkeit der polnischen katholischen Kirche einzudringen und Einfluß auf die Politik ihrer einzelnen Gliederungen zu nehmen. [...] Im Ergebnis der Durchführung der wichtigsten Konzeptionen zur Desintegration und Desinformation der katholischen Kirche wurde die reaktionäre Linie der katholischen Kirchenführung Polens schon bedeutend abgeschwächt. Die Klerusgruppe mit positiver Orientierung ist erstarkt. Es findet ein Prozeß des allmählichen Übergangs der Geistlichkeit auf Positionen einer loyalen Haltung gegenüber der sozialistischen Ordnung sowie ein Differenzierungsprozeß in der Hierarchie statt. [...] Weiterhin muß nach neuen Formen zur Desintegration der Kirche sowie nach Methoden gesucht werden, um eine Situation zu erreichen, wie sie sein muß.“<sup>72</sup>

70 Vgl. Übersetzung aus dem Russischen: „Einige Probleme der subversiven Tätigkeit der römisch-katholischen Kirche und anderer Kirchen nichtrömisch-katholischen Glaubensbekenntnisses gegen den Sozialismus“ (BStU, ZA, HA XX/4, 233, Bl. 58–83).

71 Ebd., Bl. 81 f.

72 Ebd., Bl. 79 f.

Die Ebene der sichtbaren Staatsorgane, die für Planung und Durchführung der Kirchenpolitik unter Anleitung der Partei und ihrer Sicherheitsdienste zuständig waren, wies im Vergleich zur MfS-MSW-Ebene nur wenige Spezifika auf. In einer multilateralen Beratung, die vom 25. bis 28. September 1967 in Warschau mit Teilnehmern aus der UdSSR, der ČSSR, Ungarn sowie aus Polen und der DDR stattfand, profilierten sich die Polen als Spezialisten für die Politik des Vatikan sowie die DDR-Vertreter als vermeintliche Experten für die „Diversions“ des Westens, in diesem Falle durch die auf den Dialog mit dem Marxismus ausgerichtete „Paulus-Gesellschaft“.<sup>73</sup> Letztere sollte jedoch 1968 nach der militärischen Intervention in der ČSSR rapide an Bedeutung verlieren und bald darauf eingehen. In späteren Jahren referierten die DDR-Vertreter auf solchen Beratungen zur „Gefahr“, die von der westdeutschen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ ausging, die besonders intensive Kontakte nach Polen aufgebaut hatte. Bei diesen Tagungen und selbst bei bilateralen Beratungen unterhalb der Staatssekretäresebene befanden sich in der DDR-Delegation stets auch Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, also aus dem hauptamtlichen Parteiapparat. Im Bedarfsfall wurden zusätzlich zu den regelmäßigen Tagungen aus besonderen Anlässen außerordentliche Konferenzen zu aktuellen kirchenpolitischen Themen durchgeführt, so am 8. und 9. Oktober 1968 in Warschau zur kirchlichen Jugendarbeit auf den verschiedensten Ebenen der jeweiligen Länder (u. a. Kinder- und Studentenarbeit, kirchliche Ausbildung, Aktion Sühnezeichen, Reisetätigkeit).<sup>74</sup>

Seit 1968 hatte sich auf Abteilungsleitersebene der Staatsämter eine Beratungsschiene zur Vorbereitung der Tagungen der Berliner Konferenz<sup>75</sup> und der Christlichen Friedenskonferenz gebildet. Unter Federführung des für die katholische Kirche zuständigen jeweiligen Mitarbeiters der Berliner Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen waren die Vorträge, Referenten und Teilnehmer sorgfältig auszuwählen. Im Falle Polens mit seinen beiden regimetreuen, jedoch zerstrittenen und konkurrierenden Bewegungen PAX und „Christlich-Sozialer Vereinigung“ (ChSS) sowie mit der zwischen Episkopat und Regierung vermittelnden katholischen Parlamentsgruppe „Znak“, war dieses stets ein kompliziertes Unterfangen im Hinblick auf die angestrebte „politische Zuverlässigkeit“ der Teilnehmer. Schließlich wollten Polen kaum noch an diesen Konferenzen teilnehmen. Die BK- bzw. CFK-Thematik dominierte in den späten sechzigern und frühen siebziger Jahren überproportional die Beratungen der sozialistischen Staatsämter für Kirchenfra-

73 Undatierter 17-seitiger Bericht von Willi Barth, Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED (BAB, DO-4, 506). Zur „Paulus-Gesellschaft“ vgl. Martin Höllen, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR*, Band 3/1, Berlin 1998, S. 59f.

74 Vgl. einen Bericht von Abteilungsleiter Hans Wilke vom 11.10.1968 (BAB, DO-4, 2640).

75 Vgl. S. 53.

gen.<sup>76</sup> Als sich eine gewisse Routine eingespielt hatte, konnte der Leerlauf der BK-Propagandaveranstaltungen nicht mehr aufgehoben werden.<sup>77</sup> Aufgrund der vollständigen finanziellen und politischen Abhängigkeit der Berliner Konferenz von der SED musste sie in West und Ost stets mit Antipathien leben und blieb in ihrer Wirkung recht beschränkt.

Insgesamt ist aber eine Bedeutung der intensiven multi- und bilateralen Konsultationstätigkeit für den Austausch über die Diplomatie des Vatikans in Ungarn, der ČSSR und Polen zu konstatieren. Im Falle Polens kam hinzu, dass nach den Unruhen von Ende 1970 der Informationsbedarf der DDR-Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen über die innere Lage in Polen wuchs, weil das MfS seine internen Kenntnisse dieser zweitrangigen Dienststelle gegenüber zurückhielt. Als Horst Hartwig zusammen mit dem ZK-Mitarbeiter Fritz Naumann am 3. und 4. April 1971 zu Beratungen in Warschau weilte, informierten sich die beiden SED-Funktionäre beim stellvertretenden Leiter des Staatsamtes, Duczek, über die Ursachen der Unruhen und Streiks in den Ostseestädten. Dieser wünschte „als Genosse ein offenes Gespräch“ und rechnete mit den Idiosynkrasien des gestürzten Parteichefs Władysław Gomułka schonungslos ab. Zusätzliche Informationen erhielt die DDR-Delegation von der Warschauer Botschaft, die durch Konsultationen im Vier-Wochen-Abstand mit dem deutsch sprechenden Abteilungsleiter Aleksander Merker aus dem Staatsamt für Kirchenfragen bestens orientiert war. Schließlich sprach die DDR-Delegation im April 1971 auch mit Merker selbst über die Rolle des polnischen Episkopats sowie Kardinal Wyszyński während der Unruhen von 1970/71 und war somit gut orientiert.<sup>78</sup> Zwischen den Terminen der bilateralen und multilateralen Tagungen der Staatsämter wurde die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen in Berlin weiterhin fundiert vom MfAA informiert, das alle Berichte der DDR-Botschaft in Warschau und der DDR-Generalkonsulate in Polen weitergab, die kirchenpolitische Angelegenheiten zum Thema hatten, so beispielsweise ausführliche Informationen zu jeder Veröffentlichung eines Hirtenbriefes durch den polnischen Episkopat.<sup>79</sup> Teilweise erhielt die Botschaft auch Originalanalysen des polnischen Staatsamtes für Kirchenfragen, die

76 Vgl. Berichte Horst Hartwigs z. B. vom 18. 1. 1968 über eine multilaterale Beratung zur Vorbereitung einer BK-Tagung in Dresden (BAB, DO-4, 4758), vom 26. 8. 1970 über eine bilaterale Beratung in Warschau am 24. 8. 1970 (BAB, DO-4, 1269), vom 2. 12. 1970 über eine multilaterale Beratung am 25. und 26. 11. in Warschau (BAB, DO-4, 4758), vom 8. 2. 1972 über eine multilaterale Beratung am 2. und 3. 2. in Berlin (ebd.).

77 Information von Horst Pätzke, seit 1973 Nachfolger Hartwigs als Abteilungsleiter Katholische Kirche in der Dienststelle des Staatssekretärs, vom 6. 10. 1977 über eine Beratung mit Vertretern der Staatsämter der VRP, der ČSSR und der UVR (BAB, DO-4, 636).

78 Bericht von Horst Hartwig vom 14. 6. 1971 (BAB, DO-4, 636).

79 Vgl. BAB, DO-4, 636.

dann in Berlin übersetzt und der Dienststelle des Staatssekretärs zur Verfügung gestellt wurden.<sup>80</sup>

Der visafreie Reiseverkehr zwischen den beiden Ländern seit dem 1. Januar 1972 bedeutete auch für die Staatsämter erhebliche „Probleme“, weil die kirchlichen Kontakte zunahmen und „die Leitungen der katholischen Kirchen in der DDR und der VR Polen verstärkt versuchen, den visafreien Grenzübertritt für die Stärkung ihrer Positionen auszunutzen und dabei auf der Linie der ‚Versöhnung‘ agieren“. Im Jahre 1973 fand zu dieser Thematik eigens eine gemeinsame staatliche „Arbeitsberatung“ im Bezirk Magdeburg statt, die feststellte, „daß sich ‚Privatreisen‘ von katholischen Pfarrern in die VR Polen häufen“.<sup>81</sup>

Die jährlichen bilateralen kirchenpolitischen Beratungen der Staatsämter aus Warschau und Berlin wie auch die multilateralen Konferenzen mit der UdSSR, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik und der ČSSR, mittlerweile exotisch bereichert mit Vertretern aus Kuba und der Mongolei oder sogar aus Rumänien, verliefen routiniert und kooperativ.<sup>82</sup> Zwischen den DDR-Vertretern und den Polen gab es sogar inzwischen freundschaftliche und intensive direkte Begegnungen, die stets von einem umfangreichen Informations- und Materialaustausch begleitet waren.<sup>83</sup>

Seinerseits hatte das ZK der SED im Januar 1974 eine Delegation des ZK der PVAP in der DDR zu Besuch und ihr auch das kirchenpolitisch befriedete und ökonomisch entwickelte katholische Eichsfeld gezeigt. Nach ihrem Aufenthalt äußerte die stellvertretende Leiterin der Administrationsabteilung im ZK der PVAP, Józefa Siemasskiewicz, in einem Gespräch mit einem Vertreter der DDR-Botschaft in Warschau, beide Staaten hätten dieselben Probleme und verfolgten eine gleichermaßen taktisch orientierte Kirchenpolitik.<sup>84</sup> Sie ging auch auf die Lage der polnischen Kirche ein und wünschte sich, dass Kardinal Karol Wojtyła aus Krakau „30 Jahre älter wäre“ als seine aktuellen 53 Lebensjahre. Als früherer Schauspieler habe er „eine sehr steile Karriere hinter sich“ und sei „außerordentlich aggressiv und reaktionär. ‚Dieser Krakower Kardinal ist uns nicht gelungen‘“, meinte Siemasskiewicz.<sup>85</sup> Mehr als viereinhalb Jahre später wurde Karol Wojtyła am 16. Oktober 1978 zu Papst Johannes Paul II., und aus der sozialistischen Kirchenpolitik in Osteuropa war die Routine jäh verschwunden.

80 Siehe z. B. eine kenntnisreiche Einschätzung zur Jugendpolitik der katholischen Kirche in Polen vom 30. 5. 1978 (BAB, DO-4, 4759).

81 Vermerk Horst Pätzkes vom 7. 12. 1973 „zu einigen kirchenpolitischen Problemen, die sich aus dem visafreien Grenzübertritt zwischen der DDR und der VR Polen ergeben“ (ebd.).

82 Bericht vom 10. 3. 1978 über die Tagung der Staatsämter für Kirchenfragen vom 27. 2. bis 2. 3. 1978 in Warschau (BAB, DO-4, 4758).

83 Vgl. die Information Pätzkes vom 20. 3. 1976 über die „Reise des Genossen Seigewasser in die VR Polen vom 9. – 13. 3. 1976“ (ebd.).

84 BStU, ZA, HA XX/4, 127, Bl. 92–98.

85 Ebd., Bl. 97.

#### 4. Der polnische Papst

Zwei Tage nach der Papstwahl in Rom sandte die DDR-Botschaft in Warschau am 18. Oktober 1978 ein längeres Telegramm an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin, das mit folgenden Sätzen begann: „wahl eines polen bewegt emotionell alle schichten und kreise des polnischen volkes. bis in reihen parteimitgliedschaft hinein ist nationale genugtung und nationaler stolz dominierend, der durch offizielle Sprachregelung gefoerdert wird. in funktionaerskreisen pvap befuerchtungen ueber komplizierung verhaeltnis staat/kirche und veraenderung ost-politik vatikans.“ Die Botschaft bestätigte diese Befürchtungen und bezeichnete Karol Wojtyła als Führer des „reaktionären, oppositionellen flügels im polnischen episkopat“, er zeichne sich durch „militanten antikommunismus“ aus.<sup>86</sup>

In den folgenden Monaten stellten die Staatsorgane in Warschau und Berlin zahlreiche „Einschätzungen“ zur Person des neuen Papstes zusammen, die seine bisherigen Aktivitäten und Haltungen eruieren und Prognosen für die Zukunft ableiten sollten. Während die polnischen Staatsorgane öffentlich Patriotismus anlässlich der Wahl eines polnischen Kardinals bekundeten, waren sich die Sicherheitsorgane beider Länder einig, dass Gefahr im Verzuge sei und die Stabilität des sozialistischen Polen gefährdet sein könnte.

Der neue Leiter des polnischen Kirchenamtes, Minister Kazimierz Kąkol, betonte nach seiner Rückkehr aus Rom, wohin er zwischen dem 21. und 24. Oktober 1978 als Mitglied der polnischen Delegation zur Amtseinführung des neuen Papstes gereist war, stolz die Auszeichnung für das weltweite Polentum, weil aus seinen Reihen ein solches Amt besetzt wurde. Detailliert schilderte Kąkol in seinem Bericht die Begegnungen und Gespräche mit dem früheren Kardinal von Krakau, wobei die polnischen Staatsgäste beflissen auf die Einheit aller Polen und den gebührenden Platz der katholischen Kirche im gemeinsamen Vaterland hingewiesen hatten.<sup>87</sup> In diesen Tagen wurde jedoch vom polnischen Kirchenamt an die DDR-Botschaft in Warschau nicht nur der Bericht Kąkols, sondern auch eine profunde Einschätzung über die bisherige Tätigkeit von Karol Wojtyła übergeben, dessen Tendenz in eine andere Richtung wies. Danach sei der Krakauer Erzbischof nach seinem Amtsantritt 1964 zunächst zurückhaltend gegenüber den Staatsorganen aufgetreten, habe dann aber seit seiner Ernennung zum Kardinal 1967 einen „scharfen Kurs“ gegenüber dem Staat eingeschlagen und eine „Politik der Stärke“ der katholischen Kirche verfochten. Wie kein anderer polnischer Bischof habe er ein gutes Verhältnis zu katholischen Intellektuellen, Arbeitern und Studenten gesucht. Durch wissenschaftliche Arbeiten und

86 BStU, ZA, HA XX/4, 2434, Bl. 2f.

87 „Wortlaut des Berichts der Genossen Kąkol und Czyrek über die Gespräche der polnischen Delegation mit Papst Johannes Paul II. und Kardinal Wyszyński in Rom“, Übersetzung der DDR-Botschaft in Warschau (BStU, ZA, HA XX/4, 125, Bl. 9-16).

Auslandsreisen habe er über viele Kontakte seine Karriere im Weltkatholizismus vorbereitet.<sup>88</sup>

Analysen des MSW erreichten Minister Mielke und die HA XX erst ab Mitte November 1978. Nach Ansicht der polnischen Sicherheitsorgane war „mit großer Wahrscheinlichkeit“ zu erwarten, dass Johannes Paul II. „das Problem der Menschenrechte“ im Sinne des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter aufgreifen werde. Wojtyła verfüge über die Fähigkeit, „Menschen für sich einzunehmen“ und die „geeignete Taktik zu wählen, um Popularität zu erringen“. Er sei „hochgebildet“ und „außerordentlich listig“. Es sei zu befürchten, dass er für eine neue Offensive der katholischen Kirche gegen den Kommunismus eintrete, zumal er schon in Polen „einer der extremsten Antikommunisten“ im Episkopat gewesen sei. Die polnische Staatsanwaltschaft habe in den Jahren 1973 und 1974 die Predigten Wojtyłas analysiert und sei zu dem Schluss gekommen, dass ihr Inhalt eigentlich mit Haft zwischen ein und zehn Jahren bestraft werden müsste. 1977 habe er dem „Komitee zum Schutz der Arbeiter“ (KOR) 300 000 Złoty überreicht und Kirchenräume für oppositionelle Zusammenkünfte und Protesthungerstreiks zur Verfügung gestellt.<sup>89</sup> In einem Gespräch mit dem 1. Sekretär der polnischen Botschaft in Berlin, Józef Kadłarz, erhielt ein IM des MfS am 10. November 1978 explizit die Auskunft, dass die Wahl Wojtyłas zum Papst „die polnische Führung nicht nur überrascht habe, sondern vor große politisch-ideologische Probleme stellen werde“. Zwar habe die Führung in Warschau zunächst die „Freude in Polen“ mitgenutzt, um das „nationale Image“ des Landes aufzuwerten, aber sie sei sich im Klaren darüber, dass nun langfristig Probleme auf sie zukommen werden.<sup>90</sup>

Die eigenen Analysen der DDR-Organen besaßen bis Ende 1978 keinen originellen Charakter, der über die aus Polen erhaltenen Auskünfte hinausreichte.<sup>91</sup> Erst aufwendig recherchierte „Auskunftsberichte“ aus dem Jahr 1979 waren informativer.<sup>92</sup> Keinerlei substantielle Neuigkeiten trotz eines „Direktkontaktes“ zum Objekt der Analyse enthielt der eitle Bericht des

88 BAB, DO-4, 4759.

89 BStU, ZA, HA XX/4, 127, Bl. 20–29. Dieselbe Information, allerdings detaillierter z. B. mit den Daten der Predigten von 1973/74 und Angaben zu seinen Oppositionskontakten, lieferte das MSW auch dem KGB: Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, *The Sword and the Shield. The Mitrokhin Archive and the Secret History of the KGB*, New York 1999, S. 508f.

90 Bericht des IM „Renn“ an Hauptmann Käpernick, HA XX/2, vom 10.11.1978 (BStU, ZA, HA XX/4, 2434, Bl. 73f.).

91 Das gilt für die routinemäßigen „Einschätzungen“ des neuen Papstes durch Abteilungsleiter Horst Pätzke aus der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom Oktober 1978 (BAB, DO-4, 1251), Mai 1979 (BAB, DO-4, 638) und August 1979 (BAB, DO-4, 407).

92 Siehe nach Erkundungen in Polen, in Rom und im „Auswerterobjekt“ des MfS in Berlin recherchierte Berichte mit zahlreichen biographischen Details und Bezugspersonen aus dem Leben Karol Wojtyłas: BStU, ZA, HA XX/4, 1719, Bl. 1–14 (20.4.1979); ebd., 2019, Bl. 1–18 (undatiert).

CDU-Vorsitzenden Gerald Götting für den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker über die Teilnahme der DDR-Delegation an der feierlichen Amtseinführung des neuen Papstes Ende Oktober 1978 in Rom.<sup>93</sup> Über IM aus der DDR und Kontakte zur katholischen Kirchenleitung in Berlin und Magdeburg konnte die HA XX/4 ebenfalls keine Informationen von Belang ermitteln, was jedoch auch darauf zurückzuführen war, dass unter den geringen Kontakten von Katholiken aus der DDR nach Polen so gut wie niemand als IM von Bedeutung für das MfS tätig war.<sup>94</sup> Während das MfS in internationalen Szenarien dachte und ebenso wie die DDR-Botschaft in Warschau Gefahren für den Sozialismus befürchtete, betrieben die Staatsämter für Kirchenfragen in ihren multilateralen Besprechungen ihre sektorale Politik. Eine Konferenz in Berlin am 15. und 16. November 1978 hatte als Schwerpunkt nicht die Papstwahl, sondern die von der DDR-Seite ausführlich vorgebrachten Fragen der Berliner Konferenz. Aleksander Merker aus dem polnischen Kirchenamt musste gleichwohl zur Papstwahl referieren und verbreitete eher gequält patriotischen Optimismus. Unter Bezug auf den ersten Monat des polnischen Pontifikates meinte er: „Wir haben schwere Stunden gehabt, aber die Kurve gut genommen“. Merkers Kollegen aus der UdSSR, der ČSSR und Ungarn waren dagegen skeptischer und diskutierten vorwurfsvoll mit dem polnischen Vertreter. DDR-Staatssekretär Seigewasser formulierte im Schlusswort der Konferenz, dass alle sozialistischen Kirchenämter gut beraten seien, der weiteren Entwicklung „völlig illusionslos“ entgegenzusehen.<sup>95</sup>

Die erste Visite eines römischen Papstes in einem sozialistischen Land konnte von der polnischen Regierung nicht nur aus patriotischen Gründen kaum abgelehnt werden. Keineswegs gegen den Widerstand der Regierung hatte bereits 1978 der damalige Kardinal Wojtyła den damaligen Papst Paul VI. zu einem Besuch Polens aus Anlass des 900. Todestages des Hl. Stanislaus von Krakau am 9. Mai 1979 eingeladen. Als Johannes Paul II. und Nachfolger Pauls VI. verbreitete Karol Wojtyła schon im Monat seiner Amtsübernahme über die Weltpresse, dass er selbst gerne diese Reise im Mai 1979 durchführen wolle. Damit setzte er die vorab nicht konsultierte polnische Regierung unter erheblichen öffentlichen Druck. Es gelang ihr nur noch, durch Verhandlungen mit dem Vatikan den Besuch auf den 2. bis 10. Juni 1979 zu verschieben und zu hoffen, durch „ideologische Arbeit“ vor allem unter den überraschten Aktivisten der PVAP ein wenig zur „Ein-

93 Gerald Götting an Erich Honecker am 26.10.1978 (BStU, ZA, HA XX/4, 2434, Bl. 17-21). Neben dem CDU-Vorsitzenden, der als einer der Stellvertreter des Vorsitzenden des DDR-Staatsrates die Delegation leitete, gehörten ihr außerdem Staatssekretär Hans Seigewasser und der DDR-Botschafter in Italien, Hans Voß, an.

94 Vgl. die Information der HA XX/4 vom 28.10.1978 über „Erstreaktionen und Einschätzungen zur Wahl des polnischen Kardinals Wojtyła als Papst“ (BStU, HA XX/4, 2434, Bl. 6ff.).

95 Bericht über die Staatsämtertagung am 15. und 16.11.1978 in Berlin vom 23.11.1978 (BAB, DO-4, 4758).

dämmung“ der befürchteten Wirkungen des Papstbesuches beizutragen.<sup>96</sup> Die anderen sozialistischen Staaten, allen voran die Sowjetunion, waren dagegen entsetzt, dass die polnischen Genossen ohne vorherige Rücksprache mit ihnen einen Papstbesuch überhaupt zuließen.<sup>97</sup>

Bei den staatlichen Stellen der DDR löste die Bekanntgabe dieses Besuches angesichts des visafreien Reiseverkehrs nach Polen große Besorgnis und überdimensionale Aktivitäten des MfS aus. Minister Erich Mielke richtete am 17. April 1979 aus Anlass der bevorstehenden Papstreise einen Befehl an seine Stellvertreter und die Leiter aller Dienstseinheiten. Danach wollte er folgende Informationen zu DDR-Bürgern erarbeitet haben:

- „Ermittlung der Personen, insbesondere katholischen Glaubens, der Kirche nahestehender, sowie angefallener negativ-dekadenter Personen aus dem Verantwortungsbereich, welche beabsichtigen, aus Anlaß der Feierlichkeiten und des Papstbesuches unter Ausnutzung der Pfingstfeiertage in die VR Polen zu reisen;
- Erarbeitung von operativen Hinweisen, inwieweit die Reisen für feindlich-negative Zwecke, wie provokatorisches und demonstratives Auftreten, Verleumdung der Politik der DDR sowie Herstellung bzw. Ausbau von Kontakten zu Besuchern aus dem nichtsozialistischen Ausland, mißbraucht werden sollen;
- Erarbeitung von operativen Informationen zu Plänen und Absichten vorgenannter Personenkreise, dem Papst Petitionen, die gegen die Politik der Partei und Regierung der DDR gerichtet sind, zu übergeben.“<sup>98</sup>

Alle Bezirksverwaltungen des MfS hatten ihre IM zu benennen, die vor und während des Besuches vor Ort in Polen solches in Erfahrung bringen sollten.<sup>99</sup> Der Aufwand des MfS im Vorfeld der päpstlichen Visite war außerordentlich hoch, da man zudem noch versuchte, über kirchenleitende Stellen Katholiken aus der DDR von organisierten Fahrten nach Polen abzuhalten. Solches hatten die ostdeutschen katholischen Bischöfe jedoch aus kirchenpolitischer Vorsicht ohnehin nicht vorgesehen, so dass letztendlich, neben einigen Bischöfen und leitenden Geistlichen selbst, nur etwa drei- bis vierhun-

96 Telegramm der DDR-Botschaft in Polen an das MfAA vom 3. 4. 1979 über den Besuch von Erzbischof Casaroli in Warschau (BStU, ZA, HA XX/4, 2487, Bl. 164 f.).

97 Vgl. auf sowjetischen Archivalien beruhende Darstellungen: Felix Corley, Soviet reaction to the election of Pope John Paul II. In: Religion, State and Society, Vol. 22 (1994), No. 1, S. 40 ff.; ders., Religion in the Soviet Union: An Archival Reader, London 1996. PVAP-Generalsekretär Edvard Gierek berichtete nach 1990 von einem Telefongespräch mit Leonid Breshnew, der ihn wegen der Erlaubnis des Papstbesuches beschimpfte und mutmaßte, Gierek „werde es hoffentlich später nicht bedauern“: Vgl. Szulc, John Paul II, S. 299; Bernstein/Politi, His Holiness, S. 191; Luxmoore/Babiuch, Vatican, S. 213.

98 BStU, ZA, VVS 0008-20/79 (in Faksimile abgedruckt in Dieter Grande/Bernd Schäfer, Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und katholische Kirche in der DDR, Leipzig 1998, S. 155 f.).

99 Vgl. den von der HA XX/4 am 3. 5. 1979 formulierten „Informationsbedarf“ für die einzusetzenden IM (BStU, ZA, HA XX/4, 2487, Bl. 2 f.). Die insgesamt etwa 40 IM des MfS konnten zwar zum Teil interessante Details liefern, verfügten aber kaum über „operativen“ Einfluss, da sie ja selbst als unauffällige „Touristen“ auftreten mussten (ebd., Bl. 202-325: Listen der IM und ihre diversen Berichte).



dert Katholiken aus der DDR an einzelnen Stationen der Reiseroute in Polen anwesend sein sollten.<sup>100</sup>

Im Gegensatz zu diesen ursprünglichen Befürchtungen vor einer Ausstrahlung auf die katholische Kirche in der DDR, sollte sich aber bald die Situation in Polen selbst und die misstrauischer werdende Kooperation mit den polnischen Staatsorganen als Problem erweisen. Ein Vorhaben der HA XX/4 vom 3. Mai 1979, vor dem Papstbesuch eine Beratung mit Offizieren des MSW in Frankfurt (Oder) durchzuführen, ließ sich offensichtlich nicht realisieren. So kam es auch nicht zu dem gewünschten Informationsfluss aus Polen und dem direkten Kontakt zwischen den IM der DDR vor Ort und den polnischen Organen. Stattdessen war die HA XX/4 auf zwei eigens in den Grenzstädten Görlitz und Frankfurt (Oder) stationierten Mitarbeiter angewiesen, die aus Polen zurückkehrende IM „sofort abzuschöpfen“ hatten.<sup>101</sup>

Dagegen gelang es der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, am 11. Mai 1979 eine Konsultation mit dem polnischen Staatsamt für Kirchenfragen in Warschau durchzuführen. Ihre Ergebnisse wurden von Hauptabteilungsleiter Hans Weise, der als DDR-Vertreter nach Warschau gereist war, dem MfS übermittelt. Minister Kazimierz Kąkol hatte demnach den Gast ausführlich zu den organisatorischen Vorbereitungen und den Absprachen polnischer Stellen mit der katholischen Hierarchie in Warschau und Rom informiert. Erzbischof Casaroli hätte danach zwar zugesichert, alle öffentlichen Reden und Predigten des Papstes vorher vorzulegen, aber das polnische Kirchenamt glaubte nicht daran, dass der Papst sich daran halten werde. Die politische „Reaktion“ in Polen würde den Papstbesuch abwarten, und es sei zu vermuten, dass sie danach „stärker hervortritt“. Es sei die Ansicht der katholischen Hierarchie, „daß es schlimm wäre, wenn die Wahl des Papstes die innere Entwicklung nicht beeinflußt“. Der Besuch sei ein „Ereignis“, denn „da werden Leute hingehen, die am 1. Mai nicht mitmarschiert sind“. Abschließend bat Kąkol den DDR-Vertreter um verstärkte Konsultation. Im September 1979 wolle man in Warschau eine Staatsämtertagung der sozialistischen Staaten zur Auswertung des Papstbesuches organisieren.<sup>102</sup>

100 Ebd., Bl. 55-59, 418f. Darunter waren allein hundert katholische Sorben, vor allem Frauen in Tracht. Ihr Reiseleiter, Pfarrer Gerhard Werner aus Storcha, wollte an den Papst herantreten, um sich über die mangelnde Berücksichtigung der Wünsche des sorbischen Klerus durch die deutsche bischöfliche Behörde in Dresden zu beschweren. Staatssekretär Hans Seigewasser resümierte im Oktober 1979, dass die katholischen Bischöfe in der DDR „keine nennenswerten Aktivitäten zur organisierten Teilnahme“ entfalteten, „obwohl der visafreie Verkehr dafür günstige Möglichkeiten geboten hätte“ (BAB, DO-4, 4740).

101 BStU ZA HA XX/4, 2487, Bl. 10. Weitere Informationsquellen des MfS bestanden aus dem Abhören von Telefonleitungen in Westberlin (vor allem Journalisten) und der Auswertung von Radiosendungen und dem Abhören von Funkverkehr.

102 Bericht von Hans Weise vom 17.5.1979 über eine Beratung im Staatsamt für Kirchenfragen der VR Polen am 11.5.1979 (ebd., Bl. 12-19).

Fünf Tage nach der Rückreise des Papstes nach Rom sandte DDR-Botschafter Günter Sieber, der ihm als Doyen des diplomatischen Korps in Warschau auch persönlich begegnete, eine „erste Einschätzung des Verlaufs und der Ergebnisse“ des Besuches an das MfAA nach Berlin. Hochrangige Vertreter des ZK der PVAP und der polnischen Regierung hätten erklärt, dass dieser Besuch „neue Impulse“ für das „Zusammenwirken der Kirche und des Staates“ und die Entwicklung der Beziehungen zum Vatikan mit sich bringen werde. Dagegen habe der Papst in seinen über 30 Ansprachen die „polnische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ völlig „mit dem römisch-katholischen Glauben“ identifiziert. Besonders in Warschau und Gnesen habe er solche Thesen „in aggressiver Form“ abgehandelt und dabei auch „entgegen dem vorher vorgelegten Konzept Ausfälle mit antisozialistischem und antisowjetischem Charakter“ vorgenommen. Nach der Predigt in Gnesen habe die polnische Regierung den römischen Erzbischöfen Luigi Poggi und Agostino Casaroli eindringlich klar gemacht, dass damit die Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche unterlaufen seien und der Besuch so nicht weitergehen könne. Außerdem intervenierte Stanisław Kania, Mitglied des Politbüros der PVAP, bei dem Nachfolger Wojtyła in Krakau, Kardinal Franciszek Macharski.<sup>103</sup> Daraufhin sei der Papst, der sich immer wieder am „Beifall der Massen“ berausche und „zu Äußerungen hinreißen“ lasse, bei seinen nächsten Auftritten „gemäßigter“ geworden. „Reaktionäre Kräfte“ seien durch ihn nicht unterstützt worden. Nur in Warschau hätte es eine Demonstration von 100 Jugendlichen mit Spruchbändern und Sprechchören gegeben, worauf eine geplante ähnliche Aktion von Studenten in Krakau „auf Geheiß des Papstes durch kirchliche Kräfte unterbunden“ worden sei. Insgesamt hatte Botschafter Sieber den Eindruck, „daß dieser Papst beeinflussbar ist“ und „mehr den Dialog und weniger den Kampf“ suche. Die Besucherzahlen seien weit unter den Erwartungen geblieben, statt der von der Kirche erhofften 18 Millionen Menschen hätten wegen Fernsehübertragung und Hitze angeblich nur 4 Millionen an den Veranstaltungen teilgenommen. Auch wenn die staatlichen Stellen Polens und damit der DDR-Botschafter die Auswirkungen des Besuches zu minimieren versuchten, so mussten sie doch konzedieren, dass besonders viele Jugendliche dem Papst zugejubelt hatten und „ideologische Gegenmaßnahmen“ erforderlich seien.<sup>104</sup> Und auch Günter Sieber referierte in seinem Bericht vom 15. Juni 1979, dass viele Polen nun ungeduldig seien: „Der Papst war in Polen und was nun? Was verändert sich? Was wird besser und was wird anders?“<sup>105</sup>

103 Bernstein/Politi, His Holiness, S. 221.

104 Vgl. die ausführliche Analyse der DDR-Botschaft in Warschau „über Ziele, Umfang und Methoden der Einflußnahme der römisch-katholischen Kirche auf die studentische Jugend in der VRP“ vom 2. 7. 1979 (ebd.).

105 BAB, DO-4, 4759. Vgl. die atmosphärischen Schilderungen westlicher Journalisten: Stehle, Geheimdiplomatie, S. 349–355; Bernstein/Politi, His Holiness, S. 215–233.

Nicht nur in Polen wuchs die Nervosität. Angesichts der katholischen Bevölkerungsteile in den Republiken Litauen, Lettland und der Ukraine befürchteten die Sowjetunion, aber auch manche polnischen Nachbarn die Übertragung des „polnischen Bazillus“ auf ihre Länder durch einen Papst, der sich explizit als „Slawen“ bezeichnete.<sup>106</sup> Bei einer Beratung der osteuropäischen Staatsämter, die sich am 28. Juni in Prag ausschließlich mit der protestantischen CFK befasste und deshalb ohne polnische Vertreter stattfand, plädierten unter Führung der UdSSR alle Länder außer der DDR dafür, die im Herbst 1979 geplante Tagung „aus Sicherheitsgründen“ nicht in Warschau, sondern in Berlin durchzuführen. Es könnte die „nationalen Gefühle“ der Polen provozieren, „am Ort des Geschehens“ über die Strategie der sozialistischen Länder gegenüber dem Vatikan zu beraten.<sup>107</sup> Das polnische Staatsamt zeigte sich sehr verärgert, als ihm diese Überlegungen bekannt wurden, und bestand auf der Durchführung der Tagung in Polen.<sup>108</sup> So konnten schließlich doch zwischen dem 25. und 27. Oktober 1979 in Warschau die Minister und Staatssekretäre aller osteuropäischen Länder sowie aus Kuba, Vietnam und der Mongolei begrüßt werden. Minister Kazimierz Kąkol referierte über Taktik und Persönlichkeit von Johannes Paul II. und löste eine Diskussion aus, die zu einheitlichen Auffassungen führte: Dieser Papst sei gefährlicher als alle seine Vorgänger, weil der „Kampf um Religionsfreiheit sozusagen das Trojanische Pferd in den sozialistischen Ländern“ sei. Über die Frage der Menschenrechte suche er „Anschluß an die imperialistische Kampagne“ der USA und des Westens. Doch „die Errungenschaften des Sozialismus geben uns das Recht zur Offensive ohne Komplexe“, wie der rumänische Vertreter betonte. Ärgerliche Verstimmung löste es dagegen vor allem bei der DDR aus, dass das polnische Staatsamt ohne vorherige Konsultation zum 40. Jahrestages des Kriegsbeginns im September 1979 als Alternative zur Berliner Konferenz ein eigenes „Warschauer Forum europäischer Christen“ installiert hatte, das die drei rivalisierenden polnischen Gruppierungen PAX, ChSS und ZNAK zu gemeinsamen Aktionen zusammenfassen sollte.<sup>109</sup>

106 Vgl. Luxmoore/Babiuch, Vatican, S. 217–222.

107 Bericht von Hans Weise vom 5. 7. 197 (BAB, DO-4, 4740). Die KGB-Mission in Warschau hatte während des Papstbesuches befürchtet, dass die Arbeiteropposition in Krakau einen Aufstand durchführen könnte und betrieb ihrerseits Notfallplanungen, um die sowjetische Handelsmission aus Kattowitz in die ČSSR zu verlegen: Andrew/Mitrokhin, Sword and Shield, S. 513 (Abschriften Mitrokhins aus KGB-Akten).

108 Vermerke der Abteilung Internationale Beziehungen der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom 20. 7. 1979 (BAB, DO-4, 4758).

109 Bericht vom 14. 11. 1979 über die Tagung in Warschau vom 25. bis 27. 10. 1979 (ebd.).

## 5. Differenzen und „Differenzierungen“ in der Solidarność-Phase 1980/1981

Eine Kooperation oder einen Informationsaustausch scheint es zwischen MfS und MSW in den Jahren 1980 und Ende 1981 nicht gegeben haben.<sup>110</sup> Zum einen wurde das MSW von den sommerlichen Streiks in den Ostseestädten überrascht und war nicht in der Lage, die Entwicklung zu beeinflussen. Andererseits war es für die sozialistischen Bruderdienste heikel, mit den hier sehr reservierten Polen gemeinsam gegen den polnischen Papst im Vatikan zu arbeiten. Am 16. Juni 1980 hatte die KGB-Mission in Warschau nach Moskau berichtet:

„Unsere Freunde vom polnischen Sicherheitsdienst haben bedeutende operative Positionen im Vatikan zu ihrer Verfügung, die ihnen direkten Zugang zum Papst und der römischen Kurie verschafften. Außer diesen erfahrenen Agenten, denen Johannes Paul II. persönlich zugeneigt ist und die jederzeit eine Audienz bei ihm erhalten können, haben unsere Freunde Agenten unter den katholischen Studenten, die in ständigem Kontakt mit Vatikankreisen stehen und über Möglichkeiten in Radio Vatikan und dem päpstlichen Sekretariat verfügen.“<sup>111</sup>

Die KGB-Zentrale in Moskau schlug daraufhin ihrer Mission in Warschau einige gemeinsame Operationen mit den Polen vor, schränkte aber bezeichnenderweise deutlich ein:

„Solange unsere Freunde ängstlich bleiben, die Beziehungen zwischen der VR Polen und dem Vatikan sowie zwischen Staat und Kirche nicht zu gefährden, werden sie nach unserer Einschätzung keine große Initiative zeigen, unsere vorgeschlagenen Maßnahmen zu implementieren. Offiziere in unserer Zentrale und der Warschauer Mission werden einiges an Taktgefühl und Flexibilität aufbringen müssen, um die vor ihnen liegende Aufgabe zu lösen.“<sup>112</sup>

Diese Erfahrungen des KGB mit dem MSW werden dadurch bestätigt, dass die Quellen des MfS zur Situation in Polen in den Jahren 1980/81 die hervorragend informierte Warschauer DDR-Botschaft, eigene IM in Polen und im Vatikan<sup>113</sup> und eher seltsame Informationen der ungarischen Sicher-

110 Zumindest sind bisher dazu in den Archiven des BStU keine Unterlagen gefunden worden.

111 Andrew/Mitrokhin, *Sword and Shield*, S. 513 f. (Übersetzung des Autors aus dem Englischen, Abschriften Mitrokhins aus KGB-Akten).

112 Ebd., S. 514 (Übersetzung des Autors aus dem Englischen, Abschriften Mitrokhins aus KGB-Akten).

113 Siehe z. B. eine „Information über Meinungen kirchlicher Würdenträger des Vatikans zur Situation in der VR Polen“ vom 17.10.1980 (BStU, ZA, ZAIG, Z 3062) oder eine Information gleichen Titels vom 9.2.1981 (BStU, ZA, ZAIG, Z 3109). Vgl. Bernd Schäfer, „Pater ‚Lichtblick‘ und ‚Antonius‘ Waschbüsch. Endgültig enttarnt – Spione im katholischen Kirchendienst“. In: *imprimatur. nachrichten und kritische meinungen aus der katholischen kirche* (Trier), 33 (2000) Nr. 1, S. 4–7.

heitsorgane aus Rom waren. So verbreiteten letztere, der Papst sei zusammen mit „kompetenten Repräsentanten des Vatikans“ der Überzeugung, „daß die nach Polen gelangenden Instruktionen von den Zionisten ausgehen und daß bei ihrer Übermittlung neben den USA und Israel auch die polnischen Emigranten in Westeuropa eine bedeutende Rolle“ spielen.<sup>114</sup>

Die offiziellen staatlichen Organe waren in dieser Zeit zumindest in Kontakt, doch auch hier zeigten sich zunehmende Differenzen. Abteilungsleiter Hans Wilke von der Berliner Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen berichtete von einem Besuch in Warschau im Januar 1980, dass Genosse Olaf Horlacher von der DDR-Botschaft „in der letzten Zeit“ auf „eine bestimmte Zurückhaltung der polnischen Genossen“ stoße, wenn er sie um Informationen bitte. Deshalb sei es empfehlenswert, dass die DDR-Dienststelle von sich aus dem polnischen Staatsamt von Zeit zu Zeit Informationen anbiete, um das Klima zu verbessern.<sup>115</sup> Während die multilaterale Beratung der Kirchenämter im Februar in Berlin keine Neuigkeiten von polnischer Seite erbracht hatte, mussten die DDR-Vertreter Fritz Naumann vom ZK der SED und Horst Pätzke von der Dienststelle des Staatssekretärs bei ihrer Beratung am 8. April 1980 in Warschau erfahren, dass just an diesem Tag Minister Kazimierz Kąkol von Jerzy Kuberski abgelöst wurde und die polnische Seite sich nicht länger an der Berliner Konferenz beteiligen, sondern eigene Wege gehen wollte. Das bereits im September 1979 zusammengetretene „Warschauer Forum“ sollte nun 1980 als „ausschließlich polnische Initiative“ an die Öffentlichkeit treten und dabei auch internationale Wirkung erzielen. Es sei auf Anweisung der Parteiführung der PVAP als Reaktion auf den Papstbesuch gegründet worden und solle in Polen katholische Kreise erreichen, die von der Berliner Konferenz nicht angesprochen würden. Implizit wurde den DDR-Vertretern zu verstehen gegeben, wenn sie das „Warschauer Forum“ nicht unterstützten, werde sich die polnische Seite auch nicht mehr mit der Berliner Konferenz befassen.<sup>116</sup>

Dann kam der Sommer 1980 und eine landesweite Bewegung mit Namen „Solidarność“, die das Regime der PVAP nachhaltig erschütterte und für viele Monate eine „Doppelherrschaft“ in der VR Polen begründete.<sup>117</sup> Beim nächsten Besuch einer DDR-Delegation aus der Dienststelle des Staatssekretärs am 25. September 1980 in Warschau musste Minister Jerzy Kuberski mitteilen, die Lage in Polen sei „sehr ernst“. Aleksander Merker verwies dagegen auf eine seiner Ansicht nach konstruktive Haltung der katholischen Kirche, die mit der Partei auf den Gebieten der Moral, der Haltung zur Arbeit und der Probleme von Familien zusammenarbeite. Seit dem 24. Sep-

114 „Information der Sicherheitsorgane der UVR über die Rolle des Zionismus und der katholischen Kirche in der Tätigkeit von ‚Solidarność‘“ (BStU, ZA, HA XX/4, 408, Bl. 197).

115 Bericht Wilkes vom 23. 1. 1980 (BAB, DO-4, 1177).

116 Bericht Pätzkes vom 14. 4. 1980 (ebd.).

117 Vgl. Kühn, Jahrzehnt der Solidarność.

tember tage nach 13-jähriger Unterbrechung wieder die „Gemeinsame Kommission“ von Staat und Kirche,<sup>118</sup> in der sich die Bischöfe Francisczek Macharski, Jerzy Stroba und Bronisław Dąbrowski „vernünftig“ verhielten und die Situation nicht<sup>119</sup> ausnützen würden, um Forderungen an den Staat zu stellen. Letzterer habe „eine gute Meinung über die Haltung der Bischöfe in dieser Zeit“, nur könne dies „im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bischöfe“ nicht „zu offen gesagt“ werden.<sup>120</sup> Die DDR-Vertreter wollten diesem optimistischen Szenario allerdings wenig Glauben schenken, und die Warschauer Botschaft analysierte am 23. Oktober, dass die führenden Mitglieder des Episkopats um Kardinal Wyszyński zwar den „extremistischen und anarchistischen Kräften“ in der Solidarność entgegenwirkten, um gewaltsame Konfrontationen oder sowjetische Interventionen zu verhindern, aber damit nur ihre „einflußreiche und sich in der jüngsten Vergangenheit kontinuierlich verstärkende Position“ nicht gefährden wollten.<sup>121</sup>

Am 29. Oktober 1980 wurde in der DDR-Presse veröffentlicht, dass Privatreisen von DDR-Bürgern nach Polen ab sofort der Visa-Pflicht unterliegen. Die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen verfügte einen Tag später zur Kenntnis an alle Religionsgemeinschaften in der DDR, dass dienstliche Reisen kirchlicher Mitarbeiter in das Nachbarland ab sofort eines schriftlichen Antrages und Genehmigungsverfahrens bedürfen. Am 10. Dezember 1980 beschloss der Ministerrat der DDR schließlich, dass sämtliche Dienstreisen von DDR-Bürgern nach Polen und umgekehrt „namentlich zu erfassen und der Abteilung Auslandsdienstreisen beim Ministerrat schriftlich zu melden“ seien. Alle dienstreisenden DDR-Bürger mussten „sofort nach ihrer Rückkehr in ihre Betriebe bzw. Dienststellen einen Informationsbericht“ nach vorgefertigtem Frageraster erstellen. Es würden nur noch Dienstreisen genehmigt, die „unbedingt notwendig“ sind: „Alle anderen Reisen sind vorläufig zu stoppen. Dies trifft auch auf dienstliche Einreisen aus Polen zu.“<sup>122</sup>

Während sich das weltpolitische Klima wandelte, nachdem Ronald Reagan am 20. Januar 1981 als neuer amerikanischer Präsident vereidigt worden war, begann in der polnischen Kirche ein erster Prozess der Entfremdung in

118 Über die Sitzungen dieser Kommission, die zwischen 1980 und 1989 regelmäßig in Klausur tagte, wurden gemeinsame Protokolle verfasst, die aus Beständen des PVAP-Parteiarchivs bezeichnenderweise anonym in polnischer Sprache herausgegeben wurden: *Tajne dokumenty Panstwo-Kosciól 1980-1989*, London 1993.

119 Davon konnte keine Rede sein. Bereits in der ersten Sitzung wurde die regelmäßige Übertragung einer katholischen Messe im staatlichen Rundfunk vereinbart, wie es im „Danziger Abkommen“ auf der Lenin-Werft vom 31. 8. 1980 von staatlicher Seite zugesagt worden war. Zahlreiche weitere kirchliche Forderungen wie z. B. nach schulischem Religionsunterricht folgten, obschon erkennbar war, dass die Kirchenvertreter Teilen der Solidarność, vor allem KOR, kritisch gegenüberstanden und sich durchaus mit der PVAP in „gemeinsamer Verantwortung“ sahen.

120 Bericht von Hans Weise vom 29. 9. 1980 (BAB, DO-4, 501).

121 Auszug aus Informationsbericht des MfAA vom 23. 10. 1980 (BAB, DO-4, 4759).

122 BAB, DO-4, 636.

taktischen Fragen zwischen dem Episkopat unter Wyszyński einerseits und dem Papst aus Krakau andererseits. Wo das polnische Episkopat nicht mehr vermitteln konnte, intervenierte der Papst aus Sorge vor einer sowjetischen Intervention direkt, so im März 1981 bei Leonid Breshnew nach dem angeordneten und schließlich abgesagten Generalstreik der Solidarność.<sup>123</sup> Gerüchte um eine militärische Intervention tauchten immer wieder auf und wurden durch militärische Manöver genährt. Innerhalb des Warschauer Pakts betätigte sich vor allem die DDR besonders scharfmacherisch.<sup>124</sup> In dieser angespannten Situation wurde Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 bei einem Attentat lebensgefährlich verletzt und für Monate paralysiert,<sup>125</sup> am 28. Mai starb in Warschau Primas Stefan Wyszyński nach 32 Jahren an der Spitze der polnischen Bischofskonferenz. Anfang Juni konstatierte die DDR-Botschaft in Warschau deswegen eine „religiöse Hysterie“ und den „Ausbruch eines religiösen Fanatismus wie nie zuvor in der Geschichte der VRP“. Der „Klerikalisierungsprozeß“ beschleunige sich, und auch der Staat beteilige sich zunehmend „aktiv an dieser klerikal-nationalistischen Kampagne“.<sup>126</sup>

Am 25. und 26. Juni 1981 weilte der Staatssekretär für Kirchenfragen der DDR, Klaus Gysi, zu einem Besuch bei seinem Amtskollegen Jerzy Kuberski in Warschau, um sich selbst ein Bild über die Situation im Lande zu verschaffen. Dessen Stellvertreter Aleksander Merker berichtete als Sekretär der Gemeinsamen Kommission Staat-Kirche über den Stand der Verhandlungen und lobte die Kirche, dass sie in „höchst kritischen Situationen entscheidend“ geholfen habe. Die Kirche habe durch ihren Einfluss „viel für die Regierung in der Solidarność“ tun können. Der Preis, den der Staat dafür gezahlt habe, sei die Zerschlagung des Freidenkerverbandes und der „fortschrittlichen Priesterbewegung“. Zudem sei eine „alles überrollende Welle der Frömmigkeit“ ausgebrochen und die Kirche sei nun in den Massenmedien präsent. Gysi empfand nach eigenem Bekunden den Genossen Merker als „langatmig, unpolitisch und kontemplativ“ sowie als unfähig, den wahren „Charakter der Konterrevolution“ in Polen zu erkennen. Deshalb nahm der DDR-Staatssekretär seinen Amtskollegen Kuberski „mit sanfter Gewalt am

123 Luxmoore/Babiuch, Vatican, S. 220ff. und 233f. Vgl. eine kenntnisreiche MfS-„Information über Meinungen kirchlicher Würdenträger des Vatikans zur Situation in der VR Polen und zu weiteren internen Problemen“ vom 9.2.1981 (BStU, ZA, ZAIG, Z 3109, Bl. 1-7).

124 Vgl. Michael Kubina/Manfred Wilke (Hg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81-Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995.

125 Weder MfS noch MSW waren an der Vorbereitung dieses Attentats beteiligt und wurden von ihm überrascht. Auch für eine Rolle des KGB gibt es bis heute keinerlei Beweise (Andrew/Mitrokhin, *Sword and Shield*, S. 522) und der wiederholt verdächtige bulgarische Geheimdienst hätte eine solche Operation niemals ohne die Zustimmung des KGB gewagt noch konspirativ hinter dessen Rücken planen können.

126 Undatiertes Bericht des MfAA „Aktuelle Fragen des Wirkens der römisch-katholischen Kirche in der VRP“ (BAB, DO-4, 4759).

Arm“ und drängte ihn zu einem Spaziergang im Garten des Tagungshauses. Laut Gysi wurde das Gespräch „sofort völlig offen, sehr klar und war ein echtes Gespräch unter Genossen“. Kuberski zeichnete ein trübes Bild von der PVAP, die nach ihrem bevorstehenden Parteitag nur noch ein Firmenschild, aber tatsächlich zu zwei Drittel von Solidarność-Sympathisanten unterwandert sei. Für den polnischen Minister für Kirchenfragen zog der ehemalige amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski die Fäden in Richtung nationalistische Konterrevolution, wobei der neue PVAP-Generalsekretär Stanisław Kania, der im September 1980 Edward Gierek nachgefolgt worden war, „der polnische Dubček“ sei. Die gesunden Kräfte in der Partei hätten erst in einer „zweiten Phase der Entwicklung“ wieder eine Chance, wenn nach dem schon verlorenen Parteitag von 1981 „die erwartete Zuspitzung“ erfolge.<sup>127</sup> Nach dem Sieg der Reformer auf dem IX. Parteitag der PVAP im Juli 1981, „dem mit Sicherheit demokratischsten in der Geschichte der kommunistischen Bewegung“ (Adam Michnik),<sup>128</sup> radikalisierten sich auf dem Kongress im September und Oktober Tendenzen innerhalb der Solidarność. In der PVAP wurde daraufhin am 18. Oktober 1981 mit Moskauer Hilfe Generalsekretär Kania während eines ZK-Plenums gestürzt und durch Premier- und Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski ersetzt.

Am 21. August hatte Innenminister Czesław Kiszczak gegenüber dem sowjetischen KGB-Chef Yuri Andropov in einem längeren Rapport in Moskau die katholische Kirche Polens als „keine Gefahr“ für die PVAP bezeichnet. Der Sicherheitsdienst habe in letzter Zeit große Anstrengungen unternommen, die Kirche zu unterwandern, und inzwischen „gute Kontakte mit fünfzig von siebzig Bischöfen“. Damit könne „die katholische Kirche beeinflusst werden, um unerwünschte Schritte zu verhindern“. Der neue Primas Józef Glemp sei „nicht so antisowjetisch wie sein Vorgänger Wyszyński“, der „immense Autorität“ besessen habe. Kardinal Glemp sei „zweifelsohne beeinflussbar“. Gleichwohl sehe die Bevölkerung die Kirche und nicht die Partei als „Bannerträger der Moralität“, was letztere nicht ändern könne.<sup>129</sup> Der katholische Episkopat setze sich unter seinem neuen Primas Józef Glemp mit vatikanischem Zuspruch für einen auch von Jaruzelski propagierten Rat der Nationalen Verständigung mit Vertretern von Solidarność, PVAP und katholischer Kirche ein, um die gefürchtete Zuspitzung zu vermeiden.<sup>130</sup> Eine Eskalation wurde vor allem in einer sowjetischen Intervention gesehen, doch obschon die UdSSR aufgrund der objektiven Risiken einer

127 Information Gysis vom 26. 6. 1981 (BAB, DO-4, 501).

128 Kühn, Jahrzehnt der Solidarność, S. 172.

129 Andrew/Mitrokhin, *Sword and Shield*, S. 526 (Übersetzung des Autors aus dem Englischen, Abschriften Mitrokhins aus KGB-Akten).

130 Auszug aus dem Informationsbericht der Botschaft Warschau vom 19. 11. 1981 „Zur gegenwärtigen Haltung des polnischen Klerus und der weltlichen katholischen Organisationen gegenüber dem Projekt der Schaffung eines Rates der Nationalen Verständigung“ (BAB, DO-4, 501).



solchen Aktion von diesem Vorhaben abgekommen war, nutzten der aus Moskau massiv bedrängte polnische Generalsekretär Wojciech Jaruzelski<sup>131</sup> und „gesunde marxistisch-leninistische Kräfte“ in der PVAP wie die Generale Mirosław Milewski und Czesław Kiszczak diese Furcht zu einem pathetisch stilisierten Akt der „nationalen Rettung“,<sup>132</sup> nämlich zur autochthonen Liquidierung der Solidarność durch die Verhängung des Kriegsrechts in ganz Polen am 13. Dezember 1981.

Das Kriegsrecht wurde Primas Glemp noch am 13. Dezember von den staatlichen Vertretern in der Gemeinsamen Kommission, Vizepremier Kazimierz Barcikowski und Minister Jerzy Kuberski, erläutert und stieß bei ihm und anderen Mitgliedern der katholischen Kirchenführung in Polen bis weit in das Jahr 1982 hinein, als die Solidarność durch ein neues Gewerkschaftsgesetz endgültig „verboten“ wurde, auf gewisses Verständnis. Jaruzelskis Befürchtungen vor einem Aufruf zum Widerstand gegen das Kriegsrecht mit Glemp als „zweitem Khomeini“ hatten sich im Dezember 1981 als übertrieben und grundlos herausgestellt.<sup>133</sup> Diese Haltung von Primas und Bischöfen wurde von vielen Katholiken in Polen zunächst kaum geteilt, erklärte sich aber aus der glaubwürdig inszenierten „nationalen Rettung“ vor der sowjetischen Militärintvasion und der beschworenen „gemeinsamen Verantwortung für das Vaterland“.<sup>134</sup> Das Kriegsrecht erschien offenbar auch wichtigen Stellen im Vatikan als plausible „argentinische Lösung“, die gleichwohl mit einigen „Halbheiten“ nicht mehr zum status quo vor dem August 1980 zurückkehren werde.<sup>135</sup>

131 Vgl. sehr anschaulich Andrew/Mitrokhin, *Sword and Shield*, S. 529–533.

132 Vgl. Vojtech Mastny, *The Soviet Non-Invasion of Poland in 1980/81 and the End of the Cold War*, Working Paper No. 23, Cold War International History Project/Woodrow Wilson International Center for Scholars Washington D. C. 1998.

133 Andrew/Mitrokhin, *Sword and Shield*, S. 530 (Abschrift Mitrokhins aus KGB-Akten).

134 Luxmoore/Babiuch, *Vatican*, S. 242–245.

135 MfS „Information über Meinungsäußerungen hoher vatikanischer Würdenträger zu aktuellen politischen Ereignissen, insbesondere zur Situation in der Volksrepublik Polen“ vom 25.1.1982 (BStU, ZA, ZAIG, Z 3196, Bl. 1–5). Vgl. auch eine ähnliche Information der ungarischen Sicherheitsorgane vom 25.1.1982 (BStU, ZA, HA XX/4, 407, Bl. 30).

## 6. Kooperation und Einmischung bis 1989

Der polnische Papst in Rom reagierte dagegen emotional sehr betroffen und sandte Sondernuntius Luigi Poggi am 18. Dezember mit einer dramatischen Botschaft an Jaruzelski nach Warschau.<sup>136</sup> Nach einer Einladung der polnischen Bischofskonferenz vom 8. Juni 1982 wollte er bereits im August 1982 trotz Ausnahmezustandes zu den 600-Jahr-Feierlichkeiten der „Schwarzen Madonna von Tschenstochau“ in sein Heimatland reisen. Doch die polnischen Machthaber hatten große Befürchtungen vor Demonstrationen, Streiks und unkontrollierbaren Kämpfen aus Anlass des Besuches. In der Gemeinsamen Kommission in Warschau formulierte die polnische Regierung bei grundsätzlicher Zustimmung so viele Vorbedingungen, dass eine Verschiebung in das nächste Jahr erforderlich war, weshalb die Kirche die Feierlichkeiten bis zum September 1983 verlängerte.<sup>137</sup> Nach einem ablehnenden Schreiben Jaruzelskis an Primas Glemp<sup>138</sup> hatten die sechs führenden polnischen Bischöfe Anfang Juli ebenso wie Außenminister Józef Czyrek den Papst in Rom dazu bewegt, die Reise erst ein Jahr später anzutreten. Anlässlich einer Tagung von Mitarbeitern der Staatskirchenämter in Berlin am 29. und 30. September 1982 zu Fragen der Berliner Konferenz bestätigte der polnische Vertreter Dusik, dass der Staat das Verhältnis zur katholischen Kirche normalisieren müsse, damit diese der Stabilisierung in Polen diene. Die Staatsmacht sei „gegenwärtig zu schwach“, eine Ablehnung des zweiten Papstbesuches auszusprechen, aber sie könne immerhin von der Kirche Beiträge „zur Stabilisierung der Situation“ im Land erwarten.<sup>139</sup>

Nicht die polnischen Sicherheitsorgane, sondern vor allem die ungarischen lieferten MfS und KGB in der zweiten Jahreshälfte von 1982 zahlreiche angeblich „zuverlässige Informationen“ über die vermeintliche Unterstützung der Solidarność durch die Vatikanbank, die seit 1979 über 100 Millionen US-Dollar betragen haben solle und über Konten der Vatikanbank auf den Bahamas und in Luxemburg nach Polen gelangt sei.<sup>140</sup> Die öffentlichen Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Reagan, sein Besuch in Rom im Jahre 1982 und die Unterstützung der Solidarność durch den amerikanischen Kongress und die Dachgewerkschaft AFL-CIO nährten naturgemäß in den östlichen Geheimdiensten auch Spekulationen um eine „Drahtzieherschaft“ der CIA.<sup>141</sup> In einer für das Politbüro der SED bestimmten

136 Stehle, Geheimdiplomatie, S. 357–359 (Wortlaut des Briefes).

137 Telegramm von DDR-Botschafter Horst Neubauer an Klaus Gysi, ZK und MfAA vom 28.6.1982 (BAB, DO-4, 4759).

138 Siehe die Übersetzung des länglichen Briefes in BStU, ZA, ZAIG, 13321, Bl. 17–21.

139 Undatierter Entwurf der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom Oktober 1982 (BAB, DO-4, 4758).

140 Information der Sicherheitsorgane der UVR vom 9.11.1982 (BStU, ZA, HA XX/4, 407, Bl. 220).

141 Diese These haben mit windigen Schilderungen Carl Bernstein und Marco Politi 1996 auf die Spitze getrieben und Ronald Reagan und Johannes Paul II. als „Heilige

Bilanz zur Entwicklung in Polen ein Jahr nach Verhängung des Kriegsrechts resümierte die Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED am 13. Dezember 1982, dass „der Sozialismus zwar militärisch gesichert ist und es auch bleibt, daß seine politische Absicherung jedoch noch nicht wieder gewährleistet ist“. Das Bewusstsein der Mehrheit der Mitglieder der PVAP sei „stärker denn je von Elementen des Nationalismus und Kosmopolitismus, von der katholischen Religion und verschiedenen bürgerlichen und reformistischen Theorien und Ansichten beeinflusst“. Die Machtausübung in Polen sei „pluralistisch“, die Kirche habe „ihre gesellschaftliche und politische Position“ weiter ausgebaut. Die PVAP habe mit der Aussetzung des Kriegsrechts bewusst auf die „Machtmittel des Ausnahmezustandes“ verzichtet, „obwohl sie auf Grund ihrer weiterhin geschwächten Kampfkraft auf die neuen Bedingungen der Auseinandersetzung nicht ausreichend vorbereitet ist“. Es müsse von „einem sehr langen widersprüchlichen Gesundungsprozeß“ in Polen ausgegangen werden.<sup>142</sup>

Die oft detaillierten Erkenntnisse über innere Vorgänge in Polen, die dieser ZK-Einschätzung zugrunde lagen, beruhten auf verschiedenen Quellen, die sich die DDR-Organen inzwischen selbst in Polen erschlossen hatten. Neben den im polnischen Partei- und Staatsapparat Kontakte suchenden Mitarbeitern der Politischen Abteilung der Warschauer Botschaft hatte sich das MfS über eine „Operativgruppe“ unter Leitung von Oberstleutnant Wilkes und Direktkontakte mit Mitarbeitern des MSW vor Ort zusätzliche Informanten verschafft. Den Informationsstand fasste die ZAIG im Berliner MfS seit Anfang 1982 zu wöchentlichen Berichten über die Lage in Polen zusammen. Sie enthielten unter anderem eine Rubrik „Zu weiteren Aktivitäten und Absichten der konterrevolutionären Kräfte“, die regelmäßig auch Vorgänge um die Kirche thematisierte. Die DDR hatte sich damit der Situation in Polen angenommen und sich ihrer „marxistisch-leninistischen Gesundung“ verschrieben. Sie mischte sich akribisch in die inneren Angelegenheiten des instabilen Nachbarn ein, dessen Souveränität sie angesichts der „fortschreitenden Konterrevolution“ und des „Revisionismus“ in der PVAP ohnehin nicht mehr zu erkennen vermochte.

Vom 10. bis 13. Januar 1983 weilte eine Delegation des ZK der SED unter Leitung von Rudi Bellmann, Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen, in Warschau, um sich von Vertretern des ZK der PVAP und Mitgliedern der polnischen Regierung über die kirchenpolitische Situation zu informieren. Bellmann glaubte resümierend feststellen zu können, dass die polnischen Genossen „offensichtlich beginnen, ihre defensive Haltung zu überwinden“.

Allianz“ gesehen, die via CIA und mittels Spiritualität Solidarność am Leben gehalten und „den Kommunismus“ in den Untergang getrieben hätten. Ohne Belege folgen sie damit ungewollt den Verschwörungstheorien einiger zeitgenössischer sozialistischer Geheimdienste: Bernstein/Politi, His Holiness, S. 235-391 („Shaking the Empire“).

142 BStU, ZA, ZAIG, 13587, Bl. 18-29.

Allerdings würden sie die „politischen und ideologischen Gefahren“ durch Vatikan und katholische Kirche „noch immer unterschätzen“ und gleichzeitig die eigenen Möglichkeiten überschätzen. Außenminister Czyrek habe dargelegt, dass der Papst „ruhiger“ geworden und positiv von Kardinalstaatssekretär Casaroli und Primas Glemp beeinflusst worden sei. Die Kirche in Polen wolle nicht die Stelle der Solidarność einnehmen und auch nicht die Zurücknahme ihres Verbotes durchsetzen. Der im Juni 1983 bevorstehende Papstbesuch, so Czyrek, nehme „einen besonderen Platz im Kampf um die Kirche“ ein. Als „gewissen Gegenpol“ wollten die polnischen Genossen den 500. Geburtstag Luthers in ganz Polen feiern lassen und die evangelischen Kirchen in einem offiziellen staatlichen Akt würdigen.<sup>143</sup> Bei der multilateralen Beratung der Kirchenämter Anfang März in Berlin informierte der neue polnische Minister Adam Łopatka, der im Juni 1982 Jerzy Kuberski abgelöst hatte, seine Kollegen über den Papstbesuch und betonte die zu erwartenden positiven Effekte. Die Kirche habe sich mit der Auflösung der Solidarność abgefunden, und der Besuch werde helfen, die internationale Sanktionspolitik gegen Polen aufzuheben. Der Papstbesuch solle „als normal und alltäglich dargestellt“ werden. Zudem plane die VR Polen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Vatikan auf zunächst niedriger Ebene.<sup>144</sup>

Am 19. März 1983 lud Staatspräsident Henryk Jabłoński schließlich nach langen Programmverhandlungen den Papst zu seinem zweiten Besuch ein, um den Weg der „nationalen Verständigung“ in Polen fortzusetzen. Für die DDR-Sicherheitsorgane bedeutete er im eigenen Land einen ungleich geringeren Aufwand als die erste Visite vier Jahre zuvor. Als hätten sie die Bitte des polnischen Ministers Adam Łopatka an die anderen sozialistischen Länder vernommen, keine ausländischen Pilgerreisen zur Papstvisite zu genehmigen, reisten aus der katholischen Kirche in der DDR offiziell nur zehn Bischöfe und Prälaten mit vier Kraftfahrern sowie einzelne Pfarrer und wenige Studenten. „Bei gering bleibender Zahl der Reiseanträge können diese, sofern es sich nicht um feindliche Personen handelt, genehmigt werden“, kommentierte die wenig gefragte HA XX/4 im Vorfeld des Besuches.<sup>145</sup>

Um so nervöser waren die DDR-Akteure vor Ort in Polen, die schon Monate vor dem Besuch wöchentlich nach Berlin detailliert über den Stand der Vorbereitungen<sup>146</sup> und die konkreten Befürchtungen der polnischen

143 Bericht Bellmanns vom 20.1.1983 (BAB, DO-4, 501).

144 Undatiertes Kurzbericht der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (BAB, DO-4, 1177).

145 Undatierte „Information“ der HA XX/4 „zum Besuch des Papstes Johannes Paul II. vom 16.-23.6.1983 in die VR Polen“ (BStU, ZA, HA XX/4, 1227, Bl. 37f.).

146 So wusste das MfS z. B. in seiner Wocheneinschätzung vom 13.6.1983, dass zwei „ausgewählte und ärztlich untersuchte Offiziere“ der polnischen Sicherheitsorgane Johannes Paul II. während der gesamten Reise als „lebende Blutbank“ begleiten werden, also als eventuelle Blutspender für den Fall eines Attentates (BStU, ZA, ZAIG, 13370, Bl. 11).

Organe vor den Aktivitäten „feindlicher Kräfte“ berichteten. Die erste Wocheneinschätzung der ZAIG nach dem Beginn des Papstbesuches vom 20. Juni 1983 konstatierte bereits eine „außerordentlich umfangreiche klerikale Sichtagitation in der Öffentlichkeit“ und eine Stärkung der Kirche, was „zu neuen Schwierigkeiten bei den Bemühungen um die weitere Stabilisierung der Situation im Innern“ führen werde. Dass die Regierung auf massiven Druck des Vatikans entgegen ihrer bisherigen Bekundungen einem Treffen des Papstes mit Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa am letzten Besuchstag in Zakopane zustimmte, wurde als „Niederlage“ der Staats- und Parteiführung bezeichnet. Am ersten Besuchstag in Warschau seien massenhaft „antisozialistische Symbole“ gezeigt und Solidarność-Sprechchöre gerufen worden, der Papst habe „Angriffe“ in seinen Predigten vorgenommen. In Warschau tolerierten die passiven Ordnungskräfte eine oppositionelle Demonstration von 50 000 Menschen. Auch weitere oppositionelle Vorkommnisse wurden für die anderen Stationen der Reise detailliert aufgelistet. Entgegen der staatlichen Verlautbarung vom wohlwollenden Gesprächsverlauf zwischen Parteichef Jaruzelski und dem Papst sei diese Unterredung in Warschau hart und konträr verlaufen. Unter eher demütigenden Umständen musste der Parteichef den Papst zu einem zweiten Gespräch auf dem Königsschloss Wawel in Krakau „besuchen“. Der polnischen Regierung wurde von den DDR-Observierern vorgeworfen, den Besuch nicht verhindert zu haben und vor den Forderungen der Kirche zurückgewichen zu sein. „Konterrevolutionäre Kräfte“ seien zu einer „Forcierung ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit ermutigt worden“.<sup>147</sup>

Nach Abschluss des Besuches stellte das MfS am 27. Juni 1983 fest, dass dieser Besuch, den etwa 7 Millionen Menschen vor Ort an den päpstlichen Stationen verfolgt hatten, ein „wesentlicher Bestandteil der auf lange Sicht angelegten Politik der katholischen Kirche zur politischen und ideologischen Destabilisierung der VR Polen“ und ein „massiver Großangriff auf die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ gewesen sei. Die Kirche werde als gestärkter Machtfaktor im Rahmen der „Verständigungspolitik“ politische Zugeständnisse erzwingen, „die zur schrittweisen Erosion der sozialistischen Staatsmacht in Richtung eines pluralistischen Systems führen sollen“. Um so befremdlicher registrierten die DDR-Vertreter, dass selbst Generalsekretär Jaruzelski, Innenminister Kiszczak und andere Spitzenpolitiker der PVAP die Folgen des Besuchs „minimalisiert“ hätten und die „neuen, zusätzlichen Gefahren“ unterschätzten – vor allem angesichts der Tatsache, dass Staatspräsident Jaberowski und Primas Glemp den Papst bei der Verabschiedung bereits zum nächsten Polen-Besuch eingeladen hatten.<sup>148</sup> Ähnlich resignativ formulierte die in der Tendenz identische Information der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen für das SED-Politbüro am 29. Juni 1983, dass sich bei einem Festhalten der PVAP an der „bisherigen

147 BStU, ZA, ZAIG, 13371, Bl. 1-15.

148 Ebd., 13372, Bl. 1-19.

Linie“ und „einem weiteren Ausbleiben politischer Grundsatzentscheidungen zur Festigung des Sozialismus“ der „politische Vormarsch der Kirche fortsetzen“ werde.<sup>149</sup>

Dagegen bezeichnete der inzwischen zum Generaldirektor des Staatsamtes für Kirchenfragen in Warschau avancierte Aleksander Merker am 26. Juli in Berlin gegenüber Horst Hartwig den Besuch des Papstes als „insgesamt ein Gewinn, wenn auch kein hundertprozentiger“. Er sei „besser als erwartet“ verlaufen und „eine Niederlage für die antisozialistischen Kräfte“ gewesen.<sup>150</sup> Je weiter der Papstbesuch zurücklag, um so erfolgreicher wurde er in den Augen der polnischen Kommunisten. Bei einer Beratung mit Staatssekretär Gysi in Warschau sprach Minister Adam Łopatka am 6. April 1984 vom „vielleicht größten religiösen Ereignis in der Geschichte des Landes“, das vom „Standpunkt der inneren Stabilität des Sozialismus in Polen“ positiv einzuschätzen sei. Der Papst habe sich an getroffene Absprachen gehalten, Polens Isolierung durch den Westen sei aufgebrochen, „konterrevolutionäre Aktivitäten“ seien zurückgewiesen worden.<sup>151</sup>

Wenn es dem MfS schon auf polnischem Boden nicht vergönnt war, mit seinen Warnungen vor dem Niedergang des Sozialismus Gehör zu finden, so konnte es aus eher beiläufigem Anlass wenigstens auf heimischem Territorium demonstrieren, wie es ein „hohes Niveau an Sicherheit“ garantierte und eine disziplinierte katholische Kirchenführung staatliche Erwartungshaltungen umsetzen ließ. Diese Gelegenheit galt es zu nutzen, als der Berliner Kardinal Joachim Meisner im Juli 1984 der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen mitteilen ließ, Kardinal Józef Glemp wolle der katholischen Kirche in der DDR vom 22. bis 24. Oktober einen Gegenbesuch nach dem Aufenthalt Meisners in Warschau vom November 1982 abstatten.

Mustergültig analysierte zuerst die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED am 27. August 1984 die Einladung, stimmte dem ersten Besuch eines polnischen Primas in der DDR „aus kirchenpolitischen Gründen“ zu und legte einige Voraussetzungen und Maßnahmen dar.<sup>152</sup> Daraufhin empfing am 30. August Peter Heinrich, Hauptabteilungsleiter in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen und „Offizier im besonderen Einsatz des MfS“, den Berliner Prälaten Gerhard Lange zu einem Gespräch, in dem sich beide Herren über die Voraussetzungen und Modalitäten des Besuches einig waren.<sup>153</sup> Zur Vorbereitung des Entscheidungsprozesses im DDR-Politbüro formulierte Staatssekretär Klaus Gysi daraufhin am 31. August „Argumentationen, Forderungen und Erwartungen, die in bezug auf den

149 Ebd., 13587, Bl. 1–9.

150 Undatiertes Vermerk Hartwigs über das Gespräch mit Merker am 26.7.1983 im Polnischen Kulturzentrum in Berlin (BAB, DO-4, 4759).

151 Undatierte „Information über den Aufenthalt von Genossen Staatssekretär Gysi und seiner Begleitung vom 5.4. bis 7.4.1984 in Warschau“ (BAB, DO-4, 1034).

152 Büro Jarowsky; Bericht von Rudi Bellmann vom 27.8.1984 (SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 35485).

153 Information Heinrichs vom 30.8.1984 (BAB, DO-4, 1176).

Besuch von Kardinal Glemp in der DDR zum Ausdruck gebracht werden“. Demnach war der Ablaufplan von der Kirche mit seiner Dienststelle abzustimmen, Repräsentanten Westberlins und der alliierten Mächte waren nicht einzuladen. Journalisten durften in den Kirchen nicht tätig werden und die Berliner Bischofskonferenz sollte die Verantwortung dafür übernehmen, „innerpolnischen politischen Manifestationen“ vorzubeugen.<sup>154</sup> Damit nicht etwa in der DDR beschäftigte polnische Arbeiter ein Solidarność-Fähnchen zeigten oder gar „negative“ Polen aus östlicher oder westlicher Richtung zum Besuch Glemps in die DDR reisten, hatte Staatssekretär Gysi am 3. September eine Unterredung mit Botschaftsrat Małosa von der polnischen Botschaft in Berlin. Letzterer erfuhr nun erstmals auch von dem bevorstehenden Besuch und zeigte sich erfreut, dass Kardinal Glemp angeblich die Anregung der Warschauer Regierung aufgenommen habe, mit Kirchen in sozialistischen und nicht nur mit solchen in westlichen Ländern Kontakt aufzunehmen. Małosa sah keine Gefahr von den polnischen Arbeitern in der DDR ausgehen. Man habe für sie „starke Parteiorganisationen“ und schon immer „bei einigen schlechten Beispielen sofort eingegriffen“.<sup>155</sup>

Nach diesem Vorlauf konnte Politbüro-Mitglied Werner Jarowinsky, der in diesem Gremium für Kirchenfragen zuständig war, am 6. September eine Vorlage bei SED-Generalsekretär Erich Honecker zum „beabsichtigten Besuch“ Glemps einreichen und den Besuch empfehlen. Der Generalsekretär las sich den vierseitigen Text genau durch, unterstrich mit blauem Filzstift die wichtigsten Sätze und reichte ihn Jarowinsky mit der Bemerkung zurück: „Mit Deinem Vorschlag einverstanden, EH, 6.9.84“.<sup>156</sup> Erst jetzt durfte Kardinal Glemp auch tatsächlich in die DDR kommen. Während eines Routinegesprächs zwischen Staatssekretär Gysi und Kardinal Meisner am 25. September 1984 wurde auch der Besuch gestreift. Der Berliner Kardinal äußerte die Hoffnung, dass der Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen bald wieder erweitert werde, erklärte aber auch, zur Minimierung politischer Risiken die bevorstehende Visite „erst in letzter Minute“ öffentlich bekannt zu geben.<sup>157</sup> Diese Absicht wurde allerdings schon bald durchkreuzt, als der Primas aus Warschau am 8. Oktober seine Reise nach Berlin öffentlich bekanntgeben ließ.<sup>158</sup>

Nun konnte das MfS zu den Vorbereitungen schreiten. Am 10. Oktober bat der Leiter der HA XX den Leiter der Abteilung X, bei den Sicherheitsorganen der VRP um ein kurzfristiges Arbeitstreffen mit dem Leiter des IV. Departements im MSW nachzusuchen, um von polnischer Seite über ver-

154 Büro Jarowinsky; Information Gysis vom 31. 8. 1984 (SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED 35485).

155 Brief Gysis an Werner Jarowinsky, Mitglied des Politbüros der SED, am 4. 9. 1984 und Information Gysis über das Gespräch mit Małosa am 3. 9. 1984 (ebd.).

156 Vorlage Jarowinskys vom 6. 9. 1984 (ebd.).

157 Protokoll aus der Dienststelle des Staatssekretärs vom 28. 9. 1984 über das Gespräch des Staatssekretärs mit Kardinal Meisner am 25. 9., S. 6 (BAB, DO-4, 1253).

158 BStU, ZA, HA XX/4, 853, Bl. 21.

schiedene Aspekte des Glemp-Besuches informiert zu werden.<sup>159</sup> Offensichtlich bestand in Warschau jedoch nur die Bereitschaft zu einem schriftlichen Austausch, weshalb die HA XX/4 am 15. Oktober ihren „Informationsbedarf“ in zwölf detaillierten Fragen mit zahlreichen Unterpunkten zusammenfasste.<sup>160</sup> Aus Warschau kam noch am selben Tag eine kurze Charakteristik des polnischen Primas und eine Aktennotiz, die recht kursorisch auf die Fragen der DDR-Organen einging. Eigens glaubte der polnische Sicherheitsdienst betonen zu müssen: „Das Zusammenwirken unserer Dienste auf diesem Gebiet sehen wir auch unter dem Aspekt der Langfristigkeit, zumal es Signale gibt, daß der Oktoberbesuch Glemps der Beginn periodischer Kontakte zwischen Vertretern der Kirchen der VRP und der DDR sein kann.“<sup>161</sup> Die Berliner Prälaten Gerhard Lange und Paul Dissemmond, offizielle Verhandlungspartner der Berliner Bischofskonferenz mit der Dienststelle des Staatssekretärs bzw. dem MfS, versicherten währenddessen den Staatsorganen, dass Kardinal Meisner sich das schriftliche Grußwort Glemps zeigen lassen wolle, dass dieser in deutscher Sprache nach dem Gottesdienst in der Berliner Hedwigs Kathedrale am Abend des 22. Oktober sprechen werde. Somit könne darauf Einfluss genommen werden, dass sich der polnische Primas „ausschließlich theologisch“ äußere. Würde er es nicht tun, müsse Kardinal Meisner eben noch einmal öffentlich auf das Grußwort eingehen und es „in theologische Aspekte einordnen“.<sup>162</sup>

Nachdem auch dieser Eventualfall vorbesprochen war, wies Generalleutnant Rudi Mittig als Stellvertreter von Minister Mielke am 17. Oktober an alle Leiter der MfS-Dienststellen eine „Vertrauliche Verschlusssache“ an zur „Einleitung und Durchführung politisch-operativer Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch von Kardinal Glemp bei Kardinal Meisner“. Es sei „nicht auszuschließen, daß feindlich-negative Kräfte in der DDR einschließlich solcher Elemente unter den in der DDR arbeitenden und studierenden polnischen Bürgern oder Gruppierungen und Kräfte aus dem Operationsgebiet,<sup>163</sup> speziell unter ehemaligen polnischen Staatsbürgern, westlichen Journalisten und aus klerikalen Kreisen versuchen werden, den Besuch von Kardinal Glemp in der DDR und das daran geknüpfte Interesse politisch zu mißbrauchen“. Deshalb sollten „operativ bearbeitete und andere Personen, von denen politische Provokationen und demonstrative Handlungen ausgehen können“ ebenso wie Journalisten, Ausreiseartragsteller sowie die polnischen Arbeiter und Studenten in der DDR besonders überwacht werden.<sup>164</sup> In einem detaillierten „Plan der politisch-operativen Maßnahmen“ vom gleichen Tag wurde unter anderem „eine durchgehende

159 BStU, ZA, HA XX/4, 853, Bl. 23.

160 Ebd., Bl. 41 f.

161 Ebd., Bl. 31 f. und Bl. 36–39 (Zitat Bl. 39).

162 Ebd., Bl. 43.

163 „Operationsgebiet“ ist die MfS-Terminologie für die Bundesrepublik Deutschland.

164 BStU, ZA, VVS 0008-52/84 vom 17.10.1984.



Beobachtung von Kardinal Glemp und seiner Begleitung vom Zeitpunkt der Einreise bis zur Ausreise“ angeordnet. Besonders jede „Kontaktaufnahme“ sowie Gespräche mit Journalisten seien zu dokumentieren. Eventuelle Bewegungen der „ca. 39 500“ polnischen Bürger in der DDR in Richtung Berlin seien festzustellen, „Provokationen“ zu verhindern und Polen gegebenenfalls an ihrem Arbeitsplatz zu binden. Operativ zu kontrollieren seien die polnischen Studenten an der Hochschule für Ökonomie in Berlin und die in der DDR eingesetzten 13 polnischen Geistlichen.<sup>165</sup> Am 18. Oktober ordnete der Leiter der HA XX, Generalmajor Paul Kienberg, noch zusätzlich die Überwachung aller Bahnhöfe in Berlin im Besuchszeitraum an. Dort festgestellte Aktivitäten und Personenbewegungen im Kontext des Glemp-Besuches seien „umgehend zur operativen Auswertung an die HA XX weiterzuleiten“.<sup>166</sup>

Der Besuch selbst fand schließlich vom 22. bis 24. Oktober 1984 in Berlin und Umgebung statt. Kardinal Glemp nahm an einem deutschen Gottesdienst teil, feierte einen solchen mit 700 Polen in Berlin-Karlshorst, besuchte und empfing den polnischen Botschafter, besichtigte kirchliche Neubauten wie caritative Einrichtungen und ließ sich durch das Pergamon-Museum führen. Der in jeder Hinsicht unspektakuläre Besuch wurde nach Uhrzeiten und Fahrtstrecken exakt dokumentiert und hinterließ im MfS einen 20-seitigen handschriftlichen detaillierten „Lagefilm“,<sup>167</sup> drei „operative Informationen“ der HA VIII im Umfang von insgesamt 11 Seiten,<sup>168</sup> einen 12-seitigen „Beobachtungsbericht“<sup>169</sup> sowie einen 11-seitigen Bildbericht mit zwanzig heimlich angefertigten Fotoaufnahmen.<sup>170</sup> Der diensthabende Offizier, der zuletzt den „Lagefilm“ führte, notierte am 24. Oktober um 13.48 Uhr als Schlusseintrag handschriftlich „Ende gut – alles gut, Gott sei Dank“.<sup>171</sup> Eine Woche später sandte die Abteilung X des MfS am 1. November dem MSW ausgewählte Überwachungsergebnisse nach Warschau: 4 Blatt und 12 Fotografien.<sup>172</sup>

Während das MfS am 29. Oktober in seiner Bilanz zufrieden feststellte, dass der Besuch „ohne Vorkommnisse“ verlaufen war und dank der restriktiven Vorgehensweise der katholischen Kirche in der DDR gegenüber interessierten Westmedien „keine Öffentlichkeitswirksamkeit erlangte“, äußerte es Besorgnis über den drei Tage vor DDR-Besuch Glemps in Polen verschwundenen Warschauer Priester Jerzy Popiełuszko, der mit seinen „Messen für das Vaterland“ als unverblümter Prediger für die Anliegen der Solidarność bekannt geworden war. Dieser Vorgang habe den polnischen Primas wäh-

165 BStU, ZA, HA XX/4, 853, Bl. 61 f.

166 Ebd., Bl. 66.

167 Ebd., Bl. 129–148.

168 Ebd., Bl. 91–94, 99–102, 257–259.

169 Ebd., Bl. 149–161.

170 Ebd., Bl. 162–172.

171 Ebd., Bl. 148.

172 Ebd., Bl. 277.

rend seines Berlin-Aufenthaltes „sehr beunruhigt“, weil „Hitzköpfe“ und „Übereifrige“ etwas daraus machen könnten, so jedenfalls Prälat Paul Dissemmond gegenüber dem MfS.<sup>173</sup> Nachdem zwischenzeitlich die Leiche Popiełuszko in der Nähe von Thorn aufgefunden worden war, fügte Prälat Lange am 1. November gegenüber dem Stellvertreter Inneres im Magistrat von Berlin hinzu, Glomp habe schon während seines Besuches die Vermutung geäußert, Popiełuszko sei ermordet worden. Dieser sei ein guter Priester gewesen, der seine Pflichten nie verletzt habe und somit kirchenrechtlich nicht angreifbar gewesen sei. Allerdings sei er, so Lange, in den „Sog von Solidarność“ hineingeraten und habe so seine „persönliche Identität“ verloren.<sup>174</sup>

Die Ermordung des Priesters durch den Sicherheitsdienst des MSW stellte das MfS der DDR vor keine Herausforderungen. Abgesehen von einem Zettel mit einer „verleumderischen“ Aufschrift („Nazis mordeten Pater Kolbe – Kommunisten Priester Popiełuszko“), der am 1. November 1984 auf einer Sitzbank im Heinrich-Heine-Park in Heiligenstadt im Eichsfeld von einem aufmerksamen Kurpatienten entdeckt und umgehend den Staatsorganen gemeldet worden war,<sup>175</sup> gab es in der gesamten DDR am Tag des Begräbnisses und danach keine Solidaritätsaktionen. Die flächendeckende Überwachung katholischer und evangelischer Gottesdienste in der DDR am 3. und 4. November erbrachte für das MfS keinerlei „operativen Erkenntnisse“. Es entstand nur ein elfseitiger „Lagefilm“.<sup>176</sup>

In Polen wurde hingegen Jerzy Popiełuszko im Beisein von 300 000 Menschen mit unzähligen Solidarnośćfahnen unter Sprechchören am 3. November 1984 vor der Stanisław-Kostka-Kirche in Warschau beigesetzt. Die Wut in Kirche und Bevölkerung über den Mord durch drei junge Offiziere des Sicherheitsdienstes im MSW,<sup>177</sup> die im Februar 1985 in Thorn nach einem spektakulären Gerichtsverfahren zu langen Haftstrafen verurteilt wurden, war groß. Popiełuszkos Grab und seine Kirche in Warschau wurden zu einem Wallfahrtsort für Solidarność-Anhänger aus dem ganzen Land.<sup>178</sup> Die DDR-Botschaft analysierte am 4. Februar 1985, dass die „innenpolitischen Spannungen“ in Polen zugenommen hätten und sich damit auf Seiten der PVAP „die Politik des Lavierens gegenüber der Kirche erneut stärker ausprägte“. Eine Reihe „von Genossen aus der Partei- und Staatsführung“ würden „die Stärke der Kirche und die Schwäche der eigenen Kräfte als Vorwand nehmen, um zu weiteren Kompromissen mit der Kirche zu kommen (oder dazu neigen)“. Die Kirche würde nunmehr aggressiver und for-

173 BStU, ZA, ZAIG, Z 3399, Bl. 3 f.

174 Genosse Hoffmann an Staatssekretär Gysi am 2. 11. 1984 (BAB, DO-4, 716).

175 BStU, ZA, HA XX/4, 1928, Bl. 19.

176 Ebd., Bl. 6–16.

177 Hauptmann Grzegorz Piotrowski und die Oberleutnante Waldemar Chmielewski und Grzegorz Pękala. Vgl. Thomas Urban, „Späte Rache an einem Märtyrer“. In: Süddeutsche Zeitung vom 16. März 2000, S. 3.

178 Erfahrung des Autors bei einem Besuch in der Stanisław-Kostka-Kirche in Warschau am 30. 4. 1987.

dernder auftreten. Im Umfeld des Begräbnisses von Popieluszko sei die Kirche „bis an die Schwelle einer offenen Konfrontation“ gegangen. Sie habe ihren „Einfluß in der Gesellschaft und ihre Rolle als Ordnungsfaktor“ demonstriert und dabei „verdeutlicht, daß es in ihrem Ermessen liegt, Gesetze ein- oder nicht einzuhalten“. Die „in der Intelligenz und der studentischen Jugend vorhandene ideologische Verwirrung und Rückständigkeit“ würde die katholische Kirche zu ihren Gunsten nutzen. Langfristig wolle sie zu einer „Sammlungsbewegung aller antikommunistischen und antisozialistischen Strömungen unter ihrer ideologischen Führung“ werden.<sup>179</sup> Für den Sicherheitsdienst im MSW und insbesondere für die Kirchenabteilung, der die drei verurteilten Offiziere entstammten, war der Thorner Prozess verheerend.<sup>180</sup> Neben scharfer Kritik an der medialen Propaganda benannte das Kommuniqué der 204. Plenarkonferenz des polnischen Episkopats vom 13. und 14. Februar 1985 als Positivum „die während des Prozesses erfolgte Aufdeckung der Mechanismen und der Atmosphäre, die in einem Teil des Sicherheitsapparates herrscht, der sich mit Fragen der Kirche befaßt. Es zeigte sich, daß die angewandten Methoden moralisch zu verurteilen waren und dem verpflichtenden Recht entgegenstehen.“<sup>181</sup>

Es muss ungeklärt bleiben, ob das Desaster der Kirchenabteilung des SB im MSW verantwortlich war für eine bald einsetzende intensive Zusammenarbeit mit der HA XX/4 des MfS. So waren beispielsweise die seit 1982 ununterbrochenen Wocheneinschätzungen der ZAIG im MfS mit zusätzlichen Details angereichert.<sup>182</sup> Der Bericht vom 20. Januar 1986 enthielt nicht nur die Informationen, dass der polnische Episkopat bei der Regierung erfolgreich um Zustimmung zu einem Besuch des Papstes im Juni 1987 gebeten habe und der Vatikan zu diplomatischen Beziehungen mit der VRP bereit sei, sondern auch detaillierte Hinweise zum polnischen Klerus. Demnach seien etwa 1 000 der insgesamt 21 000 Priester als „staatsfeindlich“ einzuschätzen und „etwa 80 bis 100“ seien direkt mit der Untergrundopposition verbunden. Ein „großer Teil der Priester“ führe dagegen „ein luxuriöses Leben“ gegen kirchliche Gebote: „Sie verschwenden große finanzielle Mittel für Saufgelage, Glücksspiele, Beziehungen zu Frauen (Geliebten) usw. 109 Priester haben Kinder; andere sind Alkoholiker oder Homosexuelle bzw. machen sich sexueller Vergehen an Kindern und Jugendlichen schuldig.“<sup>183</sup>

179 13-seitige Analyse des Politischen Bereichs der Botschaft über „Die Politik der PVAP gegenüber der römisch-katholischen Kirche und die Aktivitäten des Klerus“ (BAB, DO-4, 1034).

180 Vgl. zum Einfluss dieses Prozesses auf Aktendokumentation und „Gesetzeswahrung“ im MfS: Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950-1989/90, Berlin 2000, S. 455.

181 Übersetzung der Warschauer DDR-Botschaft vom 19.2.1985 (BAB DO-4, 1852), Zitat S. 2.

182 So antwortete das MSW auf ein Telegramm des MfS vom 5.9.1986 mit der Bitte um Informationen über den Besuch von Kardinal Meisner am 21.9. in Stettin „immerhin“ am 14.11.1986 mit einem detaillierten Bericht: BStU, ZA, HA XX/4, 1257, Bl. 474 ff.

183 Ebd., Bl. 631 ff. (Zitate Bl. 633).

Mit einem nach wie vor intakten Feindbild versuchte der polnische Staat ausweichlich der ZAIG-Wochenberichte vom März 1986 in diesem Jahr gegenüber der katholischen Kirche „die Positionen wieder[zu]erlangen, die er zu Beginn der 80er Jahre verloren hatte.“ Der Zeitraum zur Vorbereitung des Papstbesuches und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rom sollte genutzt werden, um die hier auf staatliches Wohlwollen angewiesene Kirche zu „disziplinieren“ und einzuschränken. Gleichwohl wollte die polnische Führung unbedingt den Austausch von Botschaftern mit dem Vatikan, um ihre Isolation im Westen zu durchbrechen und eine stattliche Truppe von 10 bis 15 Diplomaten am päpstlichen Hof zu akkreditieren.<sup>184</sup> Somit war die Frage, wer auf wen angewiesen war, eher relativ, und das Jahr 1986 wurde mitnichten zu einem staatlichen „roll back“ in der Kirchenpolitik.

Auch erhöhter Erfahrungsaustausch konnte daran wenig ändern. Zur Jahresschulung der Abteilungsleiter Kirchenfragen in den polnischen Wojewodschaften im November 1986 lud Minister Adam Łopatka die Kirchenämter der UdSSR, der ČSSR, der DDR und der UVR ein, nach Warschau zu kommen und über die Erfolge der Kirchenpolitik im eigenen Land zu berichten. „Wir möchten möglich sachlich und glaubwürdig die Erfahrungen Eures Landes in der Konfessionspolitik uns zu eigen machen“, schrieb Łopatka am 9. Oktober 1986 auf deutsch an Klaus Gysi.<sup>185</sup> Auf das freundliche Angebot, auf Warschauer Kosten einen Vertreter für eine Woche zum gegenseitigen Austausch zu schicken, ging man allerdings nicht ein. Gysi sandte seinen Büroleiter Horst Dohle, einen der gewieftesten Kirchenpolitiker der DDR, vom 18. bis 20. November 1986 für einen Vortrag<sup>186</sup> nach Polen, der eine Fülle von neugierigen Fragen hervorrief. In seinem Dienstreisebericht vom 4. Dezember notierte Dohle, dass es für die Polen „eine echte neue Erfahrung“ war, dass die staatlichen Kirchenpolitiker in der DDR mit ihren Geistlichen über „gesellschaftliche Grundfragen“ sprächen. Als „beunruhigend“ empfand Dohle, „daß aus vielen Fragen ein zu starkes Bedürfnis der Genossen spricht, das Staat-Kirche-Verhältnis durch einen möglichst umfassenden Rechtsperfektionismus zu lösen und die Ausprägung konstruktiver politischer Positionen bei den Kirchen demgegenüber zu kurz kommt“. Staatssekretär Gysi schrieb an dieser Stelle an den Rand des Berichts: „Das ist eine typisch allgemeine polnische Eigenart“.<sup>187</sup>

Eine „Information“ der ZAIG des MfS vom 20. Februar 1987 mit dem bezeichnenden Titel „Zur Kompliziertheit der inneren Situation in der VR Polen“ zeichnete ein düsteres Bild für die Zukunft des Sozialismus im östlichen Nachbarland der DDR. Als große Gefahr wurde eine immer stärker werdende „Ratlosigkeit und Ausweglosigkeit in der Wirtschaftspolitik“ angesehen. Die „Kampfkraft der PVAP“ bleibe weiterhin „hinter den Erfordernis-

184 Vgl. ebd., Bl. 587-591 und 611-617.

185 BAB, DO-4, 1034.

186 Vgl. Dohles Manuskript ebd.

187 BAB, DO-4, 1034.

sen zurück“. Die Parteiführung nehme „überzogene optimistische Einschätzungen“ in vielen Bereichen vor, unter anderem auch zum Vorgehen gegenüber der katholischen Kirche. „Erfolge im Kampf gegen den konterrevolutionären Gegner“ würden „überwertet“ und dessen Fähigkeiten „unterschätzt“. Trotz des bevorstehenden Besuches des Papstes halte sich die Partei- und Staatsführung „im Vorgehen gegen die katholische Kirche außerordentlich zurück“. Das MfS zitierte den polnischen lutherischen Bischof Narzyński, der mit seiner kleinen Kirche gerne enger mit dem Staat auf der Basis des Sozialismus zusammenarbeiten möchte, aber dessen „schwankende“ Linie gegenüber der katholischen Mehrheitskirche mache die Kooperation schwierig.<sup>188</sup>

Aufgrund eines offenbar neuen Plans der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der VRP<sup>189</sup> vereinbarte die HA XX des MfS mit dem IV. Departement im MSW für den 15. und 16. April 1987 in Warschau eine bilaterale Zusammenkunft zu Kirchenfragen. Gemäß der ausführlichen Konzeption des MfS besprachen die Sicherheitsdienst-Offiziere<sup>190</sup> eine breite Themenpalette. Beraten wurde das im Juli 1987 anstehende DDR-Katholikentreffen in Dresden, der bevorstehende Papstbesuch in Polen, die Kontrolle der polnischen Priester in der DDR, das Vorgehen gegen den Vatikan und die Arbeit der Berliner Konferenz. Die polnische Seite sicherte zu, die vom MfS erbetenen Recherchen zur Familie von Kardinal Meisner, der 1933 in Lissa bei Breslau geboren wurde, durchzuführen. Über das katholische Maximilian-Kolbe-Werk und die Aktion Sühnezeichen hatten die MSW-Offiziere im Gegensatz zu den DDR-Vertretern eine eher „positive“ Meinung. Die polnische Initiative zur partiellen Legalisierung der Zeugen Jehovas<sup>191</sup> führte zum Wunsch des skeptischen MfS nach zusätzlichen Informationen. Am ausführlichsten wurde in der zweitägigen Beratung der Papstbesuch erörtert, wobei die polnischen Offiziere mitteilten, dass gegenwärtig keine Haftstrafen gegen Oppositionelle verhängt würden, um keine „Glaubenshäftlinge“ zu produzieren. Sehr gute Erfahrungen mache man mit der Gemeinsamen Kommission Staat-Kirche, in der sich die Kirche mit den staatlichen Anliegen auseinandersetze (z. B. Tonaufnahmen über oppositionelle Veranstaltungen in Kirchen, um den Episkopat zum Einschreiten zu bewegen). Die Solidarność habe, so die optimistischen MSW-Offiziere, keinen Einfluss mehr auf die Kirche. Vielmehr sei es jetzt umgekehrt.<sup>192</sup>

188 BStU, ZA, HA XX/4, 1257, Bl. 454–460.

189 Vgl. Schreiben des Leiters der HA XX an den Leiter Abt. X vom 27. 3. 1987 (ebd., Bl. 414).

190 Konzeption der HA XX/4 vom 9. 4. 1987 (ebd., Bl. 400–404). Teilnehmer waren für die VRP Generalmajor Sczygiel (zeitweise) sowie die Obersten Stupiński und Będziak, für die DDR Oberst Joachim Wiegand und Major Hans Baethge.

191 Vgl. Gerald Hacke, Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, Dresden 2000, S. 91 f.

192 Bericht der HA XX/4 vom 21. 4. 1987 (BStU, ZA, HA XX/4, 1257, Bl. 393–399).

Nach der gut informierten ZAIG des MfS war der dritte Besuch des Papstes in Polen durch die Gemeinsame Kommission Staat-Kirche gründlich vorbereitet worden, vor allem hinsichtlich eines abgestimmten gemeinsamen Sicherheits- und Ordnungskonzepts. Die Meinungen im katholischen Episkopat, welche Handlungen tolerabel seien, waren keineswegs einheitlich. Entsprechend wurden vor Ort unterschiedliche Maßnahmen getroffen. Während offiziell von der durch den Besuch geförderten „nationalen Verständigung“ die Rede war, waren im Vorfeld alle Seiten in Partei wie Kirche nervös und angespannt. Der vatikanische Erzbischof Achille Silvestrini, der Ende April die VRP offiziell besucht hatte, stellte Generalsekretär Jaruzelski diplomatische Beziehungen erst nach dem Besuch in Aussicht, so dass dieser erhoffte Triumph der Staatsführung ausblieb.<sup>193</sup>

Gelassen waren dagegen die Vorbereitungen des MfS hinsichtlich der Überwachung von Teilnehmern aus der DDR entlang der Route des Papstbesuches. Beantragte Einzelreisen sollte „bei Vorhandensein einer religiösen Motivation mit entsprechender Einladung“ aus Polen zugestimmt sowie Gruppenreisen bei Vorliegen der gleichen Voraussetzungen und einer zusätzlichen Bestätigung durch die Berliner Bischofskonferenz stattgegeben werden. Organisierte Einreisen von Katholiken aus der DDR fanden nicht statt, offiziell reisten vier Bischöfe und vier weitere Geistliche.<sup>194</sup>

Vom 8. bis 14. Juni 1987 besuchte Johannes Paul II. zehn Städte, hielt zahlreiche Predigten und empfing Arbeiter und Künstler. Außerdem traf er wie 1983 wiederum zweimal Wojciech Jaruzelski und einmal den gesamten polnischen Episkopat. Etwa 6 Millionen Menschen erlebten den Papst entlang seiner Besuchsrouten, an der stellenweise massenhaft oppositionelle Symbole und Spruchbänder zu sehen waren. Weitere Millionen verfolgten die Ereignisse über die Live-Übertragungen des polnischen staatlichen Fernsehens.

Die MfS-Operativgruppe Warschau resümierte am 24. Juni aus den ihr übergebenen Tagesinformationen des MSW und den von ihr dazu „inoffiziell beschafften Anlagen“, dass die Diskussionen über den Papstbesuch bereits abklängen, womit die Staatssicherheit jedoch nur den sonst von ihr kritisierten polnischen Zweckoptimismus transportierte.<sup>195</sup> Ganz anders hatte dagegen die Warschauer DDR-Botschaft eine Woche zuvor in einer 28-seitigen Einschätzung auf den hohen „politisch-ideologischen Schaden“ des Besuches hingewiesen und in einer Anlage eigens die „Aktionen des konterrevolutionären Gegners“ an den verschiedenen Besuchsstationen detailliert

193 „Information zum dritten Polen-Besuch des Papstes“ vom 27.5.1987 (BStU, ZA, HA XX/4, 1257, Bl. 373–381). Vgl. die kenntnisreiche und präzise ZAIG-Information vom 8.10.1987 „über die Probleme der Beziehungen zwischen der VR Polen und dem Vatikan sowie des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der VR Polen“ (BStU, ZA, HA XX/4, 1257, Bl. 273–283).

194 Generalmajor Rudi Mittig, an die Leiter der BV des MfS am 2.6.1987 (BStU, ZA, BdL 150/87).

195 BStU, ZA, ZAIG, 13508, Bl. 1–4.

aufgelistet.<sup>196</sup> Dieser Bericht war die Grundlage für eine abschließende Information der ZAIG des MfS vom 30. Juni 1987, die zu deutlichen Urteilen über die „Aggression“ gegen Polen als „schwächstes Glied der sozialistischen Staatengemeinschaft“ kam. Der Papst habe „zahlreiche antisozialistische Akzente“ gesetzt und „heftige und auf Massenwirksamkeit berechnete Angriffe gegen den Staat und die sozialistische Gesellschaftsordnung“ gerichtet. Obwohl im Vorfeld durch die polnischen Staatsorgane mit „2 176 Personen [...] sogenannte Warngespräche“ geführt worden und die „Aktivitäten antisozialistischer Kräfte unter dem von der Partei erwarteten Ausmaß“ geblieben waren, kam es doch zu Demonstrationen mit fast 15 000 Teilnehmern in Danzig und Krakau und fast 100 Festnahmen. Der Papst habe „immer wieder“ in seinen Reden „die Staatsmacht verunglimpft“ und sei im Verlauf seiner Reise „immer aggressiver“ geworden, so dass zwei ZK-Sekretäre der PVAP in Tschenstochau ein „Warngespräch“ mit ihm führen mussten, das auch einen Abbruch der Reise nicht ausgeschlossen habe. Nach Darstellung „polnischer Genossen“, so das MfS, produzierte sich Johannes Paul II. immer mehr als „König von Polen“. Der Partei- und Staatsführung sei klar gewesen, dass der Besuch Schaden bringen werde. Doch dieser sei größer „als erwartet worden war“ und könne „in absehbarer Zeit nicht wettgemacht“ werden.<sup>197</sup>

Durchaus ehrliche Auskünfte erhielten die Mitarbeiter der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Horst Hartwig und Gerd Will, bei ihrem Besuch am 31. September und 1. Oktober 1987 in Warschau von Generaldirektor Aleksander Merker und dem neuen Minister im Staatsamt für Kirchenfragen, Władysław Loranc. Letzterem zufolge habe sich die Regierung angesichts des öffentlichen Druckes ohnehin „nicht frei“ entscheiden können, also hätte man den Besuch selbst propagiert und den Papst eingeladen. Neben einigen positiven Elementen wie der angeblich geringen äußerlichen Politisierung habe es auch Kritisches gegeben, weil „Solidarność“ für den Papst „immer noch aktuell“ sei. Seit seinem Besuch 1983 habe er „keine positiven Veränderungen“ bemerken wollen, zudem zeige er „gegenüber den Marxisten eine Haltung der Megalomanie“. Jetzt müsse man „den Kampf gegen die Folgen des Besuches“ führen, wobei 18 Prozent der erwachsenen polnischen Bevölkerung den „politischen Inhalt bemerkt“, der Rest aber nur ein „religiöses Ereignis“ wahrgenommen habe. „Wir orientieren uns auf Brücken und nicht auf Widersprüche“, so Loranc: „Deshalb sagen wir, daß der Besuch positiv war und den Dialog vertieft hat.“<sup>198</sup>

196 Bericht des Politischen Bereichs der Botschaft vom 17.6.1987, Anlage Bl. 25–29 (BAB, DO-4, 1251).

197 „Information“ der ZAIG „über den Besuch des Papstes in der VR Polen“ vom 30.6.1987 (BStU, ZA, HA XX/4, 1210, Bl. 130–145).

198 Bericht Hartwigs und Wills vom 4.10.1987, Zitate S. 2 und 3 (BAB, DO-4, 1034).

## 7. Letzte Stabilisierungsversuche und die Agonie der „Volksrepublik Polen“

Ernüchtert musste die Warschauer Regierung feststellen, dass Papst und Vatikan im Zusammenspiel mit dem polnischen Episkopat die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an die Erfüllung zahlreicher Forderungen knüpften, die auf eine staatliche Garantie weitgehender kirchlicher Rechte in Polen selbst hinausliefen. Somit hatte der dritte Papstbesuch die unerwartete negative Folge, dass dieser Wunsch der Regierung in weite Ferne rückte. Zwar sprachen die polnischen Staatsvertreter von einer „Zumutung“, aber die am längeren Hebel sitzenden Kirchenvertreter warteten ohne Eile die Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Polen ab.<sup>199</sup> Jedenfalls sollte es nicht mehr der „Volksrepublik“ Polen vergönnt sein, ihre Diplomaten beim Vatikan zu akkreditieren.

Zwischen März und Juli 1988 kam es auf dem Gebiet der Kirchenpolitik zur engsten Kooperation zwischen MSW und MfS seit Bestehen von VRP und DDR. Höhepunkt war eine viertägige hochrangig besetzte „Arbeitsberatung“ der HA XX mit dem III. und IV. Departement des MSW vom 28. bis 31. März in Warschau.<sup>200</sup> Aus einem vorbereitenden „Thesenpapier“ der HA XX vom 23. März ging hervor, dass wieder einmal ein detaillierter Plan der Zusammenarbeit mit umfangreichen Bestimmungen in sieben Anlagen unterzeichnet werden sollte, der auf Vorarbeiten aus beiden Ministerien basierte.<sup>201</sup> Ob es dazu kam, ist nicht ersichtlich. Aber auch so erreichte der „Erfahrungsaustausch“ eine neue Intensität zu den Generalthemen „Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und reaktionärer feindlicher Elemente in den Kirchen“, „Operative Sicherung von Großveranstaltungen“ und „Sicherung des Kinder- und Jugendaustausches 1988“. Ausführlich informierte die polnische Seite über den Papstbesuch vom Juni 1987. Politische Vorkommnisse seien „vorbeugend verhindert“ worden, „weil eine verstärkte Arbeit mit IM erfolgte“. Durch intensive Gesprächsführung des MSW habe die Kirche angeblich „vorbildlich“ mit den Behörden zusammengearbeitet und sei gegen oppositionelle Aktionen am Rande des Besuchs vor-

199 Vgl. einen Bericht der DDR-Botschaft Warschau über „Aktuelle Probleme in den Beziehungen VR Polen-Vatikan“, die am 2.10.1987 in der HA XX des MfS analysiert wurde (BStU, ZA, ZAIG, Z 13627, Bl. 31–35). Siehe weitere Informationen zur Problematik diplomatischer Beziehungen Warschau-Rom aus dieser Quelle. (ebd., Bl. 47–64).

200 Teilnehmer waren auf DDR-Seite: Generalmajor Kienberg, Leiter der HA XX; Oberst Kuschel HA XX/2; Oberst Wiegand, HA XX/4; Oberst Reuter, HA XX/9; Oberstleutnant Wilke, Operativgruppe Warschau. Polnische Teilnehmer waren vom IV. Departement des SB im MSW: Brigadegeneral Szczygiel, Leiter; Oberst Mirowski, stv. Leiter; Oberst Przanowski, stv. Leiter; Oberst Szczepański, Abteilungsleiter; Oberst Stasikowski, Abteilungsleiter; Oberst Będziak, Abteilungsleiter. Vom III. Departement nahmen teil: Oberst Majchrowski, Leiter; Oberst Kluczinski, Abteilungsleiter (polnische Eigennamen in der Schreibweise des MfS).

201 BStU, ZA, HA XX/4, 1257, Bl. 109–118.



gegangen. Umgekehrt wurde von der HA XX über die Situation der katholischen Kirche in der DDR berichtet. Zur katholischen Kirche in der VRP meinten die MSW-Offiziere, dass sie „eine eigene, sehr umfassende Opposition“ aufgebaut habe, wobei aber nur etwa 50 Priester offen gegen den Sozialismus aufträten (1982 seien es noch ca. 500 gewesen). Hervorgehoben wurde die Gemeinsame Kommission Staat-Kirche als Problemlösungsinstanz, die es den Staatsorgane ermögliche, Zwangsmaßnahmen weitgehend zu vermeiden. Hier konnten die DDR-Vertreter über ihre jüngsten Erfahrungen seit Ende 1987 berichten. Zur evangelischen Kirche in Polen gab es keine Problemfelder, dagegen hatte hier die DDR-Seite vieles zu berichten. Die HA XX befürchtete eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Umweltgruppen aus sozialistischen Ländern („Greenway“) unter kirchlichem Dach in der DDR und ersuchte das MSW um Unterstützung bei deren „Bekämpfung“. Schließlich kam es zu einem Austausch über die polnische Kirchenpolitik gegenüber den 95 000 Anhängern der „Zeugen Jehovas“, die offensichtlich staatliche Toleranz und Förderung zu erwarten hatten, weil sie gegen Solidarność und Streiks eingestellt waren, sich von der katholischen Kirche abgrenzten und gegenüber dem Staat loyal verhielten. Dieses Problem sah die HA XX allerdings anders, allein schon wegen der jüngsten Orientierung der in der DDR illegalen „Zeugen Jehovas“ in Richtung Polen.<sup>202</sup> Das MfS verwies auf die seiner Ansicht nach erfolgende Steuerung der Sekte aus den Hauptquartieren in den USA und Westdeutschland.<sup>203</sup>

In Warschau traf Generalmajor Kienberg zusätzlich mit Brigadegeneral Szczygiel zusammen, um einen Informationsaustausch über die grenzüberschreitenden Kontaktversuche „feindlicher Kräfte“ aus der DDR, der VRP, UVR, ČSSR und UdSSR zu beginnen. Regelmäßige Treffen der beiden Generäle waren künftig vorgesehen. Mit dem Stellvertreter von Innenminister Kiszczak, Divisionsgeneral Dankowski, besprach Kienberg einen zeitweiligen Austausch von Mitarbeitern. Ein kirchenpolitisch versierter MfS-Offizier sollte zur Operativgruppe Warschau stoßen, ein polnischer Offizier vier Wochen im Sommer 1988 zum Jugendaustausch in die DDR kommen. Dankowski informierte Kienberg, dass „Genosse Waffengeneral Kiszczak“ in Abstimmung mit dem KBG für den 19. bis 21. Oktober 1988 eine multilaterale Beratung zum Vatikan in Warschau plane, wozu auch „Genosse Armeegeneral Mielke“ eingeladen werde.<sup>204</sup> Am 15. Juni erstellte die HA XX nach dem Warschauer Treffen eine ausführliche Liste der „Probleme der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der VR Polen“,<sup>205</sup> die vor allem die aktuellen Schwierigkeiten des MfS mit der Opposition im eigenen Land the-

202 Vgl. Hacke, Zeugen Jehovas, S. 91 f.

203 Bericht der HA XX vom 5. 4. 1988 (BStU, ZA, HA XX/4, 1257, Bl. 135–141). Vgl. auch eine leicht modifizierte Version (ebd., 1257, Bl. 150–156).

204 Ebd., Bl. 136 f.

205 Ebd., Bl. 1–16.

matisierte und der Vorbereitung eines Treffens zwischen Armeegeneral Mielke und Waffengeneral Kiszczak am 27. Juni 1988 in Berlin diente.<sup>206</sup>

Doch plötzlich unterspülten die massiven Streiks der Solidarność in Polen vom August 1988 sehr schnell die Fundamente des Staatssozialismus und wischten so auch die angelaufene kirchenpolitische Kooperation mit der DDR als belanglos zur Seite. Etwa 150 000 Streikende in 30 Betrieben genügten, um die polnische Regierung zur Kooperation mit der Opposition und zur Mitgestaltung des Wandels zu bewegen, ohne ihm zum Opfer zu fallen. Nur etwa zwei Monate nach Erich Mielke traf ausgerechnet Innenminister Czesław Kiszczak am 31. August 1988 mit einem kirchlichen Vermittler die bisherige Unperson Lech Wałęsa. Das Treffen wurde in der polnischen Presse veröffentlicht, weitere Begegnungen folgten. Polen beschritt den Weg zu einem „Runden Tisch“ des Pluralismus und der Machtteilung.

Die DDR war geschockt, Polen schien für den „Sozialismus“ endgültig verloren. Die kirchenpolitische Kooperation erlosch, die Überwachung in Polen erschien zunehmend sinnlos. In seiner Regierungserklärung formulierte der neue polnische Premierminister Mieczysław Rakowski am 13. Oktober: „Wir bauen gemeinsam den polnischen historischen Kompromiß.“ Als Kirchenamtsminister Władysław Loranc am 25. Oktober in Berlin zu einem Vortrag im Polnischen Kulturzentrum weilte, kam es gerade einmal zu einem kurzen Höflichkeitsbesuch bei Staatssekretär Kurt Löffler,<sup>207</sup> der im Sommer Klaus Gysi in dieser Funktion abgelöst hatte. Sowohl bei dieser Begegnung als auch bei einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der Warschauer DDR-Botschaft am 10. Januar 1989<sup>208</sup> lud Loranc seinen Kollegen Löffler zu einem Besuch in die VR Polen ein. Doch mangels einer „Volksrepublik“ in Polen sollte diese Einladung nie angenommen werden. Das 10. Plenum des ZK der PVAP endete am 18. Januar 1989 mit einem Sieg der Reformer und fasste einen historischen Beschluss zum „politischen und gewerkschaftlichen Pluralismus“ in der bald erstehenden „Republik Polen“.<sup>209</sup>

206 Vgl. einen Auszug aus dem Gesprächsprotokoll Mielke-Kiszczak zur Kirchenpolitik ebd., Bl. 60ff.

207 Information vom 4. 11. 1988 (BAB, DO-4, 1033). Vgl. den deutschen Sprechzettel des Ministers für seinen Vortrag in Kulturzentrum, den sich das MfS in Warschau aus dessen Vorzimmer beschaffte: BStU, ZA, ZAIG, 13627, Bl. 66–70.

208 Vermerk der Botschaft vom 11. 1. 1989 (BAB, DO-4, 4821).

209 Kühn, Solidarność, S. 425.

## Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur (der DDR)
BAB	Bundesarchiv Berlin
BBK	Berliner Bischofskonferenz (BBK)
BK	Berliner Konferenz (katholischer Christen aus europäischen Staaten bzw. europäischer Katholiken)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CA MSWiA	Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnętrznych i Administracji (Zentralarchiv des Innenministeriums der VRP)
CFK	Christliche Friedenskonferenz
ChSS	Chrześcijańsko-Spoleczne Stowarzyszenie (Christlich-Soziale Vereinigung)
CIA	Central Intelligence Agency (der USA)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DBK	Deutsche Bischofskonferenz (BRD)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
GD	Geheimdienste (MfS-Jargon)
HA	Hauptabteilung (des MfS der DDR)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS der DDR)
KBP	Komitet do Spraw Bezpieczeństwa Publicznego (Komitee für öffentliche Sicherheit in der VRP 1954–1956)
KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MBP	Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego (Ministerium für Öffentliche Sicherheit in Polen 1944–1954)
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (der DDR)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (der DDR 1950–1953, 1955–1989)
MSW	Ministerstwo Spraw Wewnętrznych (Innenministerium in Polen 1954–1997)
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit (der DDR 1953–1955)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
UB	Urząd Bezpieczeństwa (Amt für Sicherheit in Polen 1948–1954)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UVR	Ungarische Volksrepublik
VR	Volksrepublik
VRB	Volksrepublik Bulgarien
VRP	Volksrepublik Polen
ZA	Zentralarchiv (ZA)
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (des MfS)
ZK	Zentralkomitee (der SED)

## Die Autoren

*Dr. Włodzimierz Borodziej*, geb. 1956, Professor am Historischen Institut und Vizepräsident der Universität Warschau. Veröffentlichungen u. a.: „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Band 1: Zentrale Behörden/Wojewodschaft Allenstein (Hg., mit Hans Lemberg), Marburg 2000; Die VRP in den Augen der STASI, Band I und II (mit Jerzy Kochanowski), Warschau 1995 und 1996; Terror und Politik. Deutsche Polizei und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1944, Warschau 1985 (dt. Ausgabe Mainz 1999).

*Dr. Jerzy Kochanowski*, geb. 1960, Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Veröffentlichungen u. a.: Ungarn. Von Ausgleich zu Ausgleich 1867–1990, Warschau 1997; Die VRP in den Augen der STASI, Band I und II (mit Włodzimierz Borodziej), Warschau 1995 und 1996.

*Dr. Bernd Schäfer*, geb. 1962, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung der TU Dresden. Veröffentlichungen u. a.: Staat und katholische Kirche in der DDR, 2. Auflage Köln 1999; Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und katholische Kirche in der DDR, 2. Auflage Leipzig 1998.

# Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der  
Technischen Universität Dresden



---

## Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

*Nr. 1:* Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer (†) und Günther Heydemann, 1995

*Nr. 2:* Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Reißmann, 1995

*Nr. 3:* Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, 1996

*Nr. 4:* Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, 1996

*Nr. 5:* Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, 1998

*Nr. 6:* Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, 1998

*Nr. 7:* Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, 1998

*Nr. 8:* Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, 1998

*Nr. 9:* Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, 1999

*Nr. 10:* Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, 2000

*Nr. 11:* Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, 1999

*Nr. 12:* Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, 1999

*Nr. 13:* Johannes Raschka: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, 2000

*Nr. 15:* Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, 2000  
Böhlau Verlag Köln Weimar

---

## Berichte und Studien

*Nr. 1:* Gerhard Barkleit, Heinz Hartlepp: Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961, 1995 \*

*Nr. 2:* Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, 1995

*Nr. 3:* Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, 1995

*Nr. 4:* Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, 1995 \*

*Nr. 5:* Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, 1996

*Nr. 6:* Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles ...“ Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), 1996

*Nr. 7:* Horst Haun: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, 1996

- Nr. 8:* Erich Sobeslavsky, Nikolaus Joachim Lehmann: Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946–1968, 1996 \*
- Nr. 9:* Manfred Zeidler: Stalinjustiz kontra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, 1996 \*
- Nr. 10:* Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, 1996
- Nr. 11:* Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik.“ Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, 1997 \*
- Nr. 12:* Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Jens Reich und Andrzej Szczypiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum 1997 in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1997
- Nr. 13:* Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, 1998
- Nr. 14:* Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, 1998
- Nr. 15:* Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, 1998
- Nr. 16:* Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, 1998
- Nr. 17:* Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953. Aus dem Englischen übertragen von Ursula Ludz. Kommentar von Ingeborg Nordmann, 1998
- Nr. 18:* Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1999
- Nr. 19:* Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, 1999
- Nr. 20:* Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, 1999
- Nr. 21:* Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), 1999
- Nr. 22:* Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedegründung des Freistaates, 1999
- Nr. 23:* Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen. Hg. von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, 1999
- Nr. 24:* Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, 2000
- Nr. 25:* Komponisten unter Stalin. Aleksandr Veprik (1899–1958) und die Neue jüdische Schule. Hg. von Friedrich Geiger, 2000
- Nr. 26:* Johannes Abele: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, 2000
- Nr. 27:* Silke Schumann: „Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen.“ NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933–1939, 2000
- Nr. 28:* Andreas Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), 2000
- Nr. 29:* Gerhard Barkleit: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, 2000
- Nr. 30:* Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer: Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, 2000

---

Einzelveröffentlichungen

---

*Nr. 1:* Lothar Fritze: Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993 (Olzog)\*

*Nr. 2:* Lothar Fritze: Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse. Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen, München 1993 (Olzog)\*

*Nr. 3:* Lothar Fritze: Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Köln 1997 (Böhlau)

*Nr. 4:* Jörg Osterloh: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstocklager 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941-1945, Leipzig 1997 (Kiepenheuer)

*Nr. 5:* Manfred Zeidler: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996 (Oldenbourg)

*Nr. 6:* Michael Richter, Mike Schmeitzner: „Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konflikts mit Innenminister Kurt Fischer 1947, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

*Nr. 7:* Johannes Bähr: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg. Unter Mitarbeit von Michael C. Schneider. Ein Bericht des Hannah-Arendt-Instituts, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

---

\* vergriffen

Bestelladresse für „Berichte und Studien“:

Hannah-Arendt-Institut  
für Totalitarismusforschung e.V.  
an der Technischen Universität Dresden  
01062 Dresden

Telefon: 0351 / 463 32802

Telefax: 0351 / 463 36079

E-Mail: [hait@mail.zih.tu-dresden.de](mailto:hait@mail.zih.tu-dresden.de)

Homepage: [www.hait.tu-dresden.de](http://www.hait.tu-dresden.de)

